

Marcus Klöckner

MEDIENKRITIK

ZU DEN VERWERFUNGEN IM JOURNALISTISCHEN FELD

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Einleitung

"Die große Meinungsvielfalt in der deutschen Presse ist Geschichte"

Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer über Medienkritik und politische Anmaßungen von Journalisten

"Auch im Journalismus gibt es Herrschende und Beherrschte"

Kommunikationswissenschaftler Thomas Wiedemann über Medienforschung und das journalistische Feld

In den Medien muss sich fast alles ändern

Der Soziologe Hauke Brunkhorst über die "publikative Gewalt"

Der Journalismus muss sich der Diskussion um Objektivität stellen

Kommunikationswissenschaftlerin Cornelia Mothes über den Kampf um die Deutungshoheit und ihre Studie zur Objektivität in den Medien

"Wenn man den Mächtigen nach dem Maul schreibt, bekommt man die besseren Honorare"

Harald Schumann über die Medien und seine Dokumentation "Macht ohne Kontrolle - Die Troika"

Studie: Medienkritik in martialischer Sprache

Unternehmer und Manager zeigen sich über die Presse und ihre

Berichterstattung empört

ARD-Tagesschau: Aufnahmen mit Wirklichkeitsbruch

Erneut muss sich das Nachrichtenflaggschiff den Vorwurf gefallen lassen, die Realität zu verzerren

"Der Journalismus produziert seine Kritiker und Gegner selbst"

Wolfgang Storz im Interview über seine Studie zur "Querfront" und die Entstehung einer Gegenöffentlichkeit

Ein Journalismus, nahe an der Grenze zur Manipulation

Fragwürdige Berichterstattung der Regionalpresse zum Auftritt des Schweizer Historikers Daniele Ganser - Exempel einer Medienkritik

"Im Nachrichtengeschäft geht es um Interessen, nicht um Wahrheit"

Der Zeithistoriker Kurt Gritsch zum Krieg in Syrien und über die Rolle der Medien

Staatskritik, symbolische Macht und Herrschaftsverhältnisse

Der Soziologe Jens Kastner über Staat und Rassismus

Fußnoten

Impressum

Einleitung

»In den Medien muss sich 'fast alles' ändern«

Mit diesen Worten brachte der Soziologe Hauke Brunkhorst vor ziemlich genau einem Jahr im Telepolis-Interview auf den Punkt, was seit geraumer Zeit kritische Mediennutzer ansprechen: Die Verwerfungen in den Medien sind gewaltig.

Auch deshalb bietet Telepolis immer wieder Medienkritik in Form von Interviews, Analysen und Artikeln, die sich mit den Schwachstellen der Berichterstattung und den Problemzonen im journalistischen Feld auseinandersetzen. Die auf Telepolis veröffentlichten Beiträge zeigen Ansatzmöglichkeiten für eine fundierte Medienkritik und verdeutlichen zugleich, dass eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Ursachen für die mannigfaltigen Schieflagen in der Berichterstattung nur dann verspricht, wirklich fruchtbar zu sein, wenn unterschiedliche Perspektiven und der Wissensfundus unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen berücksichtigt werden.

Von zentraler Bedeutung sind Aussagen und Einblicke von Angehörigen des journalistischen Feldes, die wertvolle Informationen aus der "Innenperspektive" liefern können, genauso wie die Erkenntnisse einer kritischen Soziologie und

Medienwissenschaft, die ein stabiles Fundament gießen und so einer versachlichten und zugleich pointierten Medienkritik den nötigen Halt bieten können.

Telepolis veröffentlicht dieses eBook, um einen Zugang zur Diskussion über die Medien anzubieten und eine multiperspektivische Betrachtung zu ermöglichen. Indem die Aussagen aus den verschiedenen, auf Telepolis erschienenen medienkritischen Beiträgen nebeneinander gestellt werden, formt sich eine Medienkritik, die nicht nur die Oberfläche bedient.

In der Debatte über die Medien ist immer wieder von einer besonderen Fähigkeit zu lesen, über die Journalisten verfügen: die Einordnung und Gewichtung von Nachrichten und Informationen. Die Sortierung von Nachrichten nach Relevanz ist mit eines der zentralen Bestandteile des Journalistenberufs. In der Diskussion über den Wert der journalistischen Arbeit wird gerne diese besondere Kompetenz der Medienvertreter hervorgehoben. Zugespitzt könnte man die Formel aufstellen: Nur den Angehörigen des journalistischen Feldes ist es gegeben, Nachrichten zu selektieren, zu gewichten, zu bewerten, einzuordnen und fundiert zu interpretieren.

Doch die Debatte über die Medien zeigt: Kritische Mediennutzer hinterfragen diese vermeintlichen Kernkompetenzen von

Journalisten massiv. Und nicht nur das: Immer wieder finden sich Beispiele, die verdeutlichen, dass die Fähigkeit zur Einordnung von Informationen alles andere als den Akteuren in den Medien vorbehalten ist. Auch Leser, Zuschauer, Zuhörer stellen ein ums andere Mal unter Beweis, dass sie ebenfalls mit einem journalistischen Verständnis Nachrichten und Informationen betrachten, genau beobachten, teilweise analysieren und mit den gewonnen Erkenntnissen Kritik daran üben, wie Medien Informationen bewerten, aufbereiten und präsentieren.

Mit anderen Worten: Eine Medienkritik ist entstanden, die teilweise so weit geht, dass sie führenden Medienvertretern die Kompetenz abspricht, Nachrichten und Informationen sauber zu selektieren und zu gewichten. Dass die Kritik an der Art und Weise, wie große Medien Informationen aufbereiten und bewerten durchaus einen berechtigten Grund hat, zeigt eine medienwissenschaftliche Untersuchung, auf die Telepolis in einem Interview aufmerksam machte.

Die Medienwissenschaftlerin Cornelia Mothes hat in ihrer Studie Objektivität als professionelles Abgrenzungskriterium im Journalismus in bemerkenswerter Weise aufgezeigt, wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Rolle von Journalisten und ihrer Fähigkeit zur Selektion ist.

Unter dem Gesichtspunkt "journalistische Objektivität" hat Mothes festgestellt, dass Journalisten im Umgang mit Informationen längst nicht immer Objektivität als Maßstab anlegen, professionellen Kriterien nicht immer Vorrang geben und individuelle Eigeninteressen dem Objektivitätskriterium nicht immer unterordnen, "da die Auslegung der Objektivitätsnorm scheinbar selbst von persönlichen Interessen der Journalisten abhängig ist".

Auch die praxisnahen Ausführungen des ehemaligen Spiegel-Journalisten Harald Schumann im Telepolis-Interview lassen vermuten, welche Kräfte innerhalb des journalistischen Feldes am Wirken sind, wenn es um das Zustandekommen der Berichterstattung geht.

Schumann weiß von einem "ganz gewöhnlichen Alltagsopportunismus" zu berichten, vor dem auch Journalisten nicht gefeit sind. "Gegen den Strom schwimmen, kostet nun mal viel Kraft [...] Wer kritisch Position bezieht, exponiert sich persönlich. Auch das ist nicht jedermanns Sache. Wer das tut, macht sich angreifbar - was natürlich viele Leute vermeiden wollen."

Schumann spricht, unter Bezug auf seine taz-Kollegin Ulrike Hermann, von einer "impliziten Korruption", die er in den Medien erkannt haben will: "Es ist doch so, wenn man, um es mal alt-links

auszudrücken, den Mächtigen nach dem Maul schreibt, wird man auch eher eingeladen, dann kriegt man die besseren Moderations- und Vortragsangebote, die höheren Honorare. Man gehört dazu. Das ist nicht zu unterschätzen."

Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer, der im vergangenen Jahr mit dem medienkritischen Buch "Die Unbelangbaren" von einigen Medien harsch kritisiert wurde, geht bei seiner Auseinandersetzung mit der Berichterstattung der großen Medien so weit, dass er "die große Meinungsvielfalt in der deutschen Presse" als "Geschichte" bezeichnet. Anders gesagt: Die Berichterstattung im medialen Mainstream ist für Meyer von einer Homogenität gekennzeichnet, die er auch darauf zurückführt, dass das journalistische Feld seine Mitglieder aus bestimmten Klassen und Schichten rekrutiert. Dies führt demnach dazu, dass diejenigen, die mit dem Blick des Journalisten auf "die Welt" schauen, oftmals mit ähnlichen Wahrnehmungs- und Denkschemata ihre Bewertungen vornehmen.

Der Politikwissenschaftler hält es aber für falsch, Medienkritik unter dem Begriff Lügenpresse anzugehen, denn: "Diese Medienkritik ist mir zu undifferenziert und sie führt leider auch dazu, dass die wirklich angebrachte Medienkritik entschärft wird", so Meyer.

Der Schweizer Zeithistoriker Kurt Gritsch bereichert die Medienkritik, in dem er auch die Sphäre des politischen Einflusses

beleuchtet und zu der provokanten Feststellung kommt: "Im Nachrichtengeschäft geht es um Interessen, nicht um Wahrheit." Gritsch geht davon aus, dass das Nachrichtengeschäft von PR-Aktivität unterwandert ist. "Journalisten", so sagt Gritsch, "sind dabei selbst oft Opfer von Täuschungen und Manipulationen." Neben weiteren Interviews wird die Medienkritik im Telepolis-eBook auch noch durch eine Analyse ergänzt, die detailliert anhand eines Fallbeispiels aufzeigt, wie es aussieht, wenn eine Berichterstattung mit "Schlagseite" zum Vorschein kommt.

Zusammengenommen entsteht ein Blick auf die Medien, der nicht beansprucht, umfassend zu sein, der aber in der Lage ist, wichtige Bruchstellen aufzuzeigen und Ansätze zur weiteren Diskussion zu bieten.

"Die große Meinungsvielfalt in der deutschen Presse ist Geschichte"

Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer über Medienkritik und politische Anmaßungen von Journalisten

Wie vielfältig ist die Berichterstattung der großen Medien in Deutschland? Für Thomas Meyer, emeritierter Professor für Politikwissenschaft, sind die Zeiten, in denen Journalisten mit völlig unterschiedlichen Meinungen in ihren Medien Grundsatzdebatten geführt haben, lange vorbei. Im Interview mit Telepolis stellt der Chefredakteur und Mitherausgeber der Zeitschrift "Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" fest: "Eine wechselseitige Kritik der Journalisten untereinander, sei es politisch, kulturell, ideologisch, findet nicht mehr statt." In seinem Buch "Die Unbelangbaren" analysiert er die problematische Entwicklung, dass Journalisten ihre Position immer häufiger nutzen, um in der politischen Arena mitzumischen.

▶ Herr Meyer, Sie setzen sich als Wissenschaftler schon seit langem mit den Medien auseinander. Teilen Sie die Medienkritik, die derzeit vor allem im Internet zu vernehmen ist?

Thomas Meyer: Ich habe für die Kritik an den Medien Verständnis. Aber in der Form wie Sie z.B. von Pegida geäußert worden ist - Stichwort: Lügenpresse! -, halte ich sie für völlig überzogen. Das ist der falsche Ansatzpunkt.

▶ Warum?

Thomas Meyer: Diese Medienkritik ist mir zu undifferenziert und sie führt leider auch dazu, dass die wirklich angebrachte Medienkritik entschärft wird.

▶ Wie meinen Sie das?

Thomas Meyer: Wenn Medienkritik so angebracht wird, wie es beispielsweise Leute von Pegida tun, dann ist es sehr einfach für die kritisierten Medien und Journalisten, die Kritik als substanzlos, da zu schrill, zu laut und zu unsachlich abzutun. Die fundierte Medienkritik, die zwischen all den lauten Tönen auch zu finden ist und die, so meine ich, durchaus auch ihre Schärfe hat, wird dann einfach übergangen. Insofern ist diese sehr überzogene Medienkritik eher kontraproduktiv und verstellt den Blick auf die notwendige, ganz anders ansetzende Medienkritik.

▶ Wie sieht denn eine notwendige und fundierte Medienkritik aus?

Thomas Meyer: Sie hat drei Ansatzpunkte. Als erstes müssen wir erkennen, dass die Medien in ihrem Ringen um Aufmerksamkeit oft zu einer verzerrenden und oberflächlichen Wiedergabe politischer und gesellschaftlicher Ereignisse neigen. Wir müssen weiter

erkennen, dass Medien uns in vielen Fällen ein schiefes Bild der politischen und gesellschaftlichen Welt vermitteln. Ein Bild, das unter anderem nach Unterhaltungskriterien verzerrt ist.

Der andere Punkt ist, dass Medien mittlerweile sehr stark gesellschaftlich selektiv sind. Bestimmte Themen, zum Beispiel soziale Fragen wie Armut, Ungleichheit, Exklusion, das Leben und Leiden der unteren Klassen, kommen in ihrer Berichterstattung praktisch nicht mehr vor. Und wenn einmal der Blickwinkel auf die Benachteiligten in unserer Gesellschaft geworfen wird, dann tendenziell aus der neoliberalen Perspektive.

Und der dritte Punkt ist, dass Medien, wie es etwa bei der letzten Bundestagswahl oder bei den Angriffen auf den ehemaligen Bundespräsidenten Wulff zu beobachten war, versuchen, politisch mitzumischen. Das gilt nicht für alle Medien, Tendenzen in Richtung zu einem Journalismus, der selbst zum politischen Mitspieler wird, sind aber klar zu erkennen. Wir können beobachten, dass die Alphajournalisten versuchen, politische Rollen zu spielen und auf die Machtpolitik direkt einzuwirken.

Das sind drei Ansatzpunkte, die ich für sehr wichtig halte und die ich daher in meinem Buch ausgewählt habe. Denn für eine demokratische Öffentlichkeit sind sie sehr belastend.

"Die Medien bereiten eine Bühne, auf der sie ihre eigenen Stücke vorführen"

▶ Lassen Sie uns auf die Punkte näher eingehen. Medienkritiker unterstellen den Medien immer wieder, Wirklichkeit zu verzerren, nicht objektiv zu berichten und selbst eine mediale Wirklichkeit zu konstruieren, die mit der realen Wirklichkeit wenig oder nichts zu tun hat. In den vergangenen Monaten haben sich insbesondere leitende Redakteure gegen diese Medienkritik gestellt. Immer wieder wird deutlich, dass Vertreter großer Medien beanspruchen, einen Journalismus abzuliefern, der weitestgehend frei von Verzerrungen ist und die Wirklichkeit im Wesentlichen so abbildet, wie sie ist.

Da Sie sich in ihrem Buch auch auf den Soziologen Niklas Luhmann beziehen, der sich intensiv mit der Realität der Massenmedien auseinandergesetzt hat, sei hier eine Aussage aus seinem Buch angeführt: "Unsere Frage hat also jetzt die Form: Wie konstruieren Massenmedien Realität? Oder komplizierter...: Wie können wir (als Soziologen zum Beispiel) die Realität ihrer Realitätskonstruktion beschreiben?" Deutlich wird: Für Luhmann steht fest, dass Medien viel eher Realität erzeugen, als dass sie diese abbilden. Teilen Sie diese Auffassung?

Thomas Meyer: Da hat Luhmann absolut Recht. Wir haben alle die Illusion, die auch von den Medien noch zusätzlich genährt wird, dass die Massenmedien uns ein Fenster zur Welt öffnen. Das ist aber absolut nicht der Fall. Das ist eine große Täuschung.

Die Medien bereiten eine Bühne, auf der sie ihre eigenen Stücke vorführen. Allerdings sagen sie uns das nicht. Vielmehr behaupten sie, sie würden die Welt und das, was sich in ihr ereignet, wirklichkeitsgetreu spiegeln. Aber dem ist nicht so.

Die empirischen Untersuchungen über die Wirkungsweisen der Medien haben ganz klar gezeigt: Die Medien wählen aus der unendlichen Fülle der realen Ereignisse ganz wenige aus und zwar nach bestimmten, festen Kriterien, z.B. Konflikt, Prominenz, Personalisierung, Nähe zum Betrachter. Ereignisse, die sich in diesen Kategorien einordnen lassen, nehmen die Medien auf und inszenieren sie so, dass sie unterhaltsam für das Publikum sind, also zum Beispiel als Drama, als persönliche Tragödie, als 'artistisches Schaustück'.

Die Wirklichkeitspartikel, die Medien aus der realen Welt aufnehmen, werden von ihnen intensiv bearbeitet und was dann dabei herauskommt, ist eine Neuinszenierung der Welt und hat mit der Realität oft nicht sehr viel zu tun.

▶ Für die Medien scheint es jedenfalls ziemlich wichtig, dass die von ihnen geschaffenen Illusionen aufrechterhalten werden und vor allem: Sie scheinen selbst daran zu glauben, dass das, was sie jeden Tag zeigen, die Wirklichkeit widerspiegelt. Oder sehen Sie das anders?

Thomas Meyer: Ja, das ist erstaunlich. Obwohl Medien eigentlich

ganz wenige Elemente aus der Wirklichkeit auswählen und diese Elemente dann durch ihre ganz spezifische Formen der Unterhaltsamkeit, der Aufmerksamkeitsmaximierung reanimieren, also neu inszenieren, erwecken sie doch die Illusion als seien sie nichts anderes als der Spiegel, der die Realität so, wie sie ist, wiedergibt.

Sie tun dies wohl, weil sie annehmen, die besten Experten für das zu sein, was für die Öffentlichkeit wichtig ist oder wichtig sein sollte. Viele Menschen glauben ja auch durchaus ohne Vorbehalte an diese medial erzeugten Illusionen. Allerdings erleben wir derzeit, dass Menschen mehr und mehr diese Medienrealitäten hinterfragen.

▶ Wie kommt das?

Thomas Meyer: Wenn Menschen Massenmedien konsumieren und dann plötzlich sehen, wie unterschiedlich das, was die Medien berichten, im Vergleich zu ihren eigenen lebensweltlichen Erfahrungen ist, dann spüren sie irgendwann, dass ihnen die Medien ihnen ihr eigenes Weltbild vorführen . Das ist der Zeitpunkt, wo leicht ein generalisierendes Misstrauen entstehen kann. Und genau diese Situation ist derzeit zu erkennen:

Die über Jahrzehnte erfolgreich gepflegte Illusion der medialen Wirklichkeit als Abbild der realen Welt zerfällt. Immer wieder erkennen Menschen: Vieles, was die Medien zeigen, ist verzerrt, oft

irreführend, eben eine mediale Konstruktion.

▶ Diese Entwicklung dürfte sehr viel mit dem Internet zu tun haben, oder? Im Internet, das als eine Art Ausgleichsmedium fungiert, finden sich viele Nachrichten und Informationen, die in den Medien völlig ausgeblendet werden. Mediennutzer scheinen durch das Internet plötzlich zu erkennen, wie eindimensional die Berichterstattung der Leitmedien oft ist. Jeder Bürger hat Zugang zu einem gigantischen ungefilterten Informationspool.

Thomas Meyer: Das ist eine der echten neuen Chancen, die das Internet mit sich bringt. Das Internet kann den Menschen zeigen, wo Journalisten verzerrte und lückenhafte Wirklichkeitsbilder präsentieren und dass die Schwerpunkte und Meinungen, die 'Wahrheiten', wie sie in den großen Medien vorkommen, häufig nicht wirklich repräsentativ für die Gesellschaft sind. In solchen Fällen können die Menschen selbst die Selektoren erkennen, derer sich Medien bedienen.

Eine der Folgen dieser Entwicklung ist, dass kleine oder größere Gegenöffentlichkeiten entstehen. In diesen Gegenöffentlichkeiten bestätigen sich die betreffenden Nutzer dann gegenseitig, wo das, was die Medien berichten, nicht stimmt, fehlerhaft ist, wo es Auslassungen, Werturteilen oder Verzerrungen gibt.

"Wir leben in einer postmodernen Kultur. Alles ist gleichgültig geworden"

▶ Wir erleben schon seit Jahren einen Kampf um die Deutungshoheit. Auf der einen Seite befinden sich die "normalen Bürger", Blogger oder "Bürgerjournalisten", die durch das Internet über den Wirklichkeitshorizont, den die Medien bieten, hinaus blicken können, und auf der anderen Seiten stehen die professionellen Journalisten, die für sich beanspruchen, die "legitimen Interpreten der Wirklichkeit" zu sein. Reagieren so manche Alphajournalisten so angekratzt auf die Medienkritik, weil sie erkennen, dass das eigene Deutungsmonopol zerfällt und zerbröckelt?

Thomas Meyer: Das ist sicher so. Gerade die Alphajournalisten spüren plötzlich, dass sie nicht mehr das einzige Schlüsselloch in die Welt sind. Blicke in die Welt sind auch durch das Internet möglich - und zwar ganz ohne die Spitzenjournalisten. Vielleicht fühlen diese sich plötzlich reduziert und manchmal auch ein bisschen entlarvt.

Aber diese Entwicklung, also dass viele Menschen im Internet die mediale Berichterstattung kritisieren und korrigieren, kommt nicht überraschend. In den letzten 15-20 Jahren hat sich eine Uniformität in der Berichterstattung entwickelt, die es zuvor in dem Ausmaße nicht gegeben hat. Eine wechselseitige Kritik der Journalisten untereinander, sei es politisch, kulturell, ideologisch, findet nicht mehr statt.

Journalisten orientieren sich nur noch an dem, was andere Medien bringen. In der Wissenschaft nennen wir das Selbstreferenz. Alles was nicht in die Wirklichkeitsvorstellungen der Journalisten passt, wird aus der Berichterstattung ausgeblendet. Ihre eigentliche Realitätsprüfung besteht immer mehr in der wechselseitigen Bestätigung.

Viele Menschen, die anders denken als Journalisten, die andere Vorstellungen von der Welt haben, die andere politische Meinungen und Interesse haben, fühlen, dass ihre Sicht von den Medien nicht mehr aufgenommen wird. Da sie nicht mehr einbezogen werden, fühlen sie sich ausgeschlossen.

▶ So mancher Chefredakteur würde an dieser Stelle wohl Einspruch! rufen und betonen, wie breit das Spektrum an Meinungen in den großen Medien doch ist. Ist dem so?

Thomas Meyer: Nein, wie gesagt, die große Meinungsvielfalt in der deutschen Presse ist Geschichte. Bedeutende Differenzen in der Berichterstattung, in den Meinungen, in der Auswahl von Themen und in der Art wie die Themen präsentiert werden, gibt es kaum noch. Vor 20, 25, 30, 40 Jahren gab es noch tatsächlich gravierende Meinungsunterschiede in den Medien. Damals waren große politische Richtungsunterschiede auszumachen. Es gab Medienhäuser, die ideologisch, in ihrem politischen Profil, völlig unterschiedlich ausgerichtet waren. Mit deutlichen Worten

kritisierten die dort beschäftigen die Produkte der anderen Journalisten.

▶ Warum ist die Situation heute so?

Thomas Meyer: Dafür gibt es mehrere Gründe. Wir leben in einer postmodernen Kultur. Alles ist gleichgültig geworden. Große politische Richtungsunterschiede werden nicht mehr ernst genommen und sobald sie auftauchen, lächerlich gemacht.

Dann spielen natürlich die Rahmenbedingungen, wie sie Medien heute vorfinden, eine große Rolle. Es gibt eine Verunsicherung bei Journalisten. Sie wissen nicht, welches Medienhaus morgen noch existiert oder von einem anderen geschluckt wird. Journalisten können nicht mehr wissen, ob sie nicht vielleicht schon morgen bei der Redaktion, die sie heute wegen ihrer politischen Positionierungen kritisieren, im Zuge der Konzentrationsprozesse landen werden. Sie sind hochgradig verunsichert und suchen mehr als je zuvor den Schutz der Herde unter den wachsamen Augen der Alphajournalisten und einiger Vorturner. Von dem auf diese Weise erzeugten Mainstream abzuweichen, wagen nur noch wenige.

Diese hoch problematische Homogenisierung des journalistischen Feldes scheint dann wiederum den Beleg dafür zu liefern, dass die journalistische Konstruktion der Wirklichkeit "wahr" ist, da sie ja offenbar von allen gleich gesehen und berichtet wird. Ein grotesker Zirkelschluss.

▶ Äußere Faktoren, die auf das journalistische Feld einwirken, sind das eine. Aber ergibt sich die Homogenität in der Berichterstattung nicht auch dadurch, dass es in den Medien so etwas wie einen gemeinsamen Klassenhabitus gibt?

Thomas Meyer: Ja, weitgehend. Da stimme ich Ihnen zu. Wir hatten früher unterschiedliche soziale Milieus, die in den Medien vertreten waren. Es gab die Konservativen, es gab die Liberalen, die Linken usw. Das heißt, in den Medien haben sich Journalisten bewegt, die von ihrer politischen Sozialisation, sozusagen "von zu Hause aus" unterschiedliche politisch-kulturelle Prägungen erfahren und sich dann auch in den Medien in den jeweiligen Milieus wiedergefunden haben. In Ansätzen mag das auch heute noch so sein. Aber die verschiedenen Milieus finden sich heute nicht mehr so stark in den Medien, wie es etwa vor Jahrzehnten der Fall war.

Wenn ich die gegenwärtige Berichterstattung beobachte und mir auch die zugehörigen soziologischen Analysen der Gruppen, die sie produzieren, anschaue, muss ich feststellen, dass in den Medien heute sehr stark ein neubürgerliches, aufstiegsorientiertes oder neubesitzbürgerliches Milieu vorzufinden ist.

Das sind also Milieus von Leuten, die ganz stark an ihren eigenen Statusinteressen, ihrem Leistungsstolz und einer Welt, die dazu passt, orientiert sind. Ihr Habitus ist rundum geprägt vom Aufstieg

und wohlerworbenem Status und Eigentum. Sie haben eine Mentalität, in der die ganze soziale Welt der Unterdrückten, der Randständigen oder der Ausgeschlossen nicht mehr als ein zu respektierender Teil der gesellschaftlichen Welt erscheint. Aus diesem Milieu geht ein Journalismus hervor, der die eigenen ökonomischen Interessen, auch die in seiner vorherrschende Weltsicht, immer wieder deutlich zum Ausdruck bringt.

▶ Sie haben zu Beginn des Interviews gesagt, dass es eine Tendenz von Journalisten gibt, im politischen Spiel als Akteur mitzuwirken.

Thomas Meyer: Ja, und diese Tendenz ist von wichtigen Journalisten selbst benannt worden. Und auch der Titel meines Buches "Die Unbelangbaren" (bzw. der Begriff) stammt von einem berühmten Feuilletonjournalisten.

▶ Wer war das?

Thomas Meyer: Der hochgeachtete Gustav Seibt hat den Begriff ins Spiel gebracht. Und derjenige, der gesagt hat, dass Journalisten mittlerweile eine unerträgliche Tendenz zum "Übermenschentum" zeigen und denken, sie könnten der Politik ihre Richtlinien vorgeben, war immerhin die große journalistische Ikone Frank Schirrmacher.

Nur um das mal klar zu machen: Das sind Aussagen, die auf einige bedeutsame, einsichtige und selbstkritische Journalisten

zurückgehen, aber leider im journalistischen Mainstream keinerlei Resonanz erkennen lassen.

"Die Grenzen zwischen der medialen Beobachtung der Politik und dem Politikmachen verwischen sich"

▶ In ihrem Buch erwähnen Sie auch den Fall Wulff.

Thomas Meyer: Die Jagd auf Wulff kann man als einen Schulterschluss von Bild, Zeit, FAZ und anderen Medien betrachten. Es gab eine sich allmählich immer höher schaukelnde kollektive Stimmung: Dieser Mann muss jetzt zur Strecke gebracht werden. Im Fall Wulff haben Medien kampagnenmäßig Macht ausgeübt. Mit den Übertreibungen und Selektionen wurde nicht aufgehört, bis das gemeinsam verfochtene Ziel, Wulff zu stürzen, erreicht war.

Nicht anders war das Verhalten von so manchem Qualitätsmedium auch bei der letzten Bundestagswahl. Alles, was von Peer Steinbrück kam, wurde madig oder lächerlich gemacht. Er hatte in der ganzen Kampagne keine Chance, Fuß zu fassen.

▶ Hier kommt jetzt aber auch so ein bisschen Ihre Nähe zur SPD zum Vorschein, oder?

Thomas Meyer: Das ist eine billige Ausrede derer, die auf die harten Fälle, die ich darlege und die Argumente, die ich bringe, nicht eingehen wollen. Auch mit einem grünen, linken oder sozialliberalen Herzen oder einfach aus Gründen der Fairness und Objektivität müsste man doch Einspruch gegen die mediale

Verzerrung der sozialen Wirklichkeit einlegen. Leider zeigt sich da wieder der gleiche journalistische Abwehrreflex gegen alle Kritik, die Selbstimmunisierung aus der Position der Unbelangbarkeit heraus, die ich in meinem Buch ja gerade erkläre und kritisiere. Eine recht traurige, entmutigende Bestätigung meiner Analyse.

Auch der Vorwurf, ich kritisiere einerseits Verschwörungstheorien im Hinblick auf die auffällige Homogenisierung des Journalismus und wende sie dann mit meiner Bezugnahme auf die Netzwerktheorie selbst an, ist eine Form der journalistischen Selbstimmunisierung. Beides hat miteinander nichts zu tun, denn reale Netzwerke existieren doch unbestreitbar in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Denn natürlich gibt es auch Netzwerke, in denen sich bestimmte Journalisten bewegen, z.B. etwa die Journalisten, die sich mit Verteidigungs- und Außenpolitik beschäftigen. Diese Journalisten sitzen regelmäßig zusammen mit Politikern und anderen Funktionsträgern und bestärken sich darin, dass der offizielle Blick auf die Welt der richtige ist. Sprachregelungen werden eingeübt, die sich dann auch in den Medien finden. In meinem Buch analysiere ich, wie diese Journalisten unmittelbar im politischen Machtspiel mitmischen. Ich stelle fest, dass sich doch sehr weitgehend die Grenzen zwischen der medialen Beobachtung der Politik und dem Politikmachen verwischen.

▶ Darf eine fundierte Medienanalyse bei den Verhältnissen, die Sie hier skizzieren, Medien überhaupt isoliert betrachten? Der französische Soziologe Pierre Bourdieu sagte einmal, dass es in der Politik um die Durchsetzung von Wahrnehmungskategorien geht. Von dieser Feststellung weiter gedacht: Wo werden denn diese Wahrnehmungskategorien durchgesetzt? Doch auch in und mit Hilfe der Medien. Medien sind also ein zentraler "Kampfplatz des Politischen."

Thomas Meyer: Genau. Welche Macht am Ende als legitim gelten darf und welche nicht, wird in erheblichem Maße über die Medien vermittelt. Allerdings können die Medien nicht alles komplett selbst bestimmen. Sie tun das in einer dialektischen Auseinandersetzung mit der Politik. Aber auch in diesem Spiel zwischen Politik und Medien haben die Medien eine einzigartige Machtposition, weil sie letzten Endes immer entscheiden können, was kommt auf die Medienbühne, mit welcher Färbung, mit welcher Beurteilung usw.

Und die Politiker, die erfolgreich sein wollen, unterwerfen sich den Mediengesetzen, um auf diese Weise ihre Chance zu maximieren, auf der Medienbühne eine Rolle zu spielen. Das ist die überwältigende indirekte Macht der Medien durch die Vorherrschaft ihrer Regeln. Die Medien und die große Reichweite ihrer Gesetze in der Mediengesellschaft sind in der Welt von heute ein erstrangiger realer Machtfaktor.

Zum Buch "Die Unbelangbaren - Wie politische Journalisten mitregieren"

Das Buch "Die Unbelangbaren" erscheint in einer Zeit, in der Medienkritik oft mehr von Emotionen als von fundierten Kenntnissen über die Funktionsweisen der Medien geprägt ist. Thomas Meyers Buch wirkt wie ein Gegengewicht in einer Debatte über die Medien, die sich schon seit Monaten im Kreis dreht. Medienkritiker erheben Vorwürfe, beschweren sich über eine Berichterstattung, die ihrer Meinung nach eine schwere Schlagseite erkennen lässt, Vertreter großer Medien weisen immer wieder mit Nachdruck jede Grundsatzkritik zurück und Stimmen aus dem akademischen Feld bleiben bei ihren Wortmeldungen erstaunlich weit hinter dem zurück, was ihre wissenschaftlichen Disziplinen an analytischen Erkenntnissen über die Medien hervorgebracht haben.

Meyer, der bereits in seinem vor einigen Jahren erschienen Buch "Mediokratie - Die Kolonisierung der Politik durch die Medien" die Einflüsse des journalistischen Feldes auf das politische Feld ausgeleuchtet hat, geht in seinem neuen Buch noch einmal auf die Verwicklungen dieser beiden gesellschaftlichen Teilbereiche ein. Dieses Mal aber "zoomt" der Politikwissenschaftler näher ran, nämlich direkt an die Akteure der Medien.

Als "unbelangbar" bezeichnet Meyer Journalisten, die aus einem

fragwürdigen Jagdinstinkt heraus versuchen, einen Menschen medial zur Strecke zu bringen - genauso wie diejenigen Medienvertreter, die bewusst als Akteure im politischen Spiel mitmischen, um ihre persönlichen politischen Wunschvorstellungen verwirklicht zu sehen. Dagegen schreibt Meyer an. Er wünscht, dass Journalisten, die "ihr Publikationsprivileg" missbrauchen, wie Meyer es mit harten Worten formuliert, sich vor den Rezipienten rechtfertigen müssen.

Auch wenn der emeritierte Professor es durchaus ernst mit seiner Forderung meint: Meyer bedient sich auch der Zuspitzung - um aufzurütteln. Viel wäre nämlich schon erreicht, wenn das journalistische Feld von sich aus gegen die Skandalisierungs- und Empörungsmentalität, die sich in ihm ausgebreitet hat, vorgehen würde. Eine Berichterstattung, die davon angetrieben wird, aus Skandälchen Skandale zu machen und Menschen medial so lange durch den Dreck zu ziehen, bis deren öffentliches Leben zerstört ist, übersteigt die Grenzen dessen, was sich eine um die Sache bemühte Berichterstattung leisten darf.

Doch Meyers Schrift geht inhaltlich über die Forderung der "Belangbarkeit" von Journalisten hinaus. Wer das Buch inhaltlich auf seinen Titel reduziert, greift zu kurz. In der an vielen Stellen sehr aufgeregt geführten Diskussion um die Medien träufelt Meyer die Erkenntnisse einer kritischen Sozialwissenschaft ein. Wenn

Meyer etwa die Analysen des Soziologen Niklas Luhmann einbringt, der mit seinem Grundlagenwerk zur Realität der Massenmedien die innere Mechanik des Mediensystems freigelegt hat, weitreichende Studien, wie etwa "Die Souffleure der Mediengesellschaft" (Siegfried Weichenberg) oder einen Klassiker der Medienkritik: "Der missachtete Leser" (Peter Glotz/Wolfgang R. Langenbucher) anführt, dann wird schnell deutlich, woran die derzeitige Diskussion um die Medien krankt. Die vielen klugen und kritischen Erkenntnisse, die teilweise schon vor Jahrzehnten über die Medien und ihre Funktionsweisen angestellt wurden, kommen in ihr einfach nicht vor.

Es ist gewissermaßen so, als sei Luhmanns Erkenntnis, dass Medien nicht die Realität abbilden, sondern sie selbst erzeugen, nie gedacht worden. Es ist so, als hätten die Beobachtungen des französischen Soziologen Pierre Bourdieu über das journalistische Feld nie stattgefunden, als hätte der US-amerikanische Intellektuelle Noam Chomsky nie dargelegt, was es mit der "politischen Ökonomie der Massenmedien"auf sich hat und wie sie Zensur ausüben.

Kurzum: Dass an Medien und an der journalistischen Berichterstattung vieles auszusetzen ist, ist nicht neu. Im Februar 1970 waren im Spiegel folgende bemerkenswerte Zeilen zu lesen:

» *Der deutsche Leser wird von seinen Zeitungen mißachtet. Das falsche*

Bewußtsein der Journalisten, jeder ein Kreuzzügler oder Entlarver, füllt die Spalten mit Gesinnungen statt mit Fakten. Ob links oder rechts, überall lassen sich horrende Informationsdefizite nachweisen... Die Mißachtung der Leser beginnt nicht erst bei den Journalisten, sie beginnt im Zustand der Gesellschaft selber. Nicht weniger, sondern mehr Kritik scheint mir darum das Heilmittel zu sein, unsere Zeitungen zu verbessern... «

Der Spiegel

Heute, 45 Jahre später, gibt es ein "mehr an Kritik". Wohl noch nie zuvor gab es ein so großes Interesse vonseiten der Rezipienten an einer kritischen Auseinandersetzung mit den Medien. Meyer leistet in dieser Zeit mit seinem Buch einen wertvollen Dienst: Nicht akademisch abgehoben, sondern in einfacher Sprache gelingt es ihm, eine Medienkritik zu entwerfen, die alte Einsichten mit aktuellen Entwicklungen verbindet und zugleich eine eigenständige Perspektive auf die problematischen Verhältnisse im journalistischen Feld einnimmt.

"Auch im Journalismus gibt es Herrschende und Beherrschte"

Kommunikationswissenschaftler Thomas Wiedemann über Medienforschung und das journalistische Feld

Welchen Nutzen hat die Arbeit des 2002 verstorbenen französischen Soziologen Pierre Bourdieu für die Kommunikationswissenschaft? Thomas Wiedemann vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität in München, erklärt im Telepolis-Interview, warum sich die Soziologie Bourdieus gut zur Erforschung der Medien eignet und zeigt auf, was es bei der Dekonstruierung des journalistischen Feldes zu beachten gilt. Pierre Bourdieu, der als Vertreter einer offensiven Soziologie bekannt wurde und seine Disziplin als eine Art Kampsport betrachtete, die es erlaubt, gegen die verborgenen Mechanismen der Macht vorzugehen, hat auch die Medien, insbesondere das Fernsehen, einer kritischen Betrachtung unterzogen.

▶ Herr Wiedemann, in einem Aufsatz haben Sie geschrieben, dass es eine Ausdehnung des journalistischen Feldes gibt. Was meinen Sie damit?

Thomas Wiedemann: Das Internet hat eine Fülle neuer

Publikationsmöglichkeiten eröffnet und dazu geführt, dass der einseitige Kommunikationsfluss vom Journalisten zum Rezipienten zumindest teilweise der Vergangenheit angehört. An die Stelle des passiven Nachrichtenkonsumenten ist ein transnationaler und vernetzter Akteur getreten, der sich selbst beteiligt und den etablierten Journalismus mit nicht institutionalisierten Massenmedien und neuen Produktformen wie etwa Blogs herausfordert.

▶ Was genau bedeutet das für die traditionelle Medien?

Thomas Wiedemann: Lassen wir die Umwälzungen auf dem Anzeigenmarkt einmal beiseite und beschränken uns auf den Output: Ob bei der überregionalen Presse oder im Boulevard - überall ist die Auseinandersetzung mit der neuen Konkurrenz zu spüren, überall werden journalistische Regeln neu ausgehandelt, und das schlägt sich dann auf die Inhalte nieder. Eine ähnliche Entwicklung gab es auch schon Mitte der 1980er Jahre, als mit der Einführung des privaten Rundfunks ein neuer Journalismus aus der Taufe gehoben wurde. Das Gleiche erleben wir in noch stärkerem Ausmaß auch heute, mit einer Potenzierung von Medienakteuren im Kampf um Aufmerksamkeit. Und das wirkt sich natürlich auf die klassischen Funktionen der Medien im Meinungs- und Willensbildungsprozess aus.

▶ Derzeit findet eine Debatte um die Medien statt. Zumindest ein

Teil der Mediennutzer ist mit dem Journalismus der großen Medien unzufrieden. Bei der teilweise ziemlich hitzigen Diskussion scheint mitunter einiges durcheinandergebracht zu werden. Können wir einmal versuchen, mit Pierre Bourdieu einen Blick auf das journalistische Feld zu werfen?

Thomas Wiedemann: Bourdieus Soziologie bietet die Möglichkeit, Medien als Institutionen und soziales Gefüge innerhalb eines größeren gesellschaftlichen Rahmens zu betrachten. Fragen der journalistischen Autonomie stehen dann ebenso zur Debatte wie grundsätzliche Interaktionen zwischen dem journalistischen Feld und dem Feld der Wirtschaft, dem Feld der Politik usw. Und auch eine bestimmte journalistische Praxis kann man mit Bourdieu nicht mehr bloß aus persönlichen Motiven von Medienakteuren heraus erklären, sozusagen losgelöst vom Kontext, von den Mitstreitern im Feld und von den Einflüssen der Zeit.

▶ Der Feldbegriff ist Bestandteil von Bourdieus Theorie. Was genau heißt es, von einem journalistischen Feld zu sprechen?

Thomas Wiedemann: Bourdieu konzipiert das journalistische Feld als relativ autonomen Kosmos mit einer eigenen Logik. Verorten lässt sich das journalistische Feld im übergeordneten Feld der kulturellen Produktion und damit im Feld der Macht, also relativ weit oben im sozialen Raum bzw. in der Hierarchie sozialer Felder, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens abdecken. Intern ist

das journalistische Feld für Bourdieu ein Netz objektiver Beziehungen, ein Kraftfeld zwischen bevorzugten und benachteiligten Positionen und mit einem autonomen und heteronomen Pol. Entscheidend ist, dass die jeweilige Position in diesem Gefüge darüber entscheidet, bis zu welchem Grad feldspezifische Regeln gegenüber Einflüssen von außen Durchsetzungskraft entfalten.

▶ In diesem Feld, also diesem Mikrokosmos, bewegen sich nun Journalisten.

Thomas Wiedemann: Ja, in dieser bipolaren Struktur nehmen alle Akteure eine bestimmte Position ein, die ihrer sozialen Macht entspricht und die ihrem Handeln einen Raum des Möglichen vorgibt.

▶ Mal mit Bourdieu gedacht: Wie autonom sind Journalisten? Oder anders gefragt: Wie groß ist ihr Handlungsspielraum?

Thomas Wiedemann: Was Journalisten tun können und was nicht, gibt zunächst einmal ihr Habitus vor, der wie eine vorreflexive Verhaltensdisposition dazu führt, dass sich Akteure ihrer gesellschaftlichen Position entsprechend verhalten. Ihre Position und damit letztlich ihr Handlungsspielraum bemisst sich dann aber aus dem Volumen und der Struktur ihres Kapitals, zu dem Bourdieu alle ökonomischen, kulturellen, sozialen und symbolischen Ressourcen zählt. Für eine journalistische Tätigkeit braucht es also

nicht nur Geld, sondern zum Beispiel auch Schreibfähigkeiten, Kontakte und ein Stück gesellschaftliche Anerkennung.

▶ Aber auch Medien selbst verfügen über eine bestimmte Kapitalstruktur.

Thomas Wiedemann: So ist es. Da auch Medienunternehmen, Redaktionen oder Abteilungen ein bestimmtes Kapital aufweisen, positionieren sich einzelne Journalisten doppelt - und ihr Habitus wird nicht nur durch ihre persönlichen Erfahrungen und Ressourcen strukturiert, sondern auch durch die Logik des Feldes und die Position der Medienorganisation, für die sie arbeiten. Grundannahme ist nach Bourdieu, dass sich das Zustandekommen journalistischer Produkte nur dann adäquat untersuchen lässt, wenn man das journalistische Feld dekonstruiert - durch die Analyse der objektiven Feldpositionen, der unter Journalisten typischen Habitusformen sowie des Kapitals, das im journalistischen Feld Gewinn verspricht.

Wer dem journalistischen Feld oder einem seiner Subfelder angehört, verinnerlicht automatisch dessen "Spielregeln"

▶ Sie sprechen hier ein ganzes Bündel von Faktoren an, die es offensichtlich zu berücksichtigen gilt, wenn es um den Handlungsspielraum von Journalisten geht. Ein Vorwurf, der von Medienkritikern in der aktuellen Debatte immer wieder erhoben wird, lautet, dass Journalisten nicht unabhängig sind, dass sie

gesteuert werden usw. Die Kritisierten weisen diese Vorwürfe immer wieder zurück, sprechen von ihrer redaktionellen Unabhängigkeit usw.

Aber was heißt eigentlich journalistische Freiheit, Autonomie oder Unabhängigkeit im Hinblick auf all diese Faktoren, die Sie angesprochen haben? Was heißt es, wenn in der Analyse über die journalistischen Produkte beispielsweise die Struktur des Kapitals von Journalisten oder Medien berücksichtigt werden muss? Was heißt es, wenn Journalisten mit einem Habitus im journalistischen Feld agieren, der nicht nur durch die Bedingungen und Erfahrungen ihrer eigenen Sozialisation geprägt wurde, sondern auch durch die Logik des Feldes und die Positionierung des jeweiligen Mediums innerhalb des Feldes?

Thomas Wiedemann: Autonomie bedeutet im Sinne Bourdieus, dass das journalistische Feld nach seiner Logik funktioniert und etwa traditionelle Werte des Journalismus gegenüber Ansprüchen von außen, zum Beispiel aus der Wirtschaft oder Politik, weithin geltend macht.

In Deutschland können sich dem Einfluss der Wirtschaft am ehesten Nachrichtenmagazine, überregionale Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Rundfunkangebote entziehen. Hier befinden wir uns am Machtpol des Feldes und hier steht den journalistischen Akteuren zugleich genügend Kapital zur Verfügung, um

Exklusivnachrichten zu produzieren, also das, worum es im Feld eigentlich geht. Zum Mainstream im deutschen Journalismus gehört aber auch das Selbstverständnis eines neutralen Informationsprofis, der publikumsorientiert arbeitet. Und das führt zu Habitus-Anpassungen, also zur Angleichung journalistischer Verhaltensmuster. Wer dem journalistischen Feld oder einem seiner Subfelder (dem Hauptstadt-Journalismus, der Lokalpresse usw.) angehört, verinnerlicht automatisch dessen "Spielregeln" - bis zu einem gewissen Grad auch auf Kosten ursprünglicher Bewertungskriterien. Alles andere wäre ja schädigend für die eigene Position.

▶ Bourdieus Soziologie ist geprägt von dem Antrieb, die unsichtbaren Mechanismen der Macht, die verborgenen Strukturen von Herrschaft und Unterdrückung kenntlich zu machen. In Ihrer Arbeit plädieren Sie dafür, dass die Erkenntnisse von Bourdieu dazu genutzt werden können, eine "Analyse der Trennlinien, Konflikte und Kämpfe innerhalb der Kommunikationswissenschaft (mit ihrer Vielzahl von Selbstverständnissen, Subfeldern und Gegenständen) durchzuführen". Außerdem, so schreiben Sie weiter, lasse sich untersuchen, wie die Teildisziplinen innerhalb der Kommunikationswissenschaften zueinander stehen, "wer die Herrschenden sind, die die Spielregeln (legitime Fragestellungen, Theorien und Methoden) festlegen, und welche Strategien die Beherrschten anwenden, um die Feldstruktur zu verändern". Wie

sieht es aus, wenn Sie diesen Blick auf das journalistische Feld veranschlagen?

Thomas Wiedemann: Selbstverständlich ist ein konfliktorientierter Blick nicht nur auf das wissenschaftliche Feld möglich. Auch im Journalismus gibt es Herrschende und Beherrschte oder entstehen Machtkämpfe zwischen Subfeldern. Der Online-Journalismus ist zum Beispiel auf dem besten Weg, eine eigene Logik zu entwickeln und eine gleichrangige Position gegenüber den Printangeboten einzunehmen. Dass die bestehende Ordnung dadurch infrage gestellt wird und auch in Zukunft ständig neue Konkurrenz für den alteingesessenen Journalismus heranwachsen wird, steht außer Frage.

▶ Wenn Bourdieu heute auf den Kampf um die Deutungshoheit zwischen den Vertretern der traditionellen Medien und den alternativen Journalisten blicken würde, was würde er Ihrer Meinung nach sagen und analysieren?

Thomas Wiedemann: Zunächst einmal würde er versuchen, die Grenzen des journalistischen Feldes neu zu definieren. Dass dabei auch der nationale Rahmen an Bedeutung verloren hat, müsste er ebenso berücksichtigen. Gut möglich, dass Bourdieu auch seine Kritik an den herrschaftsstabilisierenden Mechanismen und der kommerziellen Logik im Journalismus ausweiten würde. Am spannendsten fände der Meister wohl die Auseinandersetzung

zwischen etablierten und neuen Medien sowie ihre Strategien zum Machterhalt bzw. zur Machtgewinnung. Und hier würde der späte Bourdieu ganz klar den Herausforderern, also den alternativen Journalisten, die Daumen drücken.

In den Medien muss sich fast alles ändern

Der Soziologe Hauke Brunkhorst über die "publikative Gewalt"

Der Soziologe Hauke Brunkhorst hat die Debatte zwischen den traditionellen Medien und ihren Kritikern mitverfolgt und hält die Kritik für berechtigt. Im Interview mit Telepolis macht der Soziologe von der Universität Flensburg deutlich, wie groß der Unterschied zwischen der veröffentlichten Meinung der Medien und der "nichtveröffentlichten öffentlichen Meinung" doch ist und sagt, dass sich in den Medien fast alles ändern muss.

Auch die Auswahlkriterien bei der Rekrutierung des Nachwuchses, wie sie vonseiten der großen Medienhäuser veranschlagt werden, sieht Brunkhorst kritisch. Die hohe Qualifikation, die Redakteure heutzutage mitbringen, sei zwar begrüßenswert, aber zugleich würde der "universellen Wettbewerbsorientierung" zu viel Tribut gezollt, so dass eine "etwas zu einseitige Vorauswahl" festzustellen sei.

Scharf kritisiert Brunkhorst, der sich in seiner Forschung auch mit den Hintergründen des Neoliberalismus auseinandersetzt, Medien im Hinblick auf die Verbreitung der neoliberalen Idee. Nach den Worten von Brunkhorst waren Medien die "willigen Vollstrecker der

globalen Ideologie des Neoliberalismus", die "kritische Stimmen an die Peripherie gedrängt und zum Schweigen gebracht" haben.

▶ Herr Brunkhorst, in einem Artikel für DIE ZEIT haben Sie vor kurzem Folgendes geschrieben: "Wer will von den Massenmedien und kritischen Journalisten anderes erwarten als Konformismus gegenüber den ökonomischen Eliten und Machtspiele gegenüber jenen, die sie fallen lassen?" Können Sie diese Gedanken näher erläutern?

Hauke Brunkhorst: Die Aussage von mir erläutere ich in der ZEIT, dort schreibe ich nämlich: "Freie Mitarbeiterinnen, die in den 1970er Jahren mit ihren Honoraren noch Familien ernähren konnten, versinken heute in Armut." Und anmerken muss man noch, dass gleichzeitig die Spitzengehälter in den Massenmedien auf historisch nie dagewesene Höhen gestiegen sind, was einer nicht nur technischen (Internet), sondern auch ideologisch-ökonomischen Umstrukturierung des gesamten Medienbereichs geschuldet ist.

Die Stichworte sind: Marginalisierung des öffentlichen Sektors gegenüber dem rein privaten, Transformation des öffentlichen Sektors an der Spitze und zu Spitzensendezeiten in Privat-Public-Partnerships, Leistung soll sich lohnen, man kann nicht länger jeden mitnehmen, wer unten ist, ist selber schuld, Wettbewerbs- und Einschaltquotenideologie, wann immer man einschaltet usw.

Das zusammengenommen macht es wahrscheinlich, dass wir von den "Massenmedien" nichts "anderes" mehr "erwarten" können als "Konformismus gegenüber den ökonomischen Eliten und Machtspiele gegenüber jenen, die sie fallen lassen?"

Exemplarisch wäre hier der Fall des Bundespräsidenten Wulff, der auch zur Hannover-Connection gehört, aber den Islam zum Bestand deutscher Religionen erklärt hatte. Das dürfte der kulturelle Hintergrund dafür sein, dass Jauch und Bild im abgesprochenen oder unabgesprochenen Wechselspiel den Präsidenten zum Abschuss freigegeben und dann gleich nachgeladen haben. Solcherart Beispiele gibt es mittlerweile zahllose.

▶ In den vergangenen Monaten gab es von vielen verschiedenen Seiten eine breite Kritik an den großen Medien. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier beklagte in einem Beitrag für die FAZ eine erstaunliche Homogenität und einen Konformitätsdruck in den Medien. In einem Appell im Hinblick auf die Situation mit Russland haben sich 60 Prominente auch an die Medien gerichtet und geschrieben: "Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen." Der Journalismusforscher Uwe Krüger hat 2013 eine Studie veröffentlicht, in der er deutschen Alpha-Journalisten ein zu

enges Verhältnis zu den Machteliten nachweist. Hinzu kommt die Kritik der Rezipienten, die sich jeden Tag in den Foren der großen Medien in Form von Kommentaren niederschlägt. Was ist dran an all dieser Kritik?

Hauke Brunkhorst: Alles richtig.

▶ Die Debatte in Sachen Ukraine/Russland zeigt deutlich, dass es einen Kampf um die Deutungshoheit gibt. Auf der einen Seite stehen die traditionellen Medien, auf der anderen Seite das Internet mit seinen vielen alternativen Formaten. Diese Auseinandersetzung bei der es immer wieder auch darum geht, wer die legitimen Deuter und Interpreten der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit sind, findet allerdings schon länger statt. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Deutungsnarrative der Leitmedien scheinbar mehr und mehr hinterfragt werden?

Hauke Brunkhorst: Das sehe ich positiv. Mit dem Fernsehen geht es zu Ende, und das ist gut so. Ob im hochfragmentierten Internet etwas Neues und Besseres entsteht, ist nicht absehbar, immerhin ist das kritische, negative Potential des Internets und der demokratische Zugang zu ihm unendlich viel höher als bei Fernsehen und Rundfunk. Gleichzeitig ist das Netz viel beweglicher und aktueller, sichtbarer im Wortsinn als die Zeitungen. Jeder kann hier fast alles veröffentlichen, und dabei bilden sich natürlich auch neue Macht- und Hegemonialstrukturen und die Herrschaft der

Märkte überflutet die gesamte Privatsphäre. Das ist die Schattenseite. Aber das kritische und demokratische Potential ist noch lange nicht ausgereizt.

▶ Welche Rolle spielt ihrer Sicht nach die Tatsache, dass es eine relative Homogenität innerhalb des journalistischen Feldes gibt, was Herkunft, Ausbildung etc. der Journalisten angeht? In einer umfangreichen Studie stellte der Kommunikationswissenschaftler Siegfried Weischenberg fest: "Journalisten sind in ihrer sozialen Zusammensetzung...nicht der Spiegel der Bevölkerung - so wenig wie Ärzte, Anwälte oder Wissenschaftler..." Und weiter: "Journalisten unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer formalen Bildung vom Durchschnitt der Bevölkerung. Sie rekrutieren sich auch sehr deutlich vor allem aus einem Bereich der Gesellschaft: der Mittelschicht. Rund zwei Drittel der Väter von Journalisten (66,7 %) sind oder waren Angestellte oder Beamte; Kinder von Arbeitern stellen eine kleine Minderheit (8,6 %). Welche Rückschlüsse ziehen Sie als Soziologe aus solchen Daten?

Hauke Brunkhorst: Ja, das ist so, aber es ist in einer funktional differenzierten Gesellschaft mit hoher Spezialisierung unvermeidlich. Immerhin wächst dem auch ein kritisches Bildungspotenzial nach, für das die Prekarität zur lebenslangen Existenz geworden ist. Heute studieren weltweit dreißig Prozent der Bevölkerung und mehr und sie haben alle sozialen Bewegungen, Aufstände und Revolutionen der jüngsten Zeit gemacht oder

zumindest ausgelöst.

▶ Stefan Kornelius, Außenpolitik-Chef der Süddeutschen Zeitung, sagte vor einigen Monaten in einem Interview mit ZAPP im Hinblick auf die junge, nachrückende Journalistengeneration in seinem Haus: "Wir haben es mit einer Generation zu tun, die jetzt in den Journalismus kommt, die so international ist wie keine zuvor. Jeder Volontär bei uns hat zwei, drei Jahre Auslandserfahrung in den noch so exotischsten Ländern hinter sich, spricht Sprachen, das ist wirklich toll und bemerkenswert. Es gibt die komplette Erasmus-Generation, die rumläuft, die ist offen und versteht, wie die Welt tickt. Also eigentlich müsste es ein leichtes Spiel sein, aber das darf man sich nicht durch die Verrückten verderben lassen." Ist das nicht eine bemerkenswert interessante Aussage, wenn man darauf mit einem soziologischen Blick schaut? Was sind Ihre Gedanken, wenn Sie diese Worte hören?

Hauke Brunkhorst: Ich stimme Kornelius völlig zu, würde aber die Schattenseiten, wie ich es oben angesprochen habe, nicht unerwähnt lassen. Es ist ja schön und stimmt, dass die Redakteure immer besser qualifiziert sind und, um mit den Worten des amerikanischen Soziologen Craig Calhoun zu sprechen, den "cosmopolitanism of frequent flyers" einschließlich des fließenden Englisch internalisiert haben, aber das ist auch eine etwas einseitige Vorauswahl, die der universellen Wettbewerbsorientierung etwas zu viel Tribut zollt. In deren Namen sind die Universitäten von

Betriebswirten gerade erst auf neoliberale Stromlinie gebracht worden und produzieren nun auch die dazu passenden Journalisten. Gerade die Süddeutsche ist im Übrigen erst in jüngster Zeit Opfer eines weiteren Privatisierungsschritts in Richtung Turbokapitalismus geworden, musste aus der Stadt raus und die Redaktion shareholdergerecht "modernisieren". Das wissen die Redakteure ganz genau.

"Willige Vollstrecker der globalen Ideologie des Neoliberalismus"

▶ Sie haben sich in Ihrer sozialwissenschaftlichen Arbeit auch mit dem Neoliberalismus auseinandergesetzt. Können Sie skizzieren, welche Rolle Medien und Journalisten bei der Durchsetzung der neoliberalen Idee gespielt haben?

Hauke Brunkhorst: Sie waren die willigen Vollstrecker der globalen Ideologie des Neoliberalismus und haben die kritischen Stimmen an die Peripherie gedrängt und zum Schweigen gebracht. Der Satz, der 2002 in einem Leitartikel der FAZ stand, ist kein Zufallstreffer, sondern Ausdruck einer globalen Medienhegemonie: "Wenn Eltern Ihrem Säugling die Anstrengung des Saugens dadurch erleichtern, daß sie die Öffnung der Babyflasche vergrößern, legen sie den ersten Grundstein für mangelnde Leistungsbereitschaft." [1]

▶ Was muss sich in der Medienlandschaft ändern?

Hauke Brunkhorst: Fast alles. Schauen Sie sich doch an, wie weit die veröffentliche öffentliche Meinung von der nichtveröffentlichten öffentlichen Meinung entfernt ist.

▶ Können Sie dafür mal ein Beispiel nennen?

Hauke Brunkhorst: Nehmen Sie doch nur mal das sinkenden Vertrauen der EU-Bürger in ihre nationalen und transnationalen Institutionen im Vergleich zu der stark gewachsenen Solidaritätsbereitschaft der EU-Bürger untereinander - gerade auch zwischen ihren verschiedenen Kulturen in Nord und Süd, Ost und West. Während das Vertrauen in die Institutionen, wie die Eurobarometer zeigen und jeder Fernsehzuschauer, Stammtischbesucher und Internetnutzer weiß, im Keller ist, hat die bürgerschaftliche und soziale Solidarität der Europäer nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 Ausmaße erreicht, wie nie zuvor in der Geschichte der Europäischen Union.

Das zeigen glasklar die gründlichen empirischen Studien von Gerhards und Lengfeld, die aber im Fernsehen, am Stammtisch und im Internet (wo sie jeder abrufen *könnte*) unbekannt bleibend und in der verwalteten Öffentlichkeit kein Ohr finden. So ist, um nur diesen einen, hochsignifikanten Indikator europäischer Solidarität zu erwähnen, eine überwältigender Mehrheit der Europäer für einen einheitlichen europäischen Mindestlohn, und die Deutschen, von denen immer wieder das Gegenteil behauptet wird, sind auch

dann noch zu 58,1% dafür, wenn sie dafür erhebliche Lohneinbußen in Kauf nehmen müssten.

Diese Zahl, die wachsendes kollektives Selbstvertrauen der europäischen Bürgerschaft im ganzen erkennen lässt, bleibt aber Geheimwissen der empirischen Soziologie, während gleichzeitig die veröffentlichte Meinung aus dem gesunkenen Institutionenvertrauen auf sinkende Solidaritätsbereitschaften und sinkendes kollektives Selbstvertrauen schließt, um dann lauthals dem Volk die üblichen rechtsnationalen Vorurteile zuzuschreiben. Kein Wunder, dass dann jeder glaubt, er wäre von Nachbarn umringt, deren transnationale Solidaritätsbereitschaft sehr viel geringer ist als seine/ ihre eigene. Der Effekt ist, dass dann nur noch die Minderheit rassistischer Abendländler für ein ganz anderes Europa demonstriert und die ganz anders eingestellten Mehrheiten resigniert zuhause bleiben, denken sie doch, sie wären in der Minderzahl und hätten dann auch noch die Institutionen gegen sich. Da wird politische Apathie zur einzig verbliebenen Option, keine mehr zu haben.

Der Teufelskreis wird in den heutigen Medien in derselben Weise stabilisiert wie in der frühen Kulturindustrie, deren Selektions- und Silencing-Mechanismus John Ford in dem Hollywoodwestern Liberty Valence auf den schon klassischen Satz gebracht hat: "If legend becomes fact, print the legend."

Der Journalismus muss sich der Diskussion um Objektivität stellen

Kommunikationswissenschaftlerin Cornelia Mothes über den Kampf um die Deutungshoheit und ihre Studie zur Objektivität in den Medien

Was hat es mit der Objektivität von Journalisten auf sich? Wie objektiv sind Journalisten im Gegensatz zu Nicht-Journalisten, wenn es um die Einordnung von zentralen politischen Themen geht? Die Kommunikationswissenschaftlerin Cornelia Mothes hat sich des Themas angenommen und ist in einer interessanten Studie den Fragen nachgegangen. Eines ihrer Ergebnisse lautet, dass auch Journalisten dann, wenn Objektivität gefragt ist, ihre individuellen Eigeninteressen nicht unterbinden können, "da die Auslegung der Objektivitätsnorm scheinbar selbst von persönlichen Interessen der Journalisten abhängig ist".

Im Telepolis-Interview beschreibt Mothes, die zur Zeit an der Ohio State School of Communication forscht, wie sie für ihre Studie vorgegangen ist und welche weiteren Ergebnisse sie zu Tage gefördert hat. Mothes macht außerdem darauf aufmerksam, wie wichtig journalistische Selbstreflexion und Selbstkritik in einer Zeit

ist, in der, so Mothes, "vermehrt Unsicherheit darüber besteht, was Journalisten eigentlich ausmacht und welche Qualitätsmerkmale sie auszeichnen" Gerade dann sei es von Bedeutung, sichtbare Verbindlichkeiten zu schaffen.

▶ Frau Mothes, Sie haben sich bei Ihrer Forschung als Kommunikationswissenschaftlerin mit dem Thema Objektivität im Journalismus auseinandergesetzt. Was war denn der Ausgangspunkt ihrer Arbeit?

Cornelia Mothes: Der Ausgangspunkt meiner Arbeit war die Frage, wie sich professionelle Journalisten in Deutschland heute von Nicht-Journalisten abheben, wenn es um die Qualität der Informationen geht, die sie veröffentlichen.

▶ Warum interessiert Sie gerade das?

Cornelia Mothes: Den Hintergrund zu dieser Frage liefert der stetige Anstieg an Informations- und Kommunikationsangeboten, der vor allem durch die starke Ausbreitung des Internets beflügelt wurde.

▶ Sie meinen, dass im Internet selbst jeder, sagen wir mal: zu einer Ein-Mann-Zeitung werden kann, also selbst Informationen aufarbeiten und verbreiten kann?

Cornelia Mothes: Sagen wir es so: Mit dem Internet ist es heute theoretisch jedem möglich, sich aktiv am Sammeln, Bearbeiten und Verbreiten von Nachrichten zu beteiligen. Ich sage ausdrücklich

"theoretisch", da die Realität stark davon abweicht, was potenziell möglich ist.

▶ Wie meinen Sie das?

Cornelia Mothes: Eine Reihe von Studien der letzten Jahre hat gezeigt, dass insgesamt nur sehr wenige Bürger finanzielle Ressourcen, Zeit und Interesse haben, selbst kontinuierlich über das aktuelle Geschehen in Deutschland und der Welt zu berichten. Vielmehr wünschen sich die meisten Bürger weiterhin, dass Journalisten diese Aufgabe übernehmen.

Die meisten Bürger wollen "Gatekeeper", die Informationen für sie vorselektieren

▶ Sie sagen, die meisten Bürger wünschen sich, dass Journalisten diese Aufgabe machen. Wie kommen Sie darauf?

Cornelia Mothes: Sowohl im deutschen als auch im amerikanischen Raum zeigen Befragungen, dass die publizistische Eigenbeteiligung von Bürgern überwiegend auf Themen aus dem Privatleben beschränkt bleibt. Wenn sich Bürger am öffentlichen Diskurs über gesellschaftspolitische Themen beteiligen, so ist dies meist kein kontinuierlicher, sondern ein zyklischer Prozess. Die Beteiligung steigt vor allem in politischen Hochphasen an, etwa vor Wahlen, geht aber in politischen Routinezeiten auf ein Minimum zurück.

Zu viele aktive Partizipationsmöglichkeiten scheinen Bürger sogar

eher zu überfordern, als dass sie zwingend einen Mehrwert darstellen. Nur wenige Nutzer haben zum Beispiel das Bedürfnis, von Medien am Rechercheprozess beteiligt zu werden. Vielmehr wünschen sich die meisten Bürger, dass es weiterhin "Gatekeeper" gibt, die Informationen für sie vorselektieren, deren Wahrheitsgehalt prüfen und sie in einen größeren Zusammenhang stellen.

Christoph Neuberger, ein Kollege von der Ludwig-Maximilians-Universität München, hat in einer 2012 veröffentlichten Studie zeigen können, dass sich die deutsche Bevölkerung diese Leistung von Berufsjournalisten wünscht. Zwei Drittel der Internetnutzer dieser Studie waren der Meinung, dass nur Berufsjournalisten über die notwendigen Kompetenzen verfügen, komplexe gesellschaftliche Themen angemessen aufzubereiten. Nur etwa ein Drittel der Befragten glaubte, dass Amateure in der Lage seien, diese Leistungen des Journalismus zu übernehmen. Und nur einer von zehn deutschen Internetnutzern nahm an, dass Weblogs und Social Media Angebote den professionellen Journalismus ersetzen können.

Selbst aktive Blogger agieren ja nicht losgelöst von journalistischen Medien. Ganz im Gegenteil sind sie - zumindest in politischen Routinephasen - oft auf journalistische Berichterstattung angewiesen. Medienberichte bilden häufig erst die Grundlage für den weiteren gesellschaftlichen Austausch im Internet. Sogar

Gegenöffentlichkeiten im Internet erregen oft erst dann gesellschaftliche Aufmerksamkeit, wenn sie von journalistischen Medien als Thema aufgegriffen werden.

▶ Eine der Kernaufgaben von Journalisten ist es, das Zeitgeschehen im journalistischen Sinne für die Rezipienten aufzuarbeiten. Immer wieder ist davon die Rede, dass professionelle Journalisten Orientierung im Informationsdschungel bieten sollen.

Cornelia Mothes: Ja, durch die wachsende Informationsflut scheint es heute sogar wichtiger denn je, dass Journalisten Orientierung bieten, indem sie eine verlässliche Auswahl an wichtigen Informationen vornehmen und diese Informationen einzuordnen helfen. Mit dieser Kernfunktion des Journalismus ist ein bestimmter Qualitätsstandard ganz besonders verbunden, nämlich die Objektivitätsnorm.

Objektivität im Journalismus

▶ Und hier kommt Ihre Arbeit ins Spiel. Was verstehen Sie unter Objektivität im Journalismus?

Cornelia Mothes: Im Allgemeinen meint Objektivität im Journalismus, dass Journalisten versuchen, das gesellschaftliche Geschehen möglichst unbeeinflusst von Eigeninteressen darzustellen, also zum Beispiel verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Ansichten zu Wort kommen zu lassen oder

Fakten deutlich von der eigenen Meinung zu trennen. Eine solche unverzerrte Zusammenstellung von Nachrichteninhalten soll es ermöglichen, dass sich jeder Bürger eine eigenständige, unabhängige Meinung bilden kann. Die Objektivitätsnorm ist aber nicht nur eine der wichtigsten, sondern gleichzeitig auch eine der umstrittensten Normen im Journalismus.

▶ Warum?

Cornelia Mothes: Vor allem deshalb, weil sowohl von Wissenschaftlern als auch von Journalisten immer wieder angezweifelt wurde, inwiefern Objektivität überhaupt möglich ist.

▶ Was durchaus verständlich ist.

Cornelia Mothes: Ja, schon. Und daher schlagen aktuellere Konzepte immer häufiger vor, Objektivität als einen Prozess zu verstehen und nicht nur am Endprodukt festzumachen. Auch ich habe in meiner Arbeit einen solchen Prozess der Objektivität zugrunde gelegt, der aus drei Komponenten besteht: einer inhaltlichen, einer beruflichen und einer gesellschaftlichen Komponente. Alle drei Komponenten sind wichtige Maßstäbe für die Professionalität von Journalisten im Umgang mit Informationen.

Auf der inhaltlichen Ebene ging es in meiner Studie konkret um die Frage, inwiefern sich Journalisten im Umgang mit Informationen tatsächlich auf ihre Objektivitätsnorm verpflichten, also

Informationen unabhängig von persönlichen Ansichten nach rein professionellen Kriterien beurteilen. Auf der beruflichen Ebene ging es darum herauszufinden, inwiefern Journalisten dabei stärker in dem Bewusstsein handeln, objektiv sein zu müssen, als Personen, die nicht dem journalistischen Beruf angehören. Auf der gesellschaftlichen Ebene letztlich untersuchte die Studie, ob Journalisten die Verantwortung dafür übernehmen, wenn sie entgegen ihrer Objektivitätsnorm gehandelt haben, also zum Beispiel Informationen verzerrt ausgewählt haben.

Um diese Fragen zu beantworten, habe ich ein Online-Experiment mit 447 deutschen Journalisten und 507 deutschen Bürgern ohne journalistischen Hintergrund durchgeführt, das sich mit der Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke befasste. Die Studie fand im Sommer 2010 statt, also kurz vor der Entscheidung der Bundesregierung über die Laufzeitverlängerung, und legte damit ein hoch kontroverses Thema zugrunde, bei dem sich zwei Lager (Kernkraftbefürworter und Kernkraftgegner) gegenüberstehen.

▶ Was können Sie uns zur inhaltlichen Ebene noch sagen?

Cornelia Mothes: Auf der inhaltlichen Ebene wollte die Studie herausfinden, ob Journalisten - im Vergleich zu Nicht-Journalisten - die Objektivitätsnorm als einen verpflichtenden Standard wahrnehmen. Besonders deutlich kommt dies wohl dann zum

Ausdruck, wenn Journalisten mit Ansichten konfrontiert werden, die sie selbst nicht teilen.

▶ Und wie sind Sie nun in Ihrer Studie vorgegangen?

Cornelia Mothes: Ich habe den Teilnehmern der Studie ein Experten-Statement vorgelegt, das sich entweder für oder gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke aussprach und damit entweder mit der individuellen Meinung der Journalisten übereinstimmte oder ihr widersprach. Nachdem die Studienteilnehmer das Statement gelesen hatten, wurden sie gebeten, dieses Statement nach verschiedenen Kriterien einzuschätzen. Zwei dieser Kriterien waren unmittelbar mit der professionellen Objektivitätsnorm im deutschen Journalismus verknüpft: Wie frühere Studien zeigten, sehen deutsche Journalisten Objektivität vor allem dann gegeben, wenn sich Nachrichten auf Fakten berufen und in erster Linie neutral informieren statt subjektiv Position zu beziehen. Damit scheinen Nachrichten aus Journalistensicht also besonders dann als objektiv gelten zu können, wenn sie faktenreich und informativ sind.

In meiner Studie sollten die teilnehmenden Journalisten die Experten-Statements deshalb danach einschätzen, wie "faktenreich" und "informativ" sie sind. Sofern Journalisten ihrem Objektivitätsstandard verpflichtet sind, dürfte es keinen Unterschied machen, ob sie ein Statement lasen, das ihrer Meinung

entsprach oder widersprach. Die Ergebnisse der Studie zeigen allerdings, dass Journalisten ein einstellungs-konformes Experten-Statement als deutlich faktenreicher und informativer bewerteten als ein Experten-Statement, das ihrer Meinung entgegenstand.

▶ Bitte mal konkret: Das heißt nun was?

Cornelia Mothes: Die Befunde legen nahe, dass die Objektivitätsnorm im deutschen Journalismus den Einfluss individueller Eigeninteressen derzeit eher nicht unterbinden kann, da die Auslegung der Objektivitätsnorm scheinbar selbst von persönlichen Interessen der Journalisten abhängig ist. Einschränkend sei allerdings bemerkt, dass nicht jedes gesellschaftliche Thema von so hoher Brisanz und Polarität geprägt ist, wie das Thema Kernenergie.

▶ Ein sehr interessantes, aber doch auch ein vorauszusehendes Ergebnis, oder? Müsste eine Forschungsfrage nicht auch lauten, inwieweit Journalisten überhaupt in der Lage sind, die von Ihnen erwartete Objektivität zu erfüllen? Oder anders gefragt: Verfügen Journalisten überhaupt über die Instrumente, die notwendige Objektivität, die gerade dann besonders gefragt ist, wenn Sie Themen aufarbeiten, zu denen Sie eine klar positionierte Meinung haben, anzuwenden. Um eine wissenssoziologische Perspektive mit reinzudrehen: Wir Journalisten sind keine unbeschriebenen Blätter. Wie alle Menschen haben wir eine primäre und eine sekundäre

Sozialisation erfahren. Es gibt eine schulische, eine universitäre, eine berufliche Sozialisation.

Um es abzukürzen: Wie alle anderen Menschen nehmen auch Journalisten die Welt durch eine bestimmte Brille wahr, wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu treffend festgestellt hat. Hinzu kommt: Im journalistischen Feld gibt es ein komplexes Wechselspiel zwischen den Einstellungen, Überzeugungen und Weltbildern, die Journalisten sozusagen in den Beruf mit reinbringen und eben dann den Einflüssen, die auf sie einwirken, wie z.B. die "ungeschriebenen Gesetze", die den Redaktionsmitgliedern, teilweise sehr subtil, aufzeigen, welches Thema bei einem bestimmten Medium "geht" und welches gar nicht "geht", welche Meinung der "Redaktionslinie" entspricht usw.

Nochmal anders gesagt: Um sich Objektivität zumindest anzunähern, müssen Journalisten das betreiben, was Bourdieu als die Objektivierung des objektivierenden Subjektes bezeichnet, d.h. sie müssen in der Lage sein, sich selbst zu objektivieren, sie müssen Kenntnis von den bewussten und unbewussten Einflussfaktoren erlangen, die ihre Wahrnehmung und ihr Denken prägen und leiten.

Von daher: Ist es nicht geradezu erwarten, dass Journalisten auch nur "Menschen" sind und sie in einem Fall, wo ihre eigene Meinung mit der Objektivitätsnorm kollidiert, zumindest tendenziell, auch

wenn bei ihnen vielleicht das Objektivitätsgefühl besser ausgeprägt sein dürfte als bei einem Nichtjournalisten, genauso ihrer eigenen Weltsicht unterliegen, wie es auch bei vielen anderen Menschen der Fall ist?

Cornelia Mothes: Vollkommen richtig, weshalb am Objektivitätsbegriff bis heute auch immer wieder harsche Kritik geübt wird. Gerade aus konstruktivistischer Perspektive bleibt Realität immer an die Wahrnehmung des erkennenden Subjektes gebunden und lässt sich nicht unabhängig vom Subjekt erfassen. Dies schließt Journalisten natürlich mit ein. Die Frage ist aber: Was folgt daraus? Soll die Konsequenz lauten: Weil ein vollständiges "Ausschalten" der eigenen Subjektivität unmöglich ist, kann auch so etwas wie Objektivität keine journalistische Norm sein? Eine solche relativistische Perspektive würde schon allein den Versuch aufgeben, seine eigene Sicht auf die Welt für eine andere Sichtweise zu öffnen. Beide Betreuer meiner Doktorarbeit, Wolfgang Donsbach und Hans Mathias Kepplinger, haben sich schon in den 1980er und 1990er Jahren sehr intensiv mit genau dieser Frage beschäftigt und sie haben ihre Schlüsse daraus gezogen.

Objektivität muss fundamentale Norm im Journalismus bleiben

▶ Welche denn?

Cornelia Mothes: Sie kommen zu dem Ergebnis, dass diese

Schlussfolgerung wohl nicht gesellschaftlich wünschenswert wäre. Würde man der Objektivität als journalistischer Norm den Laufpass geben, würde man Journalisten - als zentrale Mitgestalter gesellschaftlicher Wirklichkeit - auch aus der Verpflichtung entbinden, zumindest den Willen aufzubringen, unabhängig von Eigeninteressen zu handeln. Ein solcher Relativismus immunisiert Journalisten nicht nur vor jeglicher Kontrolle und Kritik - ein Punkt, der heute immer wichtiger wird -, sondern würde auch der Identität des Journalismus nachhaltig schaden, die derzeit ebenfalls zur Disposition steht. Die Unterscheidung zwischen Journalismus und Werbung oder Propaganda wäre damit prinzipiell aufgehoben. Dies würde wiederum mit der öffentlichen Aufgabe der Medien kollidieren, wodurch letztlich die Legitimation des Journalismus im Ganzen infrage stehen würde.

Gerade aufgrund ihrer essentiellen Wichtigkeit für die journalistische Identität und Legitimation wird die Objektivität trotz massiver Kritik deshalb nach wie vor als fundamentale Norm im Journalismus angesehen, die gerade dann von besonderer Relevanz wird, wenn der Journalismus in eine Krise gerät. Diese Krise ist derzeit vor allem dadurch bestimmt, dass der Journalismus mit einer stetig steigenden Zahl an nicht-journalistischen Angeboten jedweder Art um die Aufmerksamkeit und das Zeitbudget von Mediennutzern kämpft. Meine Studie hat sich deshalb besonders mit der Sonderstellung des Journalismus gegenüber diesen nicht-

journalistischen Akteuren auseinandergesetzt und dabei versucht, in Rechnung zu stellen, dass Objektivität nicht vollständig möglich ist, sondern als "Methode", als Prozess betrachtet werden muss.

Das oben angesprochene Ergebnis der Studie war vielleicht nicht überraschend, wenn man nur das Handeln der Journalisten betrachtet. Vergleicht man aber das Verhalten von Journalisten und Nicht-Journalisten, so fällt auf, dass Journalisten sogar eine stärkere Tendenz dazu hatten, einstellungs-konforme Inhalte als "informativer" und "faktenreicher" zu bewerten. Dies deutet darauf hin, dass Journalisten nicht in erster Linie Opfer ihrer Subjektivität sind, wie Sie es mit Ihrer Frage andeuten, sondern Informationen zugunsten ihrer Subjektivität instrumentalisieren können.

▶ Das ist doch ein wichtiger Punkt. Wenn es so ist, wie Sie sagen, dass Journalisten nicht in erster Linie Opfer ihrer Subjektivität sind und Informationen zugunsten ihrer Subjektivität instrumentalisieren, dann wirft das doch die Frage auf, warum tun Sie es? Hier dürfte dann die "berufliche Ebene" ihrer Studie ins Spiel kommen, oder?

Cornelia Mothes: Genau. Diese berufliche Ebene schließt unmittelbar an das eben Gesagte an. Gerade von Bloggern wird geäußert, Journalisten handelten unter dem "Deckmantel" der Objektivität zugunsten von Eigeninteressen. Dies ist ein schwerer Vorwurf, der Intentionalität voraussetzt. Es handelt sich hier um

eine Schlüsselfrage für den Beruf, da hieran die Glaubwürdigkeit des Journalismus geknüpft ist. Deshalb war es das Ziel der Studie, auf der beruflichen Ebene zu untersuchen, wie bewusst sich Journalisten im Vergleich zu Nicht-Journalisten ihren Einstellungseinflüssen - oder umgekehrt: ihrer Objektivitätsnorm - sind, wenn sie Informationen zusammenstellen.

Im zweiten Teil der Studie sollten die Studienteilnehmer daher aus einer Reihe von Informationen zum Thema Laufzeitverlängerung diejenigen auswählen, die sie verwenden würden, um das Thema für Personen zu beschreiben, die in diesem Bereich wenig Vorwissen haben. Die Hälfte der Teilnehmer wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sie die Informationen möglichst unabhängig von ihrer eigenen Meinung auswählen sollen. Die andere Hälfte der Teilnehmer erhielt diesen Hinweis nicht. Im Ergebnis zeigte sich, dass Journalisten scheinbar ein tatsächlich höher ausgeprägtes Objektivitäts-Bewusstsein haben als Nicht-Journalisten, aber dennoch deutlich häufiger Informationen auswählten, die ihrer eigenen Meinung entsprachen.

Man kann aus diesem Befund zwei Schlussfolgerungen ableiten: Positiv ist, dass Journalisten die Notwendigkeit zur Objektivität scheinbar stärker reflektieren als Nicht-Journalisten. Sie besitzen damit durch ihre berufliche Sozialisation offensichtlich einen wichtigen Mehrwert gegenüber Nicht-Journalisten. Besorgniserregend ist allerdings, dass Journalisten sich trotzdem

überwiegend für eine verzerrte Informationsauswahl entschieden haben, sich also vermutlich auch bewusst dagegen entscheiden (können), objektiv zu sein.

Journalistische Selbstreflexion und Selbstkritik haben einen eigenen journalistischen Wert der professionellen Verbindlichkeit

▶ Bleibt die gesellschaftliche Ebene.

Cornelia Mothes: Gerade in jüngster Zeit wird vermehrt über die Notwendigkeit gesprochen, dass Journalisten mehr gesellschaftliche Verantwortung für ihre Nachrichtenentscheidungen übernehmen müssen. Der gegenwärtige Ruf nach stärkerer Verantwortungsbereitschaft im Journalismus folgt heute vor allem aus der zunehmend öffentlich werdenden Kritik am Journalismus, etwa über Watchblogs, und aus einem Vertrauensverlust in journalistische Akteure und Produkte. Aktuelle wissenschaftliche Konzepte sehen gerade auf dieser gesellschaftlichen Ebene noch ungenutzte Chancen für journalistische Professionalität.

Um das Verantwortungsgefühl im Journalismus etwas näher zu untersuchen, habe ich im dritten Teil der Studie diejenigen Journalisten besonders in den Blick genommen, die - entgegen ihrer Objektivitätsnorm - für die Darstellung des Themas Kernenergie vor allem Informationen verwendeten, die ihre eigene

Sichtweise widerspiegelten. Im Vergleich zu Nicht-Journalisten zeigten Journalisten dabei eine höhere "Dissonanz". Das heißt, sie erkannten scheinbar in ihrem eigenen Verhalten einen Bruch mit der Objektivitätsnorm, den sie im Nachhinein als unangenehm empfanden. Eine solche Dissonanz zeigte sich nicht bei jenen Journalisten, die Informationen ausgewogen und damit unabhängig von ihrer eigenen Meinung ausgewählt haben.

Dieser Befund legt nahe, dass Journalisten gute Voraussetzungen dafür haben, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen, weil sie Normbrüche im eigenen Handeln durchaus wahrnehmen. Gesellschaftliche Verantwortung verlangt aber nicht nur innere Einsicht, sondern immer häufiger auch öffentliche Bekenntnis. Zu dieser wiederum scheinen Journalisten noch nicht gänzlich bereit. Vielmehr folgt auf einen wahrgenommenen Normbruch ein ähnlicher Prozess, wie er sich in der Psychologie als "Dis-Identification" etabliert hat: Erhalten die Journalisten die Möglichkeit, sich von ihrer eigenen Handlung zu distanzieren, verschwindet die Dissonanz.

Kurioserweise war diese Distanzierung vom eigenen Handeln in der vorliegenden Studie am effektivsten, wenn Journalisten die Wichtigkeit der Objektivitätsnorm noch einmal bekräftigten. Anders ausgedrückt, scheint es Journalisten möglich zu sein, ihr eigenes Handeln als eine Art "Ausnahme" von der bestehenden Regel wahrzunehmen, was es erleichtern dürfte, auch die Verantwortung

für diese "Ausnahme" von sich zu weisen.

▶ Auf allen drei Ebenen scheint vor allem eines angebracht: Reflexion, oder, vielleicht besser: auch Selbstreflexion. Ist das richtig?

Cornelia Mothes: Aus meiner Sicht wäre dies richtig, denn journalistische Selbstreflexion und Selbstkritik haben einen eigenen journalistischen Wert und zwar einen Wert professioneller Verbindlichkeit: In einer Zeit, in der vermehrt Unsicherheit darüber besteht, was Journalisten eigentlich ausmacht und welche Qualitätsmerkmale sie auszeichnen, scheint es maßgeblich, sichtbare Verbindlichkeiten zu schaffen - gegenüber einem normativen Wertesystem, gegenüber dessen Umsetzung wie auch dessen Beschränkungen im täglichen Arbeitsumfeld.

▶ Auch wenn die Frage, da sie sehr allgemein gestellt ist, vielleicht nicht einfach zu beantworten ist: Wenn Sie sich den Journalismus zu den großen politischen Themen dieser Zeit anschauen, würden sie sagen, dass hier ausreichend über die verschiedenen Ebenen, wo journalistische Objektivität gefragt ist, nachgedacht wird?

Cornelia Mothes: Ein normativ gefestigter, selbstreflexiver und gesellschaftlich verbindlicher Journalismus, ist - obwohl ihn sich die Bevölkerung scheinbar wünscht - paradoxerweise nicht immer gut mit den wirtschaftlichen Erwägungen von Medienunternehmen vereinbar. Wie andere Studien andeuten, ist es vor allem der

steigende Aktualitätsdruck, der - gepaart mit Personaleinsparungen - für eine gründliche, unabhängige Recherche und eine reflektierte Nachbereitung nicht immer ausreichend Spielraum lässt.

Konkret mit Blick auf die Objektivitätsnorm kommt hinzu, dass Subjektivität und Einseitigkeit in der Berichterstattung durchaus auch einen wirtschaftlichen Wert haben kann. Dies sehen wir besonders deutlich im U.S.-amerikanischen Raum, vor allem bei den Cable News Programs, die sich im politischen Spektrum sehr klar rechts oder links einordnen lassen. Die Frage ist nur, wie wirtschaftlich nachhaltig eine solche Einseitigkeit ist (ganz abgesehen von den demokratiepraktischen Konsequenzen). Ich vermute, dass viele Medienunternehmen hier noch zu kurzfristig denken und den langfristigen Effekten ihrer Entscheidungen zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Langfristig scheinen es gerade diese Aufweichungen professioneller Normen zu sein, die Informationsprodukte austauschbar erscheinen lassen und die Unsicherheit darüber erhöhen, wann es sich bei einem Inhalt um ein professionell-journalistisches Produkt handelt und wann um eine Pressemitteilung eines Unternehmens. Konsequenterweise dürfte es dadurch für Bürger auch immer schwerer nachvollziehbar sein, warum man für einen Medieninhalt überhaupt Geld bezahlen sollte.

▶ Sie sprechen über die "ökonomische Dimension", die sicherlich einen gewaltigen Einfluss auf das journalistische Feld hat. Muss

man das Verhalten von Medien nicht aber auch im Kontext von Herrschaft betrachten. Medien nehmen schließlich eine nicht unwichtige Rolle ein, wenn es um die Durchsetzung von Ideologien und politischen Interessen geht.

Cornelia Mothes: Definitiv. Die politische Dimension war in Deutschland lange Zeit sogar der dominante Einfluss auf den Journalismus. Heute spüren Journalisten aber deutlich mehr Druck von wirtschaftlicher als von politisch-ideologischer Seite. Dies mag allerdings auch daran liegen, dass beide durchaus zusammenfallen können, was das U.S.-amerikanische Beispiel zeigte. Es gibt Untersuchungen im amerikanischen Raum, die auch für den Printsektor belegen, dass politische Einseitigkeit der Berichterstattung oft mit dem Ziel der Leser-Blatt-Bindung zusätzlich erhöht wird.

Das Internet bietet der Kritik am Journalismus in erster Linie neue Möglichkeiten der Öffentlichkeit

▶ Nochmal zur Objektivität: Was ist Ihrer Meinung nach dran an den Vorwürfen, dass die großen Medien ein Objektivitätsproblem haben?

Cornelia Mothes: Es ist meines Erachtens vor allem insofern etwas dran, als dass Objektivität ein normatives Merkmal darstellt, mit dem Journalismus besonders stark in Beziehung gebracht wird, an dem Bürger die Professionalität und Legitimation von Journalisten

besonders stark messen. Insofern fallen Verletzungen dieser Norm auch stärker ins Gewicht. Gleichzeitig ist Objektivität eines der wenigen Merkmale, zu dessen Umsetzung Nicht-Journalisten nur begrenzt willens und/oder in der Lage sind. Während nicht-journalistische Akteure dem Journalismus auf anderen Qualitätsebenen durchaus gefährlich nahe kommen können, scheint der Objektivitätsstandard für Nicht-Journalisten als handlungsleitende Norm vergleichsweise unattraktiv und schwer umsetzbar. Gerade deshalb sollten derartige Vorwürfe auch nicht als Gefahr, sondern als Chance für den Journalismus betrachtet werden. Wie unsere Studie gezeigt hat, muss sich der Journalismus dabei aber wohl den Vorwurf gefallen lassen, dass er seinen zentralen Qualitätsstandard noch nicht ausreichend nutzt, um eben diese Angrenzung zum Nicht-Journalisten deutlich zu machen. Dabei haben wir Journalisten sogar schon bewusst aus ihrem wirtschaftlichen Medienumfeld herausgelöst betrachtet, um die journalistischen Potenziale zu objektiver Berichterstattung unabhängig von äußeren Zwängen einschätzbar zu machen.

▶ Wie haben Sie die Auseinandersetzung zwischen Vertretern der großen Medien und Vertretern alternativer Formate, wie sie im Internet zu finden sind, wahrgenommen? Woher kommt diese massive Kritik am Journalismus?

Cornelia Mothes: Ich glaube, das Internet bietet der Kritik am Journalismus in erster Linie neue Möglichkeiten der Öffentlichkeit.

Schon lange vor der Ausbreitung des Internets gab es kritische Stimmen zur Medienberichterstattung und alternative Formen des Journalismus, die medial vernachlässigte Themen und Standpunkte bearbeiteten. Die neue Qualität der Kritik am Journalismus ist ihre Sichtbarkeit. Die erhöhte Sichtbarkeit steigert natürlich auch ihre Relevanz und damit Brisanz. Die heutigen Diskussionen stellen die Deutungshoheit des professionellen Journalismus über gesellschaftliche Realität offensichtlicher infrage. Der Journalismus muss sich aus meiner Sicht diesen Diskussionen stellen und sie gerade nicht als Angriff auf seine Autonomie betrachten, sondern als wichtige Voraussetzung zur Aufrechterhaltung professioneller Identität.

"Wenn man den Mächtigen nach dem Maul schreibt, bekommt man die besseren Honorare"

Harald Schumann über die Medien und seine Dokumentation "Macht ohne Kontrolle - Die Troika"

"Wir haben genau die Medien, die wir verdienen", sagt der Journalist Harald Schumann im Interview mit Telepolis. Schumann, der 2004 beim Spiegel kündigte, nachdem eine Geschichte von ihm zum Thema Energiepolitik nur in veränderter Form erscheinen sollte, geht im Telepolis-Interview auf die aktuelle Kritik an den Medien ein und erzählt, was er bei seiner Arbeit zu der viel beachtenden Dokumentation "Macht ohne Kontrolle - Die Troika" erlebt hat.

Nach ihm gab es eine Absprache zwischen den Verantwortlichen der Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission, um sich so kollektiv seinen Interviewanfragen zu verweigern. "Das habe ich in 32 Jahren Journalistenleben zum ersten Mal erlebt", sagt Schumann.

Für den Journalisten, der beim Tagesspiegel arbeitet, ist das

Verhalten ein Zeichen dafür, dass sich diese Institutionen nicht der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig fühlen: "Das hat mich schockiert, denn das bedeutet nämlich, dass wir auf der Reise in die Postdemokratie doch schon viel weiter vorangekommen sind, als ich es erwartet habe."

▶ "Viele Kollegen werden daran gehindert, überhaupt kritische Journalisten zu werden, weil ihre Vorgesetzten das gar nicht wollen." Die Aussage könnte man vermutlich von ihrer inhaltlichen Richtung her auch in einem Forum eines großen Mediums lesen, wo Leser, die unzufrieden mit den Medien sind, Kritik üben. Nun stammt die Aussage aber von Ihnen, also von jemand, der Medien nicht nur aus seiner Alltagserfahrung kennt, sondern der selbst seit vielen Jahren in den großen Medien arbeitet. Wie kam es zu der Aussage, die Sie vor einigen Jahren einmal getätigt haben?

Harald Schumann: Zum einen spielen da natürlich meine persönlichen Erfahrungen beim Spiegel eine Rolle. Als ich dort gearbeitet habe, gab es Vorgesetzte und Chefredakteure, die kritische Haltungen gar nicht gerne sahen und diese dann, wenn aus ihrer Sicht nötig, abgebügelt haben.

Aber das ist lange her. Ich bin seit 2004 nicht mehr beim Spiegel. Das kann sich längst geändert haben. Allerdings weiß ich ja auch von vielen anderen Kollegen, sowohl bei Zeitungen, als auch bei öffentlich-rechtlichen Anstalten, dass bestimmte Themen und

bestimmte Fragestellungen von ihren Chefredakteuren und Vorgesetzten nicht gewollt werden. Oder dass Geschichten, die ganz anders vorgesehen waren, umgestrickt werden.

▶ Also die Problematik findet sich in vielen Medien.

Harald Schumann: Ja, natürlich. Bei Medien handelt sich um hierarchische Organisationen. Und man kann im Grunde sagen, je höher in der Hierarchie die Leute stehen, desto unkritischer wird ihre Einstellung zu Regierungs- und Konzernhandeln.

Q. Wie erklären Sie sich das?

Harald Schumann: Journalisten sind genauso wie alle anderen Menschen. Es handelt sich um den ganz gewöhnlichen Alltagsopportunismus, den es überall gibt. Gegen den Strom schwimmen, kostet nun mal viel mehr Kraft. Da müssen Sie sich erst mal weit mehr Informationen zusätzlich besorgen, die man meist nicht frei Haus serviert bekommt, wie die Agenturschnipsel aus den Pressekonferenzen oder den Pressestellen. Außerdem bekommt man leicht Ärger. Diejenigen, die man kritisiert und deren öffentliche Aussagen man in Frage stellt, haben die Möglichkeit, sich bei Vorgesetzten und Chefredakteuren zu beschweren. Hinzu kommt: Wer kritisch Position bezieht, exponiert sich persönlich. Auch das ist nicht jedermanns Sache. Wer das tut, macht sich angreifbar - was natürlich viele Leute vermeiden wollen.

Jedenfalls führt all das dazu, dass die große Mehrheit der

Journalisten diesen beschwerlichen Weg scheuen, und das erst recht, wenn sie von ihren Vorgesetzten mit Gegenwind rechnen müssen.

▶ Sie sehen hier also vor allem diese "menschliche Ebene" am Wirken?

Harald Schumann: Sicher. Hinzu kommt noch das, was meine Kollegin Ulrike Hermann mal als implizite Korruption bezeichnet hat. Es ist doch so, wenn man, um es mal alt-links auszudrücken, den Mächtigen nach dem Maul schreibt, wird man auch eher eingeladen, dann kriegt man die besseren Moderations- und Vortragsangebote, die höheren Honorare. Man gehört dazu. Das ist nicht zu unterschätzen.

Diese Erfahrung musste ich ja nun auch machen. Als wir unsere Doku gedreht haben, haben sich die relevanten Leute von allen drei Institutionen der Troika konsequent verweigert und keine Interviews gegeben. Und zwar organisiert verweigert! Das habe ich in 32 Jahren Journalistenleben zum ersten Mal erlebt, dass sich die verantwortlichen Presseleute der Institutionen miteinander verabreden und sagen, mit denen reden wir nicht.

▶ Woher wissen Sie denn, dass es da eine Absprache gab?

Harald Schumann: Der Sprecher des damals für Währungsfragen zuständigen EU-Kommissars Olli Rehn hat das am Telefon ganz offen gesagt hat.

▶ Was hat er gesagt?

Harald Schumann: Er sagte, nachdem wir schon mehrere Anfragen per Email geschickt hatten: "We have considered your request and I have now talked to the other two institutions, the EZB and the IMF, and we came to the conclusion that all three institutions won't cooperate with your project."

▶ Wie bewerten Sie dieses Verhalten?

Harald Schumann: Eine solche Verweigerung gegenüber einem Medium, das ja nicht ganz irrelevant ist - Arte ist immerhin ein auf das europäische Projekt hin ausgerichteter Sender und die ARD, für die wir ebenfalls tätig waren, ist auch nicht ganz unwichtig -, ist schon erstaunlich. Offenbar müssen diese Leute die öffentliche Kritik nicht mehr fürchten. Wenn man so will, war es eine Bestätigung der Ausgangshypothese für die Recherche. Da entwickelt sich auf der supranationalen Ebene eine Form von Macht, die sich der demokratischen Kontrolle entzieht und damit auch der Kontrolle durch die Medien.

"Medien spiegeln nur die Machtverhältnisse in der Gesellschaft"

▶ Die Medien stehen derzeit ganz schön in der Kritik...

Harald Schumann: ...ja, aber diesen Spruch, die bösen Medien sind schuld, den mag ich nicht mehr hören. Die Medien machen doch genau das, womit sie durchkommen. Da sind sie nicht anders als die Politiker. Wir haben genau die Regierung, die wir verdienen,

und wir haben auch genau die Medien, die wir verdienen.

Wenn der überwiegende Teil der Bevölkerung, und damit meine ich 98 Prozent, ihre demokratischen Rechte überhaupt nicht wahrnehmen, z.B. nie mit ihrem Abgeordneten reden, sich nie öffentlich einmischen und die einzige Ausübung ihres demokratischen Rechts darin besteht, dass sie alle vier Jahren zur Wahl gehen, dann sollen sie sich nicht wundern, wenn andere die Macht ausüben, die sich um diese Demokratie wenig scheren. Medien können da nicht stellvertretend für eine massenhaft träge Bevölkerung die Revolution machen.

▶ Diese Art von Bürgerbeteiligung ist sicherlich wünschenswert, aber leichter gesagt, als getan. Hürden gibt es viele, die Menschen daran hindern, sich politisch einzumischen.

Harald Schumann: Von welchen Hürden sprechen Sie? Wo ist die Hürde im Internet mir die Tel. meines Abgeordneten meines Wahlkreises zu suchen oder auch die Emailadresse und dort hinzuschreiben: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe gerade gelesen, dass in Griechenland Maßnahmen verfügt wurden, die dafür sorgen, dass kranke Leute nicht mehr behandelt werden. Wie konnten Sie diesem Programm zustimmen? Also diese Art von Mail kann jeder schreiben, wenn er will.

▶ Ganz so einfach ist es vielleicht doch nicht. Viele Menschen haben mit ihren eigenen alltäglichen Problemen zu kämpfen.

Menschen gehen arbeiten, oft für wenig Lohn, kommen nach Hause, sind erschöpft, müssen ihre ganze Energie darin stecken, irgendwie sich und ihre Familie bis zur nächsten Lohnauszahlung durchbringen und haben so kaum einen Kopf dafür, ihre Gedanken auf die große politische Ebene auszurichten, um am Abend noch eine Email an einen Abgeordneten zu schicken.

Harald Schumann: Das verstehe ich natürlich. Ich meine die Mitbürger, die sich selbst für politisch halten und zum Beispiel zu Veranstaltungen kommen, bei denen ich vortrage. Wenn dann die Frage kommt, warum nichts gegen die angeprangerten Verhältnisse unternommen wird, frage ich immer: "Wo sind Sie denn engagiert?" Ich frage dann weiter: "Wer von Ihnen im Raum hatte in den vergangenen 24 Monaten Kontakt zu seinen Vertretern in den Parlamenten?" Und dann gehen, wenn da hundert Leute sitzen, maximal zwei Arme hoch. Das heißt, selbst diejenigen, die sich für politisch halten, sind nicht bereit, ihre demokratischen Rechte wirklich für den Zweck einzusetzen, für die sie ursprünglich mal erkämpft worden sind.

Aber mal noch ein anderes Beispiel. Als 2001 in Genua hunderttausend junge Leute aus ganz Europa gegen die selbsternannten Weltenlenker der G7 auf die Straße gingen und sich dort eine ganz neue Form von Protest manifestierte, bekam ich gleich am nächsten Morgen einen Anruf des Chefredakteurs Stefan Aust, der sinngemäß sagte: "Herr Schumann, Sie kennen sich doch

aus, Sie wissen was diese Leute wollen. Schreiben Sie, schreiben Sie. Wir machen eine Titelgeschichte, Sie kriegen so viel Platz, wie Sie wollen."

Was lehrt uns das? Die Medien reagieren auf das soziale und demokratische Engagement der Bevölkerung. Insbesondere, wenn die Menschen es in großer Zahl tun. Und genau in der Reihenfolge ist es ja auch logisch. Medien sind nun einmal genau das, was das Wort sagt: Medien. Als solches spiegeln sie nur die Machtverhältnisse in der Gesellschaft.

▶ Medien können aber auch steuern und Meinungen beeinflussen. Sie spiegeln wider, was sich in der Gesellschaft abspielt, aber sie können den Verhältnissen, über die sie berichten, auch einen bestimmten "Dreh" geben. Medien können "wohlwollend" über eine Demonstration berichten, sie können sozusagen durch ihre Berichterstattung eine kritische Politik fördern, die dann irgendwann vielleicht auf die Proteste einsetzt, sie können aber auch den sich formierenden "kritischen Geist" durch ihre Berichterstattung unterdrücken oder abwürgen.

Harald Schumann: Sicher. Aber das hängt auch davon ab, was sich im Rest der Gesellschaft tut. Also wenn man so will: Die Hoffnung, dass Medien unabhängig davon, was im übrigen Teil der Gesellschaft passiert, quasi eine Avantgardefunktion übernehmen könnten und sollten, die halte ich für falsch. Wir Journalisten sind

keine besseren Menschen. Wir sind genauso wie alle anderen auch. Natürlich verstehe ich, dass viele Leute sich über Medien ärgern. Ich muss jeden Tag 5 Zeitungen lesen und ärgere mich ständig.

Persönliche Initiative der Mediennutzer und der Verfall journalistischer Sitten

▶ Das Verhältnis zwischen Mediennutzern und Medien ist derzeit ja ziemlich angespannt. Wie ließe sich das denn wieder verbessern?

Harald Schumann: Hm, ich kann mit diesem "angespannten Verhältnis" nicht wirklich etwas anfangen. Wie meinen Sie das?

▶ Medien werden teilweise heftig kritisiert. Journalisten werden beschimpft, Begriffe wie Herrschaftsmedien fallen. Man kann nun darüber diskutieren, wie breit diese Medienkritik tatsächlich ist, aber sie ist zumindest hörbar. Und von daher muss man von einem "angespannten Verhältnis" sprechen.

Harald Schumann: Ok, das kann man so sehen. Das liegt aber auch vor allem daran, dass viel mehr Menschen heute die Möglichkeit haben, ihrem Ärger über schlechte Medien auszudrücken. Früher mussten sie das für sich behalten oder mühsam Leserbriefe schreiben, die dann im Papierkorb gelandet sind. Heute können sie ihre Meinung so oder so veröffentlichen, und das kann sich dann schnell mal zusammenballen. Wobei da eben häufig auch völlig überzogene Kritik dabei ist. Da behaupten Leute auch Dinge, die sie selbst nicht belegen können. Aber

grundsätzlich gilt natürlich: Journalisten bekommen heute mehr Gegenwind von ihrem Publikum, und das ist doch sehr zu begrüßen.

Und wenn das wirklich in größerer Zahl stattfindet, dann wird das auch Einfluss auf die Berichterstattung haben. Bei unseren Redaktionskonferenzen kommt regelmäßig der Einwurf, ganz viele Leser haben sich gemeldet wegen dieses oder jenes Artikels und damit müssen wir uns dann auch auseinandersetzen. Grundsätzlich finde ich diese Auseinandersetzungen auch richtig.

Wenn Leute sich bei mir beschweren und fragen, was kann man denn gegen schlechte Medien tun, dann sage ich: Nehmen Sie sich den Artikel, den Beitrag vor, der Ihnen besonders falsch erscheint. Und dann prüfen Sie, welche der dort aufgestellten Behauptungen, Zuschreibungen, Tatsachen womöglich falsch sind, während das Gegenteil bewiesen ist. Und dann konfrontieren Sie den Autor/die Autorin mit Ihren Erkenntnissen in Form einer Email. Wenn er oder sie nicht antworten, dann rufen Sie nochmal an und sagen: Hören Sie zu, Sie haben dieses und jenes geschrieben, gesagt oder gesendet. Aber nach den mir vorliegenden Daten und Fakten stimmt das so nicht.

Ich bin mir hundertprozentig sicher: Zwei oder drei Anrufe reichen völlig aus, um dem Kollegen oder der Kollegin für lange Zeit klarzumachen, dass er oder sie sich das so nicht mehr leisten kann.

▶ Also auch hier wieder die persönliche Initiative, die Ihrer Meinung nach gefragt ist?

Harald Schumann: Ja, auf jeden Fall. Ein Beispiel für den schlimmen Verfall journalistischer Sitten war die Berichterstattung in Sachen Griechenland in den zwei Monaten nach der Wahl der neuen Regierung in Athen. Dabei ist es regelmäßig vorgekommen, dass auf Basis anonymer Quellen (wo es dann heißt, aus Regierungskreisen oder ein hoher EU-Diplomat hat gesagt, also das, was man branchenintern als "unter 2" deklariert, das heißt, man darf zitieren, aber nicht sagen, wer das Zitierte gesagt hat) die Grundlagen dafür bildeten zu berichten, dass die griechische Regierung wahlweise unfähig, planlos, arrogant oder frech ist.

Jeder Journalistenschüler lernt schon in den ersten 6 Wochen: Wenn solche Vorwürfe in die Welt gesetzt werden, muss der Autor die andere Seite anrufen und fragen: "Uns oder mir ist erzählt worden, dass... Was sagen Sie dazu?" Und dann muss diese andere Seite zitiert werden. Wenn sie nicht erreichbar ist, sich nicht äußern will oder nur Beschimpfungen ausstößt, dann schreibt man genau das: War nicht erreichbar. Wollte sich nicht äußern. Aber in allen großen deutschen Medien fand vielfach die Berichterstattung nur auf Basis anonymer Quellen statt, ohne der griechischen Seite auch nur die Möglichkeit zu geben, Stellung zu nehmen. Das war eine schlimme Verletzung journalistischer Standards.

▶: Was ist der Grund für dieses Verhalten?

Harald Schumann: Die Kollegen haben es getan, weil es einfach war. Man konnte sich der Aufmerksamkeit des Lesers und des Zuschauer sicher sein. Es war eine Story. Eine chaotische, rebellische Regierung in Griechenland lehnt sich auf gegen den EU-Konsens, und man konnte es schnell vermarkten.

Gang in die Postdemokratie

▶ Können Sie für unsere Leser zusammenfassen, worum es bei Ihrer Doku im Kern geht?

Harald Schumann: Im Zuge der Aushandlung von Kreditverträgen mit den Schuldenstaaten wurden Delegationen von Beamten aus den drei beteiligten Institutionen EZB, IWF und EU-Kommission gebildet, die diese Verträge und die damit einhergehenden Auflagen für die kreditnehmenden Ländern und Regierungen ausverhandelt und formuliert haben.

Die Art und Weise, wie diese Verträge formuliert wurden, welche wirtschaftspolitische Konzeptionen diesen zugrunde lagen und vor allem, wie sie dann hinterher im Detail ausgeführt wurden, wurde komplett an anonyme Technokraten ausgelagert, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Und das hat zu kontraproduktiven Programmen geführt, die die Länder noch viel tiefer in die Verschuldung reingeführt haben, anstatt sie herauszuholen und dort der Wirtschaft massiv geschadet haben.

Das gilt insbesondere für Griechenland und Portugal, aber in Teilen auch für Irland, Zypern und Spanien. Und der zweite wichtige Punkt ist: Einige der beteiligten Beamten haben erheblichen Machtmissbrauch betrieben.

▶ Inwiefern?

Harald Schumann: Sie haben sich selbst Regierungsgewalt angemaßt, indem sie gesagt haben, entweder ihr tut dieses oder jenes oder die nächste Kredittranche wird nicht freigegeben, dann ist euer Land insolvent.

Das ist eine ganz klare Anmaßung von Macht durch ungewählte Technokraten, die keinem Parlament und keinem Rechnungshof rechenschaftspflichtig sind. Selbst wenn sie schmutzige Geschäfte gemacht hätten - was ich im Einzelfall nur vermuten, aber nicht beweisen kann - und es gäbe Beweise, könnten sie nicht verfolgt werden, weil sie diplomatische Immunität genießen. Dieser gesamte Vorgang ist mit einem demokratischen Gemeinwesen überhaupt nicht vereinbar.

▶ Die Verhältnisse, die Sie da beschreiben, können sich ja nicht einfach so ergeben haben. Es gibt doch politisch Verantwortliche, die an der Etablierung der Troika mitgewirkt haben, und die Beamten, die vor Ort waren, sind nicht aus einem eigenen Antrieb losgezogen.

Harald Schumann: Sie handeln im Auftrag der Finanzminister und

Regierungschefs der Eurogruppe. Diese tragen die politische Verantwortung, das stimmt. Allerdings haben die Beamten unglaubliche Freiheiten gehabt. Der damalige Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jean Claude Juncker, jetzt Chef der EU-Kommission, hat offen zugegeben, dass er und seine Kollegen sich mit den Details und vor allem auch mit den Konsequenzen der Durchführung dieser Programme überhaupt nicht befasst haben. Insofern kann man schon sagen, dass da wirklich viel Macht übertragen wurde an nicht gewählte Beamte, die nicht einfach nur, wie manche behaupten, ausführendes Organ waren und brav ihre Pflicht erfüllt haben. Sie haben selber Gesetzestexte formuliert, um diese dann den Ministern zu diktieren und zu sagen, ihr macht es so und nicht anders. Das geht gar nicht.

▶ Gab es etwas bei den Recherchen zu Ihrem Film, das Sie besonders betroffen gemacht hat?

Harald Schumann: Ja, dass sich keiner der Beteiligten rechtzeitig und ernsthaft mit den Folgen der Kürzungspolitik in Griechenland auseinandergesetzt hat. Denn eine der Folgen war, dass Menschen daran sterben mussten, dass sie keine medizinische Behandlung mehr bekamen. Und zwar rede ich hier von bis zu tausend Menschen pro Monat.

Bis heute weigert sich die Euro-Gruppe, einen Plan vorzulegen, wie man die heraufziehende oder schon stattfindende medizinische

Katastrophe in Griechenland aufhalten muss. Das finde ich unmenschlich und unverantwortlich.

▶ Und was noch?

Harald Schumann: Der schon angesprochene Boykott der Verantwortlichen in den drei Institutionen, die verabredet haben, mit den Autoren eines Dokumentarfilms für ARD und Arte über eine möglicherweise kritische Beurteilung der Euro-Krisenprogramme kein Interview zu führen. Sowohl die politischen Spitzenbeamten als auch ihre Chefverhandler, also Christine Lagarde und Poul Thomsen für den IWF, Benoit Coere und Klaus Masuch für die EZB und Olli Rehn und Matthias Mors für die EU-Kommission haben jede Stellungnahme für diesen Film verweigert. Und selbst die schriftlich eingereichten Fragen haben sie nicht beantwortet.

Das bedeutet, dass diese Leute sich gegenüber der Öffentlichkeit nicht rechenschaftspflichtig fühlen. Oder nur dann, wenn sie Journalisten gegenüberstehen, die willfährig und brav sind. Das hat mich schockiert, denn es bedeutet, dass wir auf der Reise in die Postdemokratie doch schon viel weiter vorangekommen sind, als ich es erwartet habe.

Studie: Medienkritik in martialischer Sprache

Unternehmer und Manager zeigen sich über die Presse und ihre Berichterstattung empört

Medien berichten alle gleich, sie setzen zu viel auf Meinung, sie bringen zu wenige Analysen, sie kürzen Interviews so, dass Sinnzusammenhänge auseinandergerissen werden, sie verfälschen bewusst. Was sich anhört nach einer Medienkritik, wie sie beispielsweise auf einer Pegida-Demonstration zu hören sein könnte, stammt in Wirklichkeit von großen Unternehmern und Spitzenmanagern.

Die Wirtschaftselite stellt sich in die Reihe der Medienkritiker. Das hat eine interessante Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung herausgefunden. Im Interview mit Telepolis erklärt die Politikwissenschaftlerin Stine Marg, die die Studie mitgestaltet hat, wie das Untersuchungsergebnis zu Tage gefördert wurde. In der Studie ging es eigentlich gar nicht um das Verhältnis von Unternehmern und Managern zu den Medien. Die Spitzenwirtschaftskräfte haben von alleine die Medienkritik in die Studie eingebracht.

Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen

lautet der Titel einer vor kurzem veröffentlichten Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, die sich vorgenommen hat, Deutschlands Unternehmer und Manager auf den Zahn zu fühlen. Wie ticken sie, wie handeln sie, was denken sie?

In umfangreichen Gesprächen gewährten Verantwortliche in großen Unternehmen den Wissenschaftlern Einblicke darin, wie sie die Welt sehen und wahrnehmen. In vielen der Gesprächen führte die Frage, welcher Medien sich die Unternehmen bedienen, um sich über das Nachrichten und Weltgeschehen zu informieren, zu einer Einlassung in Sachen Medien, die die Studienmacher nicht eingeplant hatten. Deutlich wird: Auch die interviewten Angehörigen des Unternehmertums hinterfragen die Berichterstattung der Medien kritisch und sind hoch unzufrieden mit ihnen. Gleichzeitig erkennen sie aber auch die wirtschaftlichen Probleme, die es in den Medien gibt und verweisen auf eine miserable Entlohnung der Journalisten.

Die Medien sind die Hauptfeinde der Wirtschaftselite

▶ Frau Marg, in Ihrer Studie ist zum Vorschein gekommen, dass Unternehmer und Manager kein gutes Bild von den Medien haben. Wie ist es zu diesem Forschungsergebnis gekommen? Sie haben nicht explizit in Ihrer Studie die Teilnehmer nach ihrem Verhältnis zu den Medien befragt, oder?

Stine Marg: Jein. Also, Sie haben insofern recht, dass die Medien ursprünglich innerhalb der Studie kein genuines Forschungsinteresse waren. Was wir jedoch in jedem Interview eingeplant hatten, war die Frage danach, mit Hilfe welcher Medien sich der jeweilige Gesprächspartner über Politik und Gesellschaft informiert. Doch auch ohne diese explizite Thematisierung der Medien durch den Interviewer, kamen die meisten Befragten von sich aus auf deren mangelnde Qualitäten zu sprechen.

▶ Also war es offensichtlich den Unternehmern und Managern ein Bedürfnis, sich auch zu den Medien zu äußern?

Stine Marg: Offensichtlich. Die Medien wurden von vielen Unternehmern und Managern recht früh im Gespräch für zahlreiche gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht und dafür auch hart abgestraft. Überdies äußerten viele Manager die Befürchtung, dass die Medien einen zu großen negativen Einfluss auf die Meinungsbildung der breiten Bevölkerung ausüben würden.

▶ "Nicht Gewerkschaften, nicht sozialdemokratische Parteien, nicht einmal die Linke oder unerbittlich quengelnde NGOs sind die Hauptfeinde der Wirtschaftselite, sondern 'die Medien'", heißt es in Ihrer Studie. Das klingt hart. Was haben die Manager und Unternehmer gesagt?

Stine Marg: Medien pauschalisierten, skandalisierten oder

profanisierten. Einige sprachen davon, dass Menschen regelrecht "gejagt" würden und es kaum mehr einen Schutz der Privatsphäre gebe. Interessant ist, dass die Befragten in Bezug auf die Medien auch eine sehr harte und martialische Sprache verwendeten, mit der sie sonst eher zurückhaltend waren.

▶ Was haben sie sonst noch zu den Medien gesagt?

Stine Marg: Beinahe alle Befragten waren sich darüber einig, dass die Medien zu viel "Meinungen" produzierten beziehungsweise reproduzierten und zu wenig "Analysen" brächten, also die Zuschauer, Leser oder Hörer nicht adäquat und sachlich informiert würden. Viele nehmen die Medien auch sehr einheitlich wahr und behaupteten, dass alle das Gleiche schrieben. Überdies haben sie - und dies gilt mehr für die von uns befragten Manager als für die Unternehmer - schon schlechte Erfahrungen mit Medien gemacht, beziehungsweise wissen aus ihrem Unternehmern darüber zu berichten. So seien beispielsweise Interviews gekürzt und Sinnzusammenhänge auseinandergerissen worden, worüber sich die Wirtschaftselite heftigst empörte. Aus Angst vor dieser, aus Sicht der Befragten, bewussten Verfälschung, - der Medienvertreter würde sicher formulieren, vor dem kritischen Journalisten -, flüchtet ein Großteil der Unternehmer vor den Medien und taucht weitestgehend lieber in die Anonymität ab.

▶ Haben die Unternehmer und Manager pauschal *die* Medien

kritisiert, oder haben Sie differenziert, zum Beispiel nach den Öffentlich-Rechtlichen und den Privaten?

Stine Marg: Die öffentlich-rechtlichen Medien haben keinesfalls eine größere Reputation bei den Managern und Unternehmern. Das trifft im Übrigen auf alle Formate zu. Wir hatten nicht den Eindruck, als gäbe es für die Wirtschaftselite noch eine Art Leitmedium, das sie bevorzugt konsumieren und dem sie vertrauen. Nach eigenen Aussagen informierten sie sich im Netz, hörten Radio oder sähen fern. Man lese ebenso Boulevard- wie regionale Zeitungen, surfe bei den verschiedensten Internetblogs vorbei, blättere in der "Zeit", habe möglicherweise die "Süddeutsche" im Abo, während das Handelsblatt im Büro läge und im Flugzeug lese man das, was einem die Stewardess in die Hand drückt.

Die Wirtschaftselite unterscheidet sich in ihrer Medienkritik kaum von den Dresdener "Lügenpresse"-Rufern

▶ In Ihrer Studie heißt es, ein Unternehmer sage, der öffentlich-rechtliche Rundfunk erfülle zumindest teilweise nicht den "Anspruch auf Informationsweitergabe", sondern mache einfach Meinung. Außerdem gab es Unternehmer, die in den Interviews mit Ihnen sagten, dass sie keinem Medium vertrauten. Eine ziemlich vernichtende Medienkritik, die der, wie sie zum Beispiel von PEGIDA-Anhängern geäußert wird, in nichts nachsteht, oder?

Stine Marg: Das ist richtig. Die Wirtschaftselite unterscheidet sich in ihrer Medienkritik kaum von den Dresdener "Lügenpresse"-Rufern. Und das, obwohl sie zugleich zugeben, keine Zeit zu haben, einen Artikel über eine ganze Seite zu verfolgen.

Doch nicht alle waren blind für die Zwänge, in denen sich auch Journalisten befinden. Sie gaben zu Protokoll, dass die Probleme der Medien auch auf die fatalen Auswirkungen einer Branchenkrise zurückzuführen seien, das Sparzwänge zu oberflächlichen Berichten, die Abhängigkeit von Anzeigen teilweise zu affirmativen Haltungen, die Absatzkrise zur Aufgabe der Sachlichkeit zu Gunsten reißerischer Geschichten führten. Hinzu kommt, dass Journalisten miserabel entlohnt würden, nur noch selten eine fundierte Ausbildung oder die Möglichkeiten intensiver Recherchen hätten, sondern von einem Artikel zur nächsten Story hetzen müssten. Daher konstatieren diese diferenzierenden Beobachter auch,, dass es keine "guten Medien", sondern nur noch vereinzelt "gute Journalisten" gäbe.

▶ Wie bewerten Sie die Aussagen der Unternehmer und Manager im Hinblick auf die Medien? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Grundhaltung gegenüber der Presse?

Stine Marg: Nun ich sehe zunächst die unmittelbare Konsequenz, dass sich Manager weiterhin vor den Medien in Acht nehmen und die Zusammenarbeit mit der Presse ihre sich zunehmend

professionalisierenden Medienabteilung überlassen werden. Durch die weit verbreitete Geringschätzung der Unternehmer gegenüber der Arbeit der Journalisten verlieren die Medien jedoch auch gleichzeitig die Informations- und Aufklärungsfunktion für diese gesellschaftliche Elite. Woher sollen sie sich einen Überblick über gesellschaftlich Probleme oder Vorgänge jenseits des Unternehmenszusammenhanges verschaffen, in dem sie fest eingebunden sind, verschaffen, wenn nicht aus den Medien?

Äußerst selten ist ernsthaftes zivilgesellschaftliches oder politisches Engagement

▶ Aber all diese Erkenntnisse waren mehr ein Zufallsprodukt Ihrer Studie. Gehen wir auf Ihre eigentliche Forschungsfrage ein. Sie wollten wissen: "Sind die Unternehmenslenker im Kern tatsächlich von Gier angetrieben und bar jeglicher Selbstbeschränkungen, wie es wieder und wieder, dabei durchaus mit drastischen Beispielen belegt, kolportiert wird? Sind die Geschäftsführer und Manager ausschließlich am Profit interessiert und ahnungslos bezüglich der Ausstrahlung ihrer Position auf Politik und Gesellschaft?" Welche Antworten haben Sie gefunden?

Stine Marg: Selbstverständlich sind die Befragten nicht ahnungslos hinsichtlich des Einflusses ihrer Handlungen im gesamtgesellschaftlichen Kontext gewesen, doch eine sich daran anschließende besondere Verantwortung sahen die Wenigsten. So

sind wir nur äußerst selten auf ernsthaftes zivilgesellschaftliches oder politisches Engagement gestoßen.

Interessant war in diesem Zusammenhang auch, dass einige zwar zugaben, dass es den rücksichtslosen, gierigen und verantwortungslosen Manager durchaus gebe, dass das aber weder auf sie selbst noch auf irgendeinen Unternehmer, den sie kennen, zutreffen würde und dass man aufgrund der verschwindend geringen Zahl an schwarzen Schafen keinesfalls eine ganze Elite verteufeln dürfe.

▶ Was haben Sie zur Selbstwahrnehmung der Unternehmer und Manager erfahren?

Stine Marg: Die meisten Befragten waren davon überzeugt, gute Arbeit zu machen. Dies bezogen sie nicht nur auf ihr Unternehmen, sondern auch auf ihre Rolle in der Gesellschaft. Als Arbeitgeber und als Erwirtschafter von Unternehmensgewinnen hätten sie auch dazu beigetragen, dass Deutschland insbesondere im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern bisher so gut durch die wirtschaftliche Krise gekommen sei - politischen Rahmenbedingungen und Gesetzen, an denen es seit 2007/8 nicht gefehlt hat, räumten sie hieran keinerlei Beitrag ein.

▶ Gab es Probleme bei Ihrer Studie?

Stine Marg: Grundsätzlich war es nicht leicht, Gesprächspartner für unsere Interviews zu gewinnen und gerne hätten wir auch noch

mehr Gruppendiskussionen durchgeführt. Was jedoch bedauerlicherweise gar nicht möglich war, waren teilnehmende Beobachtungen. Trotz der Zusicherung der Anonymität, die wir jedem Studienteilnehmer machten, war es uns in keiner Organisation, in keinem Verband oder in keinem informellem Zusammenschluss von Unternehmern und Managern möglich, dabei zu sein, Interaktionen, Gepflogenheiten oder Kommunikationsmuster zu beobachten. Das war uns bisher in anderen Forschungsprojekten mit ähnlicher Ausrichtung immer möglich gewesen. Interessant ist, dass nach der Veröffentlichung der Studie diese Dinge leichter wären, nur leider kamen sie in diesem Fall zu spät.

▶ Es gibt noch viele dunkle Stellen, was die sozialwissenschaftliche Erforschung von Unternehmern und Managern angeht. Wo sehen Sie weitere wissenschaftliche Ansätze bzw. worauf sollten sich die Sozialwissenschaften konzentrieren?

Stine Marg: Unabhängig von der Machbarkeit aufgrund der Schwierigkeiten mit diesem Forschungsfeld sollten tatsächlich die informellem Verbindungen der Unternehmer untereinander und mit anderen gesellschaftlichen Eliten wie Künstlern, Politikern oder Professoren untersucht werden. Gleiches trifft auch auf das tatsächliche zivilgesellschaftliche Engagement oder den Wertehimmel der Wirtschaftselite zu, die, wie in unserer Studie, nur über die Selbstauskunft erfassen konnten. Hier wäre ein

Forschungsdesign nötig, welches weitere Faktoren und Beobachtungsperspektiven miteinbaut.

ARD-Tagesschau: Aufnahmen mit Wirklichkeitsbruch

Erneut muss sich das Nachrichtenflaggschiff den Vorwurf gefallen lassen, die Realität zu verzerren

"Auch wenn die Gesamtaussage dieses Nachrichtenfilms den Tatsachen entsprach, hätte die Verwendung der kurzen Archivbildsequenz natürlich unterbleiben müssen. Dieses Versäumnis bedauern wir." Mit diesen Worten zitiert Focus Kai Gniffke, den Chefredakteur von ARD-aktuell. Hintergrund: Der Tagesschau wird vorgeworfen, erneut eine fragwürdige Bildauswahl vorgenommen zu haben. Worum geht es?

Glanzvolle Lichterkette

Am Samstag den 17. Oktober 2015 zeigte die Tagesschau einen Bericht über eine Lichterkette für Flüchtlinge in Berlin. Allerdings waren in dem Beitrag auch Bilder einer Lichterkette aus dem Jahr 2003 zu sehen, die von Menschen gebildet wurde, um ein Zeichen für Frieden und gegen den bevorstehenden Krieg im Irak zu setzen, wie der medienkritische Journalist Stefan Niggemeier auf seiner Webseite erläutert

Im Jahr 2003 beteiligten sich über 100.000 Menschen an der

Lichterkette, bei der Zusammenkunft vom Samstag fanden sich aber deutlich weniger Menschen ein: 7.000-8.000 Personen laut Polizei, 20.000 laut Veranstalter. Wie konnte es dazu kommen, dass in dem Tagesschau-Beitrag Bilder auftauchten, die den Eindruck einer stärkeren Beteiligung an der Lichterkette erweckten, als es tatsächlich der Fall war? Niggemeier zitiert Gniffke wie folgt:

» *Dieser Nachrichtenfilm hatte eine Länge von 22 Sekunden und basierte auf dem Mitschnitt einer Live-Sendung des RBB vom gleichen Abend. In dieser Sendung wurde auch Archivmaterial aus dem Jahr 2003 verwendet, aus dem auch in der Tagesschau insgesamt rund drei Sekunden gezeigt wurden. Während im RBB im Text darauf hingewiesen wurde, dass es sich um Archivmaterial handelt, unterblieb in der Tagesschau dieser Hinweis.* «
Gniffke

Der Filmbeitrag stammte also von dem Regionalsender RBB, der die Zuschauer darauf aufmerksam machte, dass ein Teil der Aufnahmen im Jahr 2003 aufgenommen wurde. Niggemeier führt die Aussagen des RBB-Reporters vor Ort an, die in dem Beitrag des Senders zu hören waren. Daraus wird ersichtlich, wie und warum die Aufnahmen von RBB verwendet wurden.

» *Also, es wird sich dann tatsächlich eine Kette bilden, wenn alles so klappt, und dann wird es so aussehen. Hier sind die Bilder aus 2003.*

Berlin wirklich durchzogen von einer Lichterkette, damals noch gegen den Irak-Krieg. «

RBB-Reporter

Aus den Aussagen des Reporters ergibt sich: Die Archivbilder dienten lediglich dazu, den Zuschauern vorab zu zeigen, wie eine Lichterkette, an der sich viele Menschen beteiligen, aussehen kann. Doch wie kam es nun dazu, dass in der Tagesschau der Hinweis auf die Archivaufnahmen fehlte? Immerhin hat der RBB explizit auf die alten Aufnahmen hingewiesen.

Zeitdruck?

Niggemeier verweist darauf, dass die Tagesschau "kaum mehr als zehn Minuten Zeit" gehabt habe, den Filmbeitrag zu schneiden. Also war der Grund für den fragwürdigen Umgang mit dem Bildmaterial die knapp bemessene Zeit? Niggemeier kann diese mögliche Erklärung für den "Fehler" nicht wirklich nachvollziehen:

» Wirklich verstehen kann ich es trotz des Zeitdrucks nicht. Der RBB hatte zwar keine Jahreszahl eingeblendet, aber der Wechsel in die Vergangenheit ist deutlich - nicht nur durch den Off-Text, sondern auch dadurch, dass Ulli Zelle [Anmerkung Telepolis: Der Reporter des RBB-Beitrags] zwischendurch wieder ins Bild kam. Dass die 2003-Aufnahmen älter sind, kann man auch anhand der schlechteren Bildqualität erahnen.

Der Verdacht (natürlich auch der politisch klar positionierten "Jungen Freiheit" [Anmerkung Telepolis: Die Junge Freiheit hat auf den Vorfall zuerst aufmerksam gemacht]) liegt nahe, dass die ARD die Pro-Flüchtlings-Demonstration größer und erfolgreicher aussehen lassen wollte, als sie war. Die "Manipulation" scheint die Vorbehalte der schärfsten Medienkritiker und -gegner zu bestätigen. «
Niggemeier

Auf der Facebookseite der Tagesschau heißt es in einem am Nachmittag veröffentlichten Eintrag, ein zuständiger Kollege habe in der Eile vergessen, den Kopfhörer aufzusetzen, so dass er den Hinweis des Reporters nicht gehört habe.

Auffälligkeiten

In den vergangenen Monaten war das Nachrichtenflaggschiff der ARD immer wieder wegen Filmbeiträgen aufgefallen, die Medienkritiker Anlass gaben, über die Glaubwürdigkeit der Sendung zu diskutieren.

Im November des vergangenen Jahres zeigte die Tagesschau einen Bericht zum G20-Gipfel in Australien. In dem Bericht findet sich eine Aufnahme, in der Putin (scheinbar) alleine an einem Tisch mit mehreren Stühlen saß (in dem Beitrag kommentiert mit den Worten: "Beim Barbecue am Mittag, wie symbolisch, Putin einsam und verlassen.")

Allerdings: Mit am Tisch saß auch Dilma Rousseff, die Präsidentin Brasiliens, die in der Aufnahme aber von einem Kellner, der sich im Vordergrund des Bildes befindet, verdeckt wurde. Gniffke äußerte sich damals auf dem Blog der Tagesschau mit den Worten:

» *Nun weiß ich nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie auf einer Party am 8er-Tisch sitzen und links und rechts neben Ihnen jeweils drei bzw. zwei Stühle frei bleiben. Ich nenne das einsam und verlassen. Ob mit oder ohne Roussef, mit oder ohne Kellner, das Bild erzählt genau diese Geschichte: Putin ist isoliert. Insofern stehe ich hundertprozentig hinter der Formulierung unseres Korrespondenten.*

Abresch hat ja nicht gesagt "allein am Tisch", aber selbst wenn, hätte ich ihm das durchgehen lassen, denn Putin sitzt am Tisch und ist einsam. Man muss uns schon eine Menge Verbohrtheit unterstellen, um zu glauben, dass wir exakt warten, bis der Kellner Frau Rousseff Wasser nachschenkt, damit man die Brasilianerin nicht sieht. «
Gniffke

Auch bei dem Trauermarsch in Sachen Charlie Hebdo im Januar dieses Jahres findet sich in einem Beitrag der Tagesschau ein "Wirklichkeitsbruch". Die Tagesschau zeigte, genauso wie viele andere Medien, Bilder, die den Eindruck erweckten, die versammelten Staats-und Regierungschefs, die sich an dem Marsch beteiligten, würden zusammen mit dem Volk marschieren.

Jedoch tauchten Bilder auf, die zeigten, dass es einen größeren Sicherheitsabstand zwischen Spitzenpolitiker und Volk gab. Die ARD strahlte zwar Bilder, die diesen Abstand zeigten, mittags bei der Übertragung aus, zeigte sie allerdings nicht in der Tagesschau.

Die Kritik an der Bildauswahl führte damals zu einer emotionalen Reaktion des ARD-aktuell Chefredakteurs. Gniffke äußerte sich auf dem Tagesschau-Blog mit den Worten:

» Auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt wieder richtig auf die Fresse bekomme: Mir langt's. Heute geistern schon wieder wilde Verschwörungstheorien durch soziale und traditionelle Medien…Nun kommen Kritiker um die Ecke und behaupten, wir hätten bewusst verschwiegen, dass die Politiker gar nicht gemeinsam mit den Demonstranten marschiert seien.

Durch eine manipulative Bildauswahl seien die Zuschauer hinter die Fichte geführt worden. Es habe in vielen Medien - darunter in der Tagesschau - eine Inszenierung stattgefunden, behauptet die taz. Aber es ist doch so: Wenn sich Politiker vor eine Kamera stellen, ist das immer eine Inszenierung, jede Pressekonferenz ist eine Inszenierung. «
Gniffke

In einem Nachtrag reagierte Gniffke dann weniger emotional.

Selbstkritisch äußerte sich der ARD-Mann laut Focus Online vor kurzem gegenüber "Branchenexperten" und gestand demnach ein,

dass sowohl die Tagesschau als auch die Tagesthemen nicht immer ein der Realität entsprechendes Bild der Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland zeigten.

"Wenn Kameraleute Flüchtlinge filmen, suchen sie sich Familien mit kleinen Kindern und großen Kulleraugen aus." Tatsache sei aber, dass "80 Prozent der Flüchtlinge junge, kräftig gebaute alleinstehende Männer sind", so Gniffke laut Focus Online.

"Der Journalismus produziert seine Kritiker und Gegner selbst"

Wolfgang Storz im Interview über seine Studie zur "Querfront" und die Entstehung einer Gegenöffentlichkeit

Die Verbreiterung des Meinungsspektrums in den großen deutschen Medien ist für Wolfgang Storz "unabdingbar." "Kommt diese Verbreiterung nicht bald und sichtbar, wird das Misstrauen gegenüber den klassischen Medien noch stärker werden und ihre Gegner noch zahlreicher", sagt der ehemalige Chefredakteur der Frankfurter Rundschau im Interview mit Telepolis. Storz ist der Autor einer Studie der Otto Brenner Stiftung, die sich mit dem Phänomen "Querfront" auseinandersetzt. Bei seiner Arbeit hat Storz bemerkt, dass eine Gegenöffentlichkeit entstanden ist, die sich eine Art eigenes Mediensystem geschaffen hat. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA betrachtet Storz "unverändert als eines der identitätsstiftenden Themen" für die Gegenöffentlichkeit - neben weiteren Themen, die in den großen Medien nicht oder nur am Rande aufgegriffen werden.

▶ Herr Storz, wann haben Sie das erste Mal festgestellt, dass es eine Art Gegenöffentlichkeit in Deutschland zu bestimmten

gesellschaftspolitischen Themen gibt?

Wolfgang Storz: Ich schicke vorweg, dass ich bei einer Gegenöffentlichkeit unterstelle, dass auf Dauer angelegte mediale Strukturen vorhanden sind, dass die Akteure nicht nur ein, sondern mehrere bedeutende Themen bearbeiten und dass es von den Akteuren eine bewusste Abgrenzung zu den klassischen Medien gibt, welche die veröffentlichte Meinung, den Mainstream, in hohem Maße prägen. So bin ich erst vor etwa fünf, sechs Jahren beispielsweise auf den Kopp-Verlag aufmerksam geworden.

Ich stellte fest, dass Medien-Studien und Finanzmarktjournalismus, an denen ich beteiligt war, von einem Kopp-Onlinedienst immer sehr fleißig und zügig verlinkt worden sind. Als ich mal nachschaute, dachte ich: Na ja, kein Umfeld, in dem ich und wir uns wohlfühlen können.

▶ Den Kopp Verlag kannten Sie also noch gar nicht?

Wolfgang Storz: Der Verlag war mir aufgrund von Zeitungsanzeigen als Name bekannt. Ich verband sein Profil jedoch lange mit den Themen Esoterik, Außerirdische, germanische Medizin oder was auch immer, jedoch nicht mit Themen der Politik, der Wirtschaftspolitik und Medien, mit dem Thema Euro oder 9/11. Das habe ich erst damals registriert.

Ähnlich ging es mir mit dem Monatsmagazin "Compact", das ja bereits 2010 gegründet worden ist. Das entdeckte ich vielleicht vor

zwei, drei Jahren an Bahnhofskiosken. Aber auch da dachte ich: Kann eine Eintagsfliege sein, so wie das bei Printprodukten nicht selten und bei Angeboten im Netz sehr oft der Fall ist, also das ist in einem Jahr vermutlich wieder untergegangen. Das war dann nicht der Fall, im Gegenteil.

▶ In Ihrem Arbeitspapier erwähnen Sie den Begriff "Gegenöffentlichkeit" auch.

Wolfgang Storz: Ja.

▶ Sie sagen, dass Sie auf diese Gegenöffentlichkeit vor etwa vier, fünf Jahren aufmerksam geworden sind. Also ziemlich spät, oder? Denn diese Gegenöffentlichkeit gibt es schon viel länger.

Wolfgang Storz: Sie haben Recht, verglichen mit Ihnen bin ich ein eindeutiger Spätzünder. Wie kann ich mich "rechtfertigen" beziehungsweise diese Fehleinschätzung erklären? Das kann eben mit der Definition von Gegenöffentlichkeit zu tun haben, wie ich sie oben skizziert habe. Auch damit, dass mit den neuen Techniken für diejenigen, die selbst Angebote im Netz produzieren wollen, die Anforderungen an den Einsatz von Ressourcen so gering geworden sind. So explodieren diese Angebote in den vergangenen zehn Jahren geradezu. Wer hat da noch den Überblick?

Insofern sind mir Akteure erst aufgefallen, wenn es Wiederholungen gibt: Also jemand produziert über Jahre Videos und betreibt ein Medien-Portal, erwirbt sich bei seinem Publikum

damit Reputation und schafft es, dieses zu vergrößern. Oder ein mittelständischer Verlag bringt über Jahre Bücher und weitere Medien zu bestimmten Themen heraus. Oder ein Printmagazin wird an die Kioske gebracht. Das ist ja eine weitaus größere finanzielle und logistische Leistung, beispielsweise verglichen mit der Anstrengung, für einige Monate einen Blog zu betreiben.

Das hat bei mir also ziemlich gedauert zu erkennen: Da gibt es Medien-Produzenten, die so leistungsfähig sind, dass ihre Arbeit auf Dauer angelegt ist und denen es sogar gelingt, wohl aufgrund der kaufkräftigen und nicht-kaufkräftigen Nachfrage, ihre Angebote über Jahre hinweg sogar auszuweiten. Medien-Produzenten, die sich auf Themen und Perspektiven konzentrieren, die von den traditionellen Medien nur am Rande oder gar nicht behandelt werden.

▶ Haben Sie sich denn dann im Zuge Ihrer Auseinandersetzung mit diesen alternativen Formaten auch mal Gedanken über das eigene Rezeptionsverhalten gemacht? Anders gefragt: Haben Sie darüber nachgedacht, warum Sie nicht schon viel früher auf diese Formate gestoßen sind? Denn, wie gesagt, dieses Phänomen, dass sich eigenständige Publikationsplattformen mit alternativen Themen herausbilden und inhaltlich gegen die großen Medien opponieren, gibt es schon seit vielen Jahren.

Bereits nach dem 11. September ist eine Art

Glaubwürdigkeitsbruch entstanden. Mediennutzer haben einfach die Deutungsnarrative zu 9/11, wie sie von den großen Medien produziert wurden, abgelehnt und sich alternativen Formaten, die im Internet zu finden waren, zugewendet. Bereits damals hat sich eine Gegenöffentlichkeit formiert. Sie war nur thematisch eher auf 9/11 begrenzt. Doch diese Gegenöffentlichkeit hat sich weiterentwickelt. Sie ist nicht mehr thematisch eng begrenzt. Sie fokussiert auf ein immer breiteres Spektrum an Themen.

Wolfgang Storz: Selbstverständlich habe ich die 9/11-Mediendebatte registriert, die Bestseller von Andreas von Bülow, Matthias Bröckers und vielen anderen waren ja nicht zu übersehen. Aber im Gegensatz zu Ihnen und vermutlich vielen anderen habe ich zwei Punkte anders und damit eventuell falsch eingeschätzt. Ich sah eine Auseinandersetzung um ein Thema und Ereignis, ein besonders spektakuläres und folgenreiches, aber eben um ein Thema. So habe ich die Weiterentwicklung und Verbreiterung, die Sie anführen, nicht bewusst wahrgenommen. Sicher habe ich hier und da mal etwas registriert, aber dann wieder beiseite gelegt.

Ich erzähle Ihnen ein weiteres Beispiel: Ich habe einige Jahre, zwischen 2007 und 2010, an Universitäten als Lehrbeauftragter zu dem Thema Politik und Massenmedien gearbeitet. Als der erste Student in einem Kurs sagte, ob wir nicht einmal über die Entwicklung arbeiten könnten, dass sich immer mehr Bürger bewusst grundsätzlich von den klassischen Medien abwenden

würden, da war ich überrascht. Und ich habe das, nach einer längeren Unterhaltung mit den Studenten darüber, auch nicht weiter ernstgenommen. Für mich gab es Desinteresse an Medien und Kritik an ihnen, aber keine nennenswerte bewusste Gegnerschaft.

Ich habe fast 20 Jahre, mit wenigen Jahren Unterbrechung, bis 2006 als Journalist für traditionelle Medien gearbeitet. Das hat bei mir Blickwinkel erweitert, aber sicher eben auch verstellt. So habe ich, im Gegensatz zu Ihnen, eindeutig auch unterschätzt, wie bis heute das Thema 9/11 ein Treiber und Identitätsstifter für diese Gegenöffentlichkeiten ist. Ich habe dies nie als grundsätzlichen "Glaubwürdigkeitsbruch" eines Teils des Publikums, so wie Sie das sehen, mit den traditionellen Medien gesehen.

▶ Eint diese, oder womöglich: mehrere Gegenöffentlichkeiten, die es gibt, nicht auch die Tatsache, dass sie viele große gesellschaftliche und politische Themen anders deuten, als es die großen Medien tun?

Wolfgang Storz: Was sicher eint, ist die Feststellung: Unsere Themen oder unsere Perspektiven kommen in diesen Medien nicht vor oder nur am Rande. Beispiel: Jemand, der die Euro-Währung und ihre Folgen kritisiert, der findet sicher immer wieder Platz in den Medien. Aber grundsätzliche Euro-Gegner, die also die Einführung im Prinzip für falsch halten, die wurden nach meiner

Beobachtung in den vergangenen Jahren sicher nicht wahrgenommen oder als Vorgestrige abgetan. Ein anderes Beispiel haben Sie eingeführt: 9/11. Ein drittes ist sicher: Verlauf, Hintergründe und Ursache der Ukraine-Krise.

Was ich feststelle: Mindestens große Teile dieser Gegenöffentlichkeiten gehen von der These aus, wir haben es hier in Deutschland mit keiner Demokratie mehr zu tun. Es herrschen Eliten, die im Bündnis mit den Medien, die wiederum nicht frei sind, versuchen, die Wahrheit zu unterdrücken und im Zweifel gegen das Volk regieren. Was diese Öffentlichkeiten auch eint, nach meiner Bewertung: Es handelt sich hier fast ausschließlich um Akteure mit einem inhaltlich-politischen Anliegen, die mit journalistischen Instrumenten arbeiten. Aber sie arbeiten nicht als Journalisten. Ihr Ziel ist es ja, der eigenen Deutung Gehör zu verschaffen.

Dagegen ist es eine der wichtigen Normen des journalistischen Berufsstandes, zu einem Ereignis oder einem Thema die wichtigsten Informationen zu Nachrichten zu verarbeiten und diese zusammen mit einer Darstellung der wichtigsten Interessen und Deutungen seinem Publikum zur Verfügung zu stellen. Da gibt es Defizite in der Praxis, teilweise erhebliche, richtig, aber der Anspruch bleibt und das Bemühen von vielen Journalisten, dieser Norm möglichst gerecht zu werden.

Die Erfolge der Gegenöffentlichkeiten zeigen, dass es auch

ohne die traditionellen Medien geht

▶ Sie haben in Ihrer Studie festgestellt, dass diese Gegenöffentlichkeit gar nicht das Ziel hat, in die großen Medien zu kommen. Wie meinen Sie das?

Wolfgang Storz: Früher war es das Ziel von Organisationen und Initiativen, mit ihren Informationen und Positionen in den Medien zu kommen. Denn diese waren der einzige relevante Transporteur. Das ist heute grundsätzlich anders. Die Erfolge der Gegenöffentlichkeiten zeigen ja, es geht ohne diese traditionellen Medien. Das heißt, dieser Zwang ist weg. Sich auf die Verbesserung und Verbreiterung der eigenen Medien zu konzentrieren, steht im Vordergrund. Wenn dann die eigene Arbeit so erfolgreich ist, beispielsweise gemessen an Resonanz, dass wiederum die klassischen Medien gezwungen sind, von sich aus auf Themen dieser Gegenöffentlichkeiten einzugehen oder gar auf diese selbst, dann wird das gerne gesehen, selbstverständlich. Insofern haben diese Gegenöffentlichkeiten übrigens objektiv gesehen auch immer die gesellschaftliche Funktion von Frühwarnsystemen, sie machen auf Defizite aufmerksam. Aber: Von diesen klassischen Medien wahrgenommen zu werden, das ist heute im Gegensatz zu früher eher 'Abfallprodukt' der eigenen Arbeit, nicht das erste Ziel. Zumal jedes positive Eingehen der klassischen Medien auf die eigenen inhaltlichen Anliegen der eigenen Attraktivität schaden kann, speist

sich diese doch wesentlich auch aus dieser Ausgrenzung von Seiten der herkömmlichen Medien.

▶ Denken wir doch mal zurück an die Anfänge der Gegenöffentlichkeit, die vermutlich ihren Ursprung nach dem 11. September 2001 hat. In den ersten Jahren nach den Anschlägen, als sich die Gegenöffentlichkeit formiert hat, war es durchaus so, dass ihre Mitglieder versucht haben, die alternativen Sichtweisen in die Medien zu tragen. Sie wollten in die großen Medien, um ihrem Thema Gehör zu verschaffen. Sie haben sich im Internet laut darüber beschwert, dass die großen Medien ihnen den Zugang zum medialen Diskurs nicht erlauben. Irgendwann haben sie bemerkt: Diese Tür ist tatsächlich so fest verschlossen, da ist kein Durchkommen, mit den Medien in den Dialog zu kommen, ist "vergebene Liebesmüh."

Kann es sein, dass es zu einer Art Emanzipation gekommen ist? Anders gesagt: Liegt die Schlussfolgerung nahe, dass Mitglieder der Gegenöffentlichkeit erkannt haben, dass sie, wenn sie ihre Thesen weiter verbreitet sehen möchten, einfach ihre eigenen Formate schaffen müssen?

Wolfgang Storz: Aufgrund Ihrer Schilderung liegt der Schluss nahe: Die Kritiker wurden müde, haben ihre Anstrengungen als vergeblich erkannt und gingen dazu über, ihre Energie in den Aufbau von eigenen medialen Strukturen zu investieren, was eben

seit ein, zwei Jahrzehnten aufgrund der neuen Techniken mit viel geringeren Ressourcen möglich ist, als vor 20 oder 30 Jahren. Und innerhalb der vergangenen 20 Jahre haben sich natürlich die Bedingungen noch einmal drastisch verbessert: Wie bereits erwähnt: Beste Techniken sind noch viel billiger als noch vor Jahren zu erwerben und zudem noch einfacher zu handhaben.

▶ Woher kommt heute nun die geballte Kritik an dem Medien?

Wolfgang Storz: Ich glaube, eines der großen Probleme ist, dass Medien die Kritik an ihnen punktuell wahrnehmen, eventuell auch ernstnehmen, aber dann weglegen und vergessen. Und dann kommt die nächste Kritik.

▶ Was meinen Sie damit?

Wolfgang Storz: These: Das Publikum oder wenigstens ein Teil davon addiert, der Journalismus vergisst.

▶ Ok?

Wolfgang Storz: Also: Es kann doch sein, dass Journalisten zu schnell Kritik an ihnen vergessen und ihnen nicht bewusst ist, dass nennenswerte Teile des Publikums dagegen nicht vergessen, sondern sich erinnern und die Kritikpunkte addieren - bis sie davon überzeugt sind, ob zu Recht oder zu Unrecht: Da steckt ja System dahinter. Das könnte beides wenigstens zum Teil erklären: Zum einen die Wucht der Kritik über die Ukraine-Berichterstattung, da hat sich einiges angestaut, und zum anderen die buchstäbliche

Fassungslosigkeit mancher Journalisten über diese Kritik, die für sie wie eine Naturgewalt über sie hereingebrochen ist.

Nehmen wir Ihr Beispiel: 9/11. Auch Umfragen belegen, nennenswerte Minderheiten in der Bevölkerung misstrauen der US-regierungsoffiziellen Version der Abläufe. Das heißt ja nicht einmal, dass gleich den Kritikern geglaubt wird. Aber das Gefühl bleibt: Da stimmt etwas nicht, und in meinen traditionellen Medien lese ich nichts darüber.

Dann gab es eine Phase nach dem Jahr 2000, in der die prägenden Medien Berichterstattung und Meinungen sehr stark auf das Negative am Sozialstaat und den Gewerkschaften und auf das Positive an marktradikalen Konzepten verengten. Repräsentative Umfragen zeigten damals, dass große Mehrheiten der Bevölkerung das ganz anders sahen. Dann kommen hinzu Euro-, dann Ukraine- und Russlandberichterstattung. Nicht zu vergessen: Es gibt seit vielen Jahren Berufs-Rankings, bei denen der Berufsstand des Journalismus immer auf den hinteren Plätzen rangiert. Wenn ich als Journalist oder wenn der Berufsstand die Kritik zu den einzelnen Themen immer wieder buchstäblich vergisst, dann bin ich gar nicht in der Lage zu erkennen, dass sich da über viele Jahre etwas "zusammenbraut", dass irgendwann Kritik im Einzelnen in grundsätzliche Abwendung oder passive oder gar aktive Gegnerschaft münden kann.

▶ Wie bewerten Sie denn die Medienprodukte, die die Gegenöffentlichkeit hervorbringt?

Wolfgang Storz: Für das, was ich mir genauer angeschaut habe, gilt: Da gibt es eine hohe technische Qualität. Das Angebot ist auf Dauer angelegt. Nicht vergessen: Es handelt sich um Nischen, aber trotzdem halte ich die Resonanz für beträchtlich. Ich nenne zwei Beispiele: Ken Jebsen hat jüngst eine politische Gesprächsrunde organisiert, die bereits nach wenigen Wochen auf dem YouTube-Kanal mehr als 400.000 Klicks verzeichnet. Nun ist offen, was ein Klick letztlich bedeutet, auch sagt dies nichts aus, wie intensiv dieses mehr als zweistündige Gespräch angeschaut wurde. Aber ein Hinweis auf hohe Resonanz ist dies schon.

Und bei "Compact", dem Monatsmagazin, das Jürgen Elsässer mitgegründet hat und als Chefredakteur leitet, ist die Nachfrage ebenfalls beachtlich. Nach Angaben von Elsässer beträgt die Auflage verkaufte 30.000 Exemplare. Da handelt es sich, etwa vier Jahre nach der Gründung, meines Erachtens um eine beachtliche kaufkräftige Nachfrage: Der Klick im Netz kostet mich nichts, für "Compact" muss ich am Kiosk fast fünf Euro hinlegen. Und: Es ist festzustellen, dass es diesen Akteuren gelang, in den vergangenen Jahren ihre Angebote schrittweise auszubauen. Auch das deutet auf eine wachsende Nachfrage hin.

▶ Die Rezipienten greifen jedenfalls auf diese Produkte zu.

Wolfgang Storz: Nach meinen Beobachtungen eindeutig ja. Fast korrespondierend mit dem nach Umfragen schwindenden Vertrauen in die klassischen Medien. Die Akteure selbst sehen sich zum Teil wenigstens auch bewusst als Produzenten von "Alternativ-Medien".

Journalismus entscheidet erst einmal, was gesellschaftlich wichtig ist oder nicht

▶ Vertreter großer Medien ziehen an der Stelle gerne einen "Joker." Sie verweisen darauf, dass sie dem Mediennutzer keinen Unsinn auftischen dürfen und berufen sich direkt oder indirekt auf ihre rationale Deutungsüberlegenheit.

Wolfgang Storz: Jeden Unsinn sollten sie nicht auftischen, das ist ja vollkommen richtig. Aber wenn ich merke, und das zeigt auch, wie segensreich das Netz mit seinen Möglichkeiten ist, da gibt es ein Thema, das viele Menschen beschäftigt, zu dem sie nachfragen, offizielle Darstellungen anzweifeln, zu dem sich möglicherweise sogar Bürger äußern, die als Fachleute gelten, dann ist der Berufsstand der Journalisten doch qua Aufgabe und eigener Normen geradezu gezwungen, sich mit Berichterstattung und Analyse um solche Hinweise zu kümmern, also egal ob Euro, 9/11, Ukraine oder Sozialstaat.

Er muss dann herausarbeiten: Wo passen die Fakten und Argumente von Kritikern und Befürwortern zusammen, wo

widersprechen sie sich, welche Fragen bleiben ungeklärt und so weiter. Das ist die vornehmste Aufgabe der Journalisten. Bei vielen Themen geht er auch in diesem Sinne dieser Arbeit nach, das ist die Regel. Wie Journalisten etwas kommentieren und bewerten, das ist ja wieder eine ganz andere Frage; dann aber strikt getrennt und deutlich als Meinung auch markiert.

Das Netz, das sozusagen sekündlich, unaufhörlich Themen, Nachrichten und Meinungen produziert, macht doch den Berufsstand des Journalisten, der unabhängig arbeitet, endgültig unentbehrlich. Es muss eine legitimierte und anerkannte Instanz geben, die versucht, diese unübersehbar gewordene Kommunikationswelt nach Bedeutung der Themen, der Interessen und der Perspektiven zu sichten, um Überblicke zu liefern und für das Publikum Schneisen zu schlagen. Das ist der Vorteil, den die klassischen Medien den Rezipienten gegenüber dem Netz bieten.

▶ Aber ist das wirklich pauschal ein Vorteil? Es kann ein Vorteil sein, aber nicht zwingend. Denn gerade durch Selektierung, Gewichtung und Perspektivierung entstehen viele Probleme. Ein Filter bzw. mehrere Filter werden den Informationen und Sachverhalten vorgeschoben und damit ist Gefahr einer Verzerrung groß. Gerade das Ungefilterte, so wie es im Internet zu finden ist, kann auch seinen eigenen Wert haben und gegenüber dem Gefilterten einen Vorteil haben, oder?

Wolfgang Storz: Ich stimme Ihnen zu mit dem Zusatz: Wie können wir - pauschal gesagt - das Verhältnis von klassischem Journalismus und Netz so organisieren, dass es nicht in einen Kampf gegeneinander mündet, sondern im Sinne und Dienste dieser Demokratie dabei gute Leistungen herauskommen.

▶ Was heißt das?

Wolfgang Storz: Eine Demokratie lebt auch vom gemeinsamen öffentlichen Gespräch und Streit über bedeutende Themen. Das Netz produziert täglich 1000 Themen. So sichtet der Journalismus Informationen zu wichtigen Themen, und er entscheidet erst einmal, was gesellschaftlich wichtig ist oder nicht. Er verarbeitet die Informationen dazu zu belastbaren Nachrichten, auf die sich jeder beziehen können muss.

Denn für einen Streit brauche ich eine möglichst unstrittige informationelle Grundlage. Also: Das Zitat muss stimmen, die Zahlen müssen stimmen, das, was nicht geklärt werden kann, muss als strittig und ungeklärt markiert werden. Das kann nur ein in die jeweilige Sache Nicht-Involvierter machen. Diese Auswahl und Sichtung ist unabdingbar, sonst überwältigt uns die Unübersichtlichkeit, die in Handlungsunfähigkeit münden kann.

Und warum das Netz jetzt so toll ist: Mit ihm kann der interessierte Bürger die Arbeit des Journalismus heute viel eher überprüfen und korrigieren. Ist etwa ein wichtiges Thema anhaltend doch

übersehen oder gar bewusst ausgegrenzt worden? Fehlt eine wichtige Information, eine wichtige Deutung? Das meine ich mit dem fruchtbaren Verhältnis im Sinne unserer Demokratie. Wenn allerdings der Journalismus anhaltend wichtige Korrekturbemühungen grundlos ignoriert, dann produziert er sich seine Kritiker und auf Dauer seine Gegner selbst.

▶ War früher alles besser?

Wolfgang Storz: Nein, im Gegenteil. Wir haben heute viel mehr Öffentlichkeit. Wir haben nur" noch das allerdings große Problem, dieses ungeheure Mehr produktiv und positiv zu nutzen. Wir stecken viel zu viel Energie in unfruchtbare Gegnerschaften: Wenn bei der Arbeit des Journalisten ein Fehler gefunden wird, dient dies nicht der gemeinsamen Arbeit, die Nachrichten-Grundlage noch zuverlässiger zu machen, der Fehler dient zu oft als Beleg, dass die Medien Büttel der Eliten sind. Ich füge jedoch auch an: Als jemand, der 1980 sein Zeitungs-Volontariat gemacht hat, habe ich manchmal den Eindruck, dass früher Journalisten die Trennung von möglichst wenig wertenden Nachrichten- und Berichtsformen und der wertenden Kommentierung ernster genommen haben. Dass das Publikum dies will, steht übrigens in zahllosen Untersuchungen, welche die Medien ja regelmäßig über sich anstellen lassen.

Journalisten kommen aus den oberen Mittelschichten und

▶ Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die großen Medien so sehr ausschließen? Warum bilden Sie nicht die Vielzahl der Meinungen und Sichtweisen, die sich in der Gesellschaft finden, ab?

Wolfgang Storz: Ich finde es erst einmal wichtig, dass wir für diesen Befund inzwischen sogar ein regierungsamtliches Testat haben. Außenminister Frank-Walter Steinmeier beklagte vor wenigen Monaten eine "erstaunliche Homogenität" in den Medien.

▶ Das sagt also nicht gerade ein bekannter Verschwörungstheoretiker.

Wolfgang Storz: Nein. Sie haben jedenfalls die entscheidende Frage des "Warum?" gestellt. Ich kann hier nur auf die gängigen Erklärungen verweisen, die gewöhnlich vorgetragen werden: Herdentrieb, Mangel an Selbstkritik, siehe oben: Kritik-Vergessenheit.

Warum hat die Kritik von Steinmeier kein größeres Echo gefunden? Wenn ich Wichtiges nicht übersehen habe, dann war das, vorsichtig gesagt, nicht gerade gewaltig. Matthias Geis und Bernd Ulrich, leitende Redakteure der "Zeit" haben in einem sehr anregenden Text zur "Ausweitung der Kampfzone" vor einigen Monaten unter anderem geschrieben: "Vielleicht war es einer der größten historischen Fehler von Politik und Medien, eine Grundsatzkritik der EU oder der Euro-Politik in den Bereich des Halbverrückten zu

verweisen." Auch dieser Text verdiente viel mehr Beachtung. Übrigens: Wissen Sie, wo ich auf diesen Text stieß? Auf Kopp-Online.

▶ Nochmal zurück zur Ausgangsfrage: Warum schließen Medien aus? Warum lassen sie bestimmte Perspektiven nicht zu?

Wolfgang Storz: Noch einmal: Die Ursachen sind vermutlich vielfältig. Mit am aussagekräftigsten scheinen mir die Analysen zu sein, die auf die Herkunft der leitenden und wichtigen Journalisten verweisen. Siegfried Weischenberg, der große renommierte Medienwissenschaftler, hat in entsprechenden Untersuchungen vor vielen Jahren bereits darauf hingewiesen, dass zumindest leitende Journalisten aus Arbeiterfamilien sehr rar gesät sind. Der Politikwissenschaftler

Thomas Meyer macht dieses Moment in seinem jüngsten Buch stark: Journalisten kommen aus den oberen Mittel- und Oberschichten. Und damit bewegen sie sich auch in diesen Milieus und wählen in ihrer Arbeit Themen und Perspektiven entsprechend nach den Interessen, Bewertungen, Mentalitäten und Gewohnheiten aus, die in diesen Kreisen vorherrschen: Wer sich dort bewegt, auch gesellschaftlich, will sich dort ja wohlfühlen und sich mit seiner Arbeit nicht ausgrenzen.

▶ Damit dürften wir am Kern des Problems angelangt sein. Wir haben es mit einem soziologischen Phänomen zu tun. Sie haben die

grundlegende Arbeit von Weischenberg angesprochen, der in einer Studie festgestellt hat, dass Journalisten eben nicht der "Spiegel der Gesellschaft" sind, sondern dass sich das journalistische Feld aus der Mittelschicht rekrutiert. Außerdem gibt es Studien , die sich mit der sozialen Zusammensetzung bzw. der Herkunft von Schülern an Journalistenschulen auseinandersetzen. Auch da finden sich Ergebnisse, die darauf hindeuten, dass es im jounalistischen Feld einen gemeinsamen Klassenhabitus gibt.

Über die soziale Zusammensetzung des journalistischen Feldes lässt sich auch erklären, woher die Homogenität in der Berichterstattung entsteht. Wenn, vor allem in den führenden Positionen, Akteure zusammenkommen, die alle über einen gemeinsamen oder sehr ähnlichen Habitus verfügen, dann darf davon ausgegangen werden, dass ihr Blick auf die Welt sich sehr nahe kommt. Ihre mehr oder weniger gemeinsame Sozialisation führt dazu, dass sie eine bestimmte Vorstellung von der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit teilen. Und das äußert sich dann auch in der Berichterstattung.

Natürlich ist das jetzt nur sehr verknappt dargestellt. Aber die von Ihnen angesprochenen soziale Zusammensetzung der Medien verweist darauf, dass es gerade eben nicht, wie es Teile der Gegenöffentlichkeit vermuten, eine große Medienverschwörung gibt, die für die uniforme Berichterstattung verantwortlich ist. Die Redaktionen arbeiten tatsächlich aus freien Stücken, ohne das groß

Interventionen von außen notwendig sind. Sie liefern den Journalismus ab, von dem sie - aufgrund auch ihrer weltanschaulichen Prägung - überzeugt sind, dass er die Wirklichkeit korrekt widerspiegelt. Ist diese Entwicklung eine Gefahr für ein Mediensystem, das eigentlich pluralistisch sein sollte?

Wolfgang Storz: Ihren Befund teile ich. Entscheidend sind die Konsequenzen daraus. Ich denke, die klassischen Medien müssen dringend helfen, den von ihnen mit-geprägten Mainstream zu erweitern. Es muss selbstverständlich werden, dass ein strikter Gegner der Euro-Währung, der Politik des Staates Israel, der offiziellen Version von 9/11 mit seinen Argumenten Teil der Berichterstattung und der Debatte ist. Dann wird gezeigt, wir nehmen die Kritik an dieser Verengung ernst, sie ist ja sehr weit verbreitet, wir ziehen Konsequenzen daraus. So könnten Medien auch Vertrauen zurückgewinnen.

Ich will jedoch auch hinzufügen: Unser Mediensystem ist so breit und vielfältig, dass "irgendwo" natürlich auch bisher diese Kritiker immer einen Platz gefunden haben, zu Diskussionen oder Interviews eingeladen worden sind - unser Mediensystem funktioniert im Prinzip und ist absolut verteidigungswürdig -, aber immer auf Plätzen am Rande und nicht in den Zentren und zudem nur gelegentlich.

▶ Ist es nicht interessant, dass wir immer wieder auf 9/11 zu sprechen kommen. Bis heute hat es nicht eine Polit-Talkshow im deutschen Fernsehen fertiggebracht, Vertreter der "offiziellen Version" und Vertreter der Gegenöffentlichkeit über den 11. September diskutieren zu lassen. Wir reden hier nicht von irgendeinem Randereignis, wir reden von einem unfassbaren Verbrechen, das Auswirkungen bis heute auf den unterschiedlichen Ebenen hinterlassen hat.

Was ist von einer Medienlandschaft zu halten, die zu dem prägenden politischen Ereignis des 21. Jahrhundert ganz einfach eine Perspektive, nämlich die der Gegenöffentlichkeit, zumindest im Rahmen der großen medialen Diskursplätze, ausgegrenzt hat? 2012 hat die Sendung Scobel auf 3-Sat das Thema 9/11 behandelt, das war 11 Jahre nach den Anschlägen. 2003 hat Sandra Maischberger einmal mit Andreas von Bülow in einer Sendung über den 11. September gesprochen. Die großen Polit-Talkshows haben das Thema einfach bis heute ausgegrenzt.

Man muss auf einen österreichischen Sender zugreifen, um zu sehen, wie etwa Wolfgang Ischinger, Stefan Aust und Daniele Ganser miteinander diskutieren - weitestgehend unaufgeregt, sachlich, mit interessanten Argumenten auf beiden Seiten.

Nicht anders verhält es sich mit dem Buch von Udo Ulfkotte, das Sie in Ihrer Studie auch erwähnen. Sie schreiben, dass das Buch sich

150.000 Mal verkauft hat. Wir sprechen hier von einem Beststeller. Und das nahezu ohne Präsenz in den großen Medien. Völlig unabhängig von dem Inhalt des Buches, also einer Frage, wie substantiell ist das, was der Autor schreibt, müsste eine Medienlandschaft, die sich Pluralismus auf die Fahnen schreibt, sich nicht auch und insbesondere mit dem Label "kontrovers" versehenen Werken in der Breite auseinandersetzen?

Wolfgang Storz: Uneingeschränkt ja. Das Spektrum an Themen und Meinungen, die von den bedeutenden klassischen Medien selbstverständlich bearbeitet und einbezogen werden, kräftig zu erweitern, das nützt nicht nur den Medien, sondern auch der Demokratie. Kommt diese Verbreiterung nicht bald und sichtbar, wird das Misstrauen gegenüber den klassischen Medien noch stärker werden und ihre Gegner noch zahlreicher.

Ein Journalismus, nahe an der Grenze zur Manipulation

Fragwürdige Berichterstattung der Regionalpresse zum Auftritt des Schweizer Historikers Daniele Ganser - Exempel einer Medienkritik

Ein eigenwilliger Umgang mit der Realität, eine Vermischung von Fakten mit subjektiven Elementen, eine von Einseitigkeit geprägte Berichterstattung. Mit dem Artikel "Umstrittener Historiker-Vortrag - kritische Professoren wurden ausgebuht", liefert eine große Regionalzeitung ein bemerkenswertes Stück "journalistischer" Arbeit ab. Eine Analyse.

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser (Das Feld nicht den gewalttätigen Extremisten überlassen), zu dessen Forschungsgebiet die verdeckte Kriegsführung gehört, hat im Oktober einen Vortrag an der Universität in Witten gehalten. Ein Bündnis (Verschwörungstheoretiker blasen zur Hexenjagd auf Historiker), unter anderem bestehend aus der lokalen SPD und den NRW-Piraten, veröffentlichte im Vorfeld der Veranstaltung einen offenen Brief, in dem es sich gegen den Auftritt aussprach.

Einer der Vorwürfe: Ganser, der durch seine Doktorarbeit zu den Geheimarmeen der Nato (Gladio bzw. Stay behind) bekannt wurde, trete "regelmäßig mit bekannten Verschwörungstheoretikern" auf.

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (bzw. das Portal Der Westen), laut Wikipedia die "größte deutsche Regionalzeitung", nahm sich des Falls an. Doch was dabei herauskam, lässt gerade in Zeiten, in denen viel über einen qualitativ hochwertigen Journalismus diskutiert wird, tief blicken. Ein sachlicher Bericht, der es dem Leser durch die nüchterne Darlegung der Fakten ermöglicht, sich selbst eine Meinung zu bilden, flankiert durch Stimmen aller Beteiligten (Weltbild in Gefahr: Auftritt von Daniele Ganser an Uni in Witten), kam nicht zustande. Stattdessen wurde ein Journalismus veranschlagt, der auf Diskurswaffen setzt, mit reichlich Suggestivkraft die Leser bedient, die Realität teilweise verzerrt wiedergibt und zentrale Kontextinformationen zur Forschungsarbeit Gansers nicht bereitstellte.

Ein Journalismus wird sichtbar, der vorgibt, um Aufklärung bemüht zu sein, der aber bei genauerer Betrachtung vor allem auf eines verweist: auf seine eigenen Grenzen.

Vorbemerkung zur Analyse

Der Artikel "Umstrittener Historiker-Vortrag - kritische Professoren wurden ausgebuht" wird im Nachfolgenden näher betrachtet. Eine genauere Auseinandersetzung mit ihm ist notwendig, da er ein gutes Beispiel dafür ist, wie es aussehen kann, wenn grundlegende journalistische Regeln nicht beachtet werden und ein Journalismus

zum Vorschein kommt, dessen "handlungsleitende Impulse" kaum auf ein ernsthaftes journalistisches Erkenntnisinteresse zurückzuführen sein dürften.

Die folgende Textanalyse wird die "Unzulänglichkeiten", die in dem Artikel teils offen, teils auf einer eher "tiefenstrukturellen" Ebene vorhanden sind, freilegen und aufzeigen. In Ansätzen greift die Auseinandersetzung mit dem "Zeitungsbericht" auf eine sozialwissenschaftliche Hermeneutik zu, die es insbesondere in der Sequenzanalyse ermöglicht, einen interpretatorischen Zugang zum Analysegegenstand zu erhalten.

Allerdings: Solch eine intensive Auseinandersetzung mit einem Text kann nur umfangreich sein. An den Leser muss daher die Bitte herangetragen werden, Nachsicht dafür zu zeigen, dass es kaum möglich ist, stark straffend, zusammenfassend und dennoch in aller Deutlichkeit die Schwachstellen des Artikels aufzuzeigen. Erst indem immer wieder einzelne Wörter und Sätze gedreht und gewendet und auf ihre "konnotativen Einlagerungen" hin abgeklopft werden, lassen sich die die Bruchstellen kenntlich machen, die der gebotene Journalismus in weiten Teilen aufweist.

Hinzu kommt: Trotz der umfangreichen Auseinandersetzung kann diese aber, im Vergleich zu einer wissenschaftlichen Analyse, nur als oberflächlich betrachtet werden. Ein strenges methodologisches

Vorgehen mitsamt dem dafür notwendigen Aufwand, ist in dem Rahmen dieser Veröffentlichung nicht möglich. Der Leser muss wissen, dass es sich trotz des Umfangs nur um eine Analyse "light" handelt. Andere Interpretationen und Lesarten als die hier veranschlagten, können nicht ausgeschlossen werden.

Dem interessierten Leser wird empfohlen, zunächst den hier analysierten Artikel zu lesen, ihn kritisch zu betrachten, in ihn "reinzuhören" und ihn auf mögliche Schwachstellen und Unzulänglichkeiten selbst zu untersuchen. Erst dann sollte er sich mit der Analyse auseinandersetzen, für sich selbst klären, ob die in ihr angebotenen Interpretationen, Lesarten und Schlussfolgerungen schlüssig sind, er ihnen widerspricht oder sie ablehnt und durch eine eigene Sichtweise ersetzt. So kann und darf dieser Beitrag dann auch als Lehr- und Lernstück für Medienkompetenz betrachtet werden.

Es wird dem Leser auch ans Herz gelegt, allgemein die Berichterstattung, die die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (bzw. Der Westen) in Sachen Auftritt von Daniele Ganser abgeliefert hat, zu betrachten. Online abrufbar sind folgende Beiträge:

- Wittener Politik nimmt Uni wegen Gastredner in die Mangel
- Wittener Uni verteidigt Einladung an umstrittenen Gastredner
- Umstrittener Historiker-Vortrag - Kritische Professoren wurden ausgebuht

- Ganser manipuliert uns selbst
- Populismus statt Wissenschaft

Eine genaue Auseinandersetzung mit der gesamten Berichterstattung der WAZ zum Auftritt von Ganser in Witten, genauso wie mit dem Umgang der Leserkommentare wäre angebracht, kann in diesem Rahmen allerdings nicht geleistet werden.

Analyse: "Umstrittener Historiker-Vortrag - Kritische Professoren wurden ausgebuht"

Die Überschrift, die durch ihre Länge, durch die substantivische Verbindung, aber auch durch die Passivkonstruktion etwas hölzern wirkt, vermittelt dem Leser ansatzweise worum es in dem Artikel geht. Ein Historiker hat einen "umstrittenen Vortrag" gehalten und Einlassungen von reputierten Personen, die vermutlich Kritik an dem Vortrag äußerten, wollte das Publikum nicht hören.

Das sinntragenden Wort im ersten Teil der Überschrift ist leicht identifiziert: "Umstrittener". Da stehen sie also nun, diese 12 Buchstaben, zusammengefügt zu einem Wort, das seine eigene Macht entfaltet. Wenn ein Vortrag "umstritten" ist, dann stimmt etwas nicht. Der Begriff "Umstrittener" in der Überschrift wirkt als ein Signalwort. Es warnt den Leser: Vorsicht vor diesem Vortrag!

Nicht ersichtlich wird aus der Überschrift, warum der Vortrag

überhaupt umstritten ist. Dies mag sicherlich auch dem begrenzten Platz geschuldet sein, den eine Überschrift bietet. Aber festzustellen ist: Die Überschrift bleibt im Vagen, sie spielt mehr oder weniger mit Andeutungen, mit unterschwelligen Anschuldigungen - ein Vorgehen, das, so darf man es sehen, richtungsweisend für den Artikel ist.

Die Überschrift wird aber nicht nur von dem Wort "Umstrittener" getragen. Auch der Begriff "kritische" und die Aussage "wurden ausgebuht" sind sinntragend. So wie das Wort "Umstrittener" klassifiziert, so schreibt auch die Bezeichnung "kritisch" zu.

> Am Rande sei allgemein angemerkt: Wenn ein Leser auf solche Zuschreibungen wie "kritisch", "Umstrittener" etc. im medialen Diskurs trifft, tut er gut daran zu fragen: Wer ist der Zuschreibende? Welche Sicht auf die Welt veranschlagt er? Welche Wirklichkeitsvorstellungen, welche Weltanschauungen liegen seinen Zuschreibungen und Einschätzungen zu Grunde? Gibt es eine Motivationslage, die den Autor oder die Autorin dazu führt, derartige Begrifflichkeiten und Zuschreibungen anzuführen? Wenn ja: Wie könnten diese aussehen?

Bei diesem umstrittenen "Historiker-Vortrag" fanden sich also auch "kritische Professoren" ein. Die Vermutung drängt sich auf, dass die

Professoren als eine Art "Korrektiv" zu verstehen sind, die sich einem zweifelhaften Vortrag entgegenstellen. Doch gerade diese Professoren werden nun ("verrückterweise") vom Publikum, das sich zu dem Vortrag eingefunden hat, "ausgebuht".

Deutlich wird: Die Überschrift benennt und schreibt nicht nur zu. Sie erzeugt auch Fronten. Ein "Umstrittener Historiker-Vortrag" und das Publikum (das irgendwie sehr "eigenwillig" zu sein scheint) stehen auf der einen Seite, während sich auf der anderen Seite kritische, kluge "Geister" positioniert haben, deren Einlassungen aber nicht erwünscht sind - was durch das Ausbuhen zum Ausdruck gebracht wird.

Zum letzten Teil der Überschrift

Dieser Teil ist aus journalistischer, aber auch aus analytischer Sicht betrachtet, besonders bemerkenswert.

Holen wir etwas aus: In der journalistischen Berichterstattung wird sich sehr oft auf "die Mehrheit" (bzw. das, was als solche wahrgenommen wird) oder anders gesagt: auf eine Quantität von "bemerkenswerter" Größe konzentriert. Soll heißen: Wenn 300.000 Menschen auf die Straße gehen, um gegen den Krieg zu demonstrieren, wird diesen in der Regel von den Medien eine andere Aufmerksamkeit zu Teil als den 30 Anhängern irgendeiner kaum bekannten Glaubensgemeinschaft, die möglicherweise für

ihre Anliegen demonstrieren.

Etwas anders gedacht: Wer als Journalist auf Veranstaltungen geht, weiß, dass sich immer mal wieder "Vorfälle" ereignen. Im öffentlichen Raum, bei öffentlichen Veranstaltungen ist es nicht ungewöhnlich, dass ein Zuhörer eine Rede stört bzw. sich durch ein "gesteigertes Sendungsbewusstsein" bemerkbar macht.

Der ein oder andere Leser dürfte bei einer Veranstaltung vielleicht selbst schon einmal die Erfahrung gemacht haben, wie es ist, wenn eine Person aus dem Plenum sich zu Wort meldet und eine Grundsatzkritik von epischer Qualität anbringt, sich gegen den Redner, gegen sein Thema, gegen das Publikum und überhaupt gegen alles positioniert. Mitunter können solche Einlassungen sehr interessant sein. Mitunter sagt der Kritiker tatsächlich etwas, was es verdient gehört zu werden und was unbedingt journalistisch aufgegriffen werden sollte (was aber längst nicht immer der Fall ist).

Journalisten, die über eine öffentliche Veranstaltung berichten, blenden solche Vorfälle dann gerne aus - was verständlich ist (man will "den Ruhestörer" oder den sich in seiner Rolle des Grundsatzkritikers Wohlfühlenden keine Bühne bieten).

Manchmal werden solche Vorfälle in einem Nebensatz der Vollständigkeit halber erwähnt, manchmal werden sie ganz

weggelassen. Gerne wertet man diese Personen, die sich "zu Wort melden" auch als "Störer" ab (was gewiss auch davon abhängt, wie der Reporter vor Ort selbst zu dem Vortragenden, dem "Störer" und dessen politischer Sicht steht...). Aber dass man "die Minderheit" (die sich auf einer Veranstaltung einfindet) in die Überschrift hebt, dafür benötigt man aus journalistischer Sicht einen belastbaren Grund.

In der Überschrift des Artikels passiert nun aber genau das: Vereinzelte Personen (wie viele?), die sich zum Vortrag eingefunden und diesen in Wortmeldungen kritisiert haben, "zieht" man in die Überschrift. Ihren vereinzelten Wortmeldungen wird so viel Bedeutung zugeschrieben, dass sie in großen Buchstaben Erwähnung finden.

Interessant ist auch die Aussage, dass die kritischen Professoren "ausgebuht" wurden. Zu fragen ist: Was heißt an der Stelle "ausgebuht"? Wie darf man sich das "Ausbuhen" vorstellen? Haben kollektiv 500 der Zuhörer die "kritischen Professoren" ausgebuht? Oder waren es vereinzelt Zuhörer, die "gebuht" haben? Weiter gefragt: Wie laut, wie gewaltig, war das Ausbuhen? Durften die "kritischen Professoren" doch noch ihre Kritik anbringen? Wurden sie so lange ausgebuht, bis sie schwiegen? Oder war das Publikum wie "von Sinnen" und hat sich gegenüber jeder Kritik an dem Vortragenden sofort verschlossen gezeigt? Wie hat der

Vortragende, wie hat der Veranstalter auf die Kritik an den Wortmeldungen reagiert?

Es wäre sehr wichtig, auf diese Fragen Antworten zu geben, damit der Leser das Geschriebene nicht selbst mit Vorstellungen flankiert, die mit der Wirklichkeit vor Ort nichts zu tun haben. Doch die Zeitung beantwortet die Fragen nicht. Dem Leser wird so nur ein Blick "ins Trübe" gewährt.

Betrachten wir die Einlassung einer Person, die offensichtlich an dem Vortrag teilgenommen hat. Auf der Webseite "Themen der Zeit" heißt es:

»Einer der Mitverfasser des offenen Briefes, der Pirat Stefan Borggrefe, war persönlich erschienen. Dem Publikum war auch dies ein reichlicher Beifall wert. Zwei Uni-Professoren meldeten sich in der anschließenden Debatte mit kritischen Beiträgen zu Wort, wobei an einer Stelle kurz "gebuht" wurde. Die Headline daraus zu machen: "Umstrittener Historiker-Vortrag - Kritische Professoren wurden ausgebuht", wie die WAZ anschließend getitelt hatte, trifft den Kern der Sache allerdings nicht, denn nachdem ein junger Zuhörer darum gebeten hatte, die Kritiker ungestört zu Wort kommen zu lassen, gab es zwar immer noch sowohl Zustimmungs- als auch Ablehnungsäußerungen, von ausgebuht aber kann allerdings nicht die Rede sein. Für den oberflächlichen Leser, das heißt für dessen

Beeinflussung, dürfte das Ziel der Überschrift jedoch erreicht worden sein: Kritik ist in "umstrittenen" Historikerkreisen nicht erwünscht. «

An dieser Stelle kann der Wahrheitsgehalt der angeführten Aussage nicht bestimmt werden. Trifft es allerdings zu, dass sich an dem "Ausbuhen" nur einige/wenige Teile des Publikums beteiligt haben und dieses nur von kurzer Natur war, dann müsste dem Artikel vorgeworfen werden, dass er sich nahe an der Grenze zur Manipulation bewegt, weil er "Randerscheinungen" unnötig aufspielt, fragwürdig gewichtet und die Grundsätzen journalistischer Fairness, zu der es auch gehört, sorgsam "Vorkommnisse" etc. abzuwägen, missachtet (bzw. hochproblematisch bewertet); dem Leser würde ein stark verzerrtes Bild vermittelt.

Die Überschrift offenbart sehr deutlich, was die Zeitung im Zusammenhang mit dem Auftritt des Vortragenden für wichtig erachtet, welche Akzentuierung sie veranschlagt. Die Tatsache, dass es Kritiker gibt, die sich zu Wort gemeldet haben, genauso die Tatsache, dass das Publikum diese ausgebuht hat, werden offensichtlich als wesentlich zur Erfassung der Veranstaltung angesehen.

Nicht im Vordergrund stehen soll etwa das, was der Vortragende sagt. Nicht im Vordergrund stehen soll etwas das, was andere, dem

Redner zustimmende Teile des Publikums gesagt haben. Nicht im Vordergrund stehen soll etwa die Reaktion des Publikums, das dem Vortragenden applaudierte. Nicht im Vordergrund stehen soll etwa die Motivation der Veranstalter den Historiker einzuladen.

Kurzum: All das, was bei einem Auftritt einer anderen Persönlichkeit, der die Zeitung, sagen wir mal: weniger kritisch begegnen würde, aller Voraussicht nach Bestandteil der Überschrift sein würde, ist es nicht.

Ist die Überschrift nun journalistisch irgendwie "verwerflich"? Nein, das ist sie nicht. Die prominente Erwähnung der Kritiker und die Reaktion des Publikums ist zunächst erst einmal nur: auffallend. Die Kritik muss an einer anderen Stelle ansetzen.

Wenn man sich als Redaktion entscheidet, in einer Überschrift zu erwähnen, dass "kritische Professoren", die sich zu Wort gemeldet haben, "ausgebuht" wurden, dann sollte die Zuschreibung "kritische" auf einem stabilen Fundament stehen.

Was haben die Professoren gesagt, um ein solche Überschrift zu rechtfertigen? Wie gewichtig waren ihre Aussagen, möchte der geneigte Leser, der sich noch nicht mit diesem "umstrittenen Vortrag" auseinandergesetzt hat, sicherlich wissen?

Wir greifen nun für einen Moment in der Analyse voraus und

betrachten, ob in dem Artikel dem Leser aufgezeigt wird, wie die Argumentation der Professoren aussieht. Folgende Stelle findet sich in dem Artikel:

»Allein ein paar Professoren, die privat aus Interesse kamen, melden sich zu Wort, um die "rhetorische Manipulation" und die "Unwissenschaftlichkeit des Vortrags" zu kritisieren.«
WAZ-Artikel

Fehlt da noch etwas? Nein. So sieht die tragfähige Basis aus, auf die in dem Artikel im Zusammenhang mit den angeführten "kritischen Professoren" gebaut wird.

Anmerkung 1:

Zwar taucht im Verlauf des Artikels an einer Stelle inhaltliche Kritik auf, die tatsächlich auch auf "Argumente" setzt - Stichwort: zweifelhafte Quellen -, aber diese wird "Kritikern" zugesprochen, nicht explizit den "Professoren". So darf man als Leser dann raten, wer die inhaltlichen Aussagen getätigt hat: die Professoren, andere "Kritiker? Außerdem: Die "inhaltlichen" Aussagen sind dünn; mit ihnen wird sich im weiteren Verlauf der Analyse auseinandergesetzt.

Anmerkung 2:

> In der gedruckten WAZ ist der hier analysierte Artikel als Aufmacher auf der Zeitungsseite im Innenteil erschienen. Unten auf der Seite finden sich als "Aufsetzer" jeweils zwei kürzere Beiträge zweier Professoren, die sich kritisch gegenüber dem Historiker äußern. In diesen Einlassungen, finden sich dann auch eine Argumentation. (Allerdings: Die veranschlagte Argumentation - nachzulesen hier und hier - wirkt schwach. Auch die beiden Einlassungen der Professoren müssten genau betrachtet werden, was an dieser Stelle aber nicht geleistet werden kann).

Problematisch ist: Sowohl in dem Online-Artikel als auch dem gedruckten Artikel erfolgen die abwertenden Aussagen anonym, sind nicht klar einer Person bzw. einem Namen zuzuordnen. In der gedruckten WAZ findet sich zum Ende des Artikels zwar immerhin der Hinweis: "siehe Gastkommentar unten auf dieser Seite", durch den die Leser auf die weiteren Einlassungen der Professoren aufmerksam gemacht werden (die unten auf der Seite jeweils mit ihrem vollen Namen und Bild angeführt werden), aber dieser Hinweis fehlt in dem hier analysierten Online-Artikel. Online war der Artikel zunächst "isoliert" verfügbar. Erst später wurde ein Link zu einer der Stellungnahmen der Professoren in dem Artikel gesetzt.

Die "Gastkommentare" der Professoren, die eher an einen

Leserbriefs erinnern, waren zudem zunächst ohne Namen der Verfasser online - worauf auch im Forum aufmerksam gemacht wird.)

Diese Aussagen ("rhetorische Manipulation" und die "Unwissenschaftlichkeit des Vortrages") scheinen die "Argumente" zu sein. In dem gesamten Artikel findet sich keine weitere Stellungnahme mehr von den Professoren, die doch immerhin durch die Überschrift quasi in den Status des "Kronzeugen" gegen den Historiker gehoben werden. Wenn an dieser Stelle des Artikels von "rhetorischer Manipulation" und einer "Unwissenschaftlichkeit des Vortrags" die Rede ist, dann müssten zwingend unmittelbar darauf Argumente angeführt werden. Genauso fehlt "die Gegenrede" des Kritisierten.

Eingangs der Analyse wurde bereits darauf hingewiesen, dass im Rahmen dieser Auseinandersetzung mit dem WAZ-Artikel nicht auf das Leserforum eingegangen werden kann. Dies würde den Rahmen der Analyse übersteigen. Beispielhaft wird jedoch auf zwei Kommentare hingewiesen.

Am 31. 10. 15 um 08:03 Uhr hinterlässt ein Leser oder eine Leserin unter dem Namen "fuxmx" folgenden Kommentar:

»Schon wieder ungenügend! Weder haben Sie erwähnt, wer die "kritischen" Professoren sind, noch haben Sie sich die Mühe gemacht

zu erläutern warum Gansers Quellen "zweifelhaft" sind. Erneut ist der Artikel voll von unverschämten Unterstellungen und Behauptungen, die Ganser sowie die Teilnehmer in ein schlechtes Licht rücken sollen. Die komplette Artikelserie zu Ganser in Ihrem Blatt kann nur als Beispiel einer grandiosen journalistischen Fehlleistung dienen.«
fuxmx

Deutlich wird: Der Kommentar ist emotional verfasst, aber, der oder die Leserin erkennt sehr gut, dass der gebotene Journalismus mit gravierenden Mängeln versehen ist.

So reagiert die WAZ (bzw. Der Westen) auf den Kommentar:

»[von Admin entfernt - Bitte versuchen Sie einen sachlichen Ton in Ihren Formulierungen einzuhalten. Beleidigungen tragen nicht zur Sachlichkeit von Kritik bei.«
WAZ

Nun reagieren weitere Leser auf den Kommentar von "fuxmx" und schreiben:

»Und? Möchte(n) sich die Verfasserin des Artikels (oder andere Redaktions- oder Verlagsmitarbeiter) rechtfertigen? Oder sieht man sich durch diesen Kommentar zutreffend bewertet?«
berndz

Und "nachdenken" schreibt:

»Ja, hätte mich auch interessiert, wer denn diese kritischen Professoren waren. Als unbedarfter Leser möchte man solche Sachen ja gerne einordnen.«

nachdenken

Nun kann nicht geklärt werden, wer die Foristen sind, wie sie zu dem Vortragenden stehen, aber auch unabhängig davon, dass es sich dabei möglicherweise um Leser handelt, die den Historiker positiv gegenüberstehen: Ihre Einlassungen sind nachzuvollziehen. Sie verweisen auf Schwachstellen im gebotenen Journalismus, die zu Recht angesprochen werden.

Zurück zur Überschrift

Folgende Überlegung: Angenommen ein Bäcker, ein Taxi-Fahrer oder eine Verkäuferin hätte sich an diesem Abend zu Wort gemeldet, sich vorgestellt und gesagt: "Mein Name ist Hans Schmidt, ich bin Taxi-Fahrer, ich habe mich lange mit der Arbeit von Herrn Ganser auseinandergesetzt und ich bin zu dem Schluss gekommen, dass Herr Ganser unsauber arbeitet."

Würde die Überschrift dann funktionieren? Würde derjenige, der die Überschrift zusammengesetzt hat auch einen Taxi-Fahrer in diesem Fall in der Überschrift erwähnen?

Die Überschrift funktioniert im Grunde genommen nur durch die

Anführung des Wortes "Professoren" (oder wahlweise einer anderen "hochgestellten" Persönlichkeit).

Mit reichlich Schwung bedient sich der Artikel in der Überschrift der Klaviatur des symbolischen und kulturellen Kapitals. Titel, Status, kurz: die Bedeutungstiefe des inkorporierten und objektivierten kulturellen Kapitals bahnt sich ihren Weg. Mehr oder weniger fest verinnerlichte Automatismen, kulturell mehr oder weniger fest verankerte Raster der Wahrnehmung werden beim Leser aktiviert.

Vor Ehrfurcht möge der Leser doch bitte erstarren. Dieser umstrittene Historiker wird nicht etwa vom "einfachen Mann" auf der Straße kritisiert. Nein, es ist die "bildungskulturelle Elite" dieses Landes, ausgestattet mit Reputation und Prestige. Es sind die, die über das Recht zur Rede verfügen. Und nicht nur einer von dieser Sorte kritisiert den Historiker, nein, der Plural vermittelt dem Leser, dass hier gleich mehrere dieser "Respektspersonen" sich zu Wort gemeldet haben. Man lässt dem Leser aber darüber im Unklaren, um wie viele Professoren es sich handelt. Waren es "nur" zwei? Waren es drei? Vier, fünf? Wären es Sechs gewesen, würde man dann schon von einem halben Dutzend reden? Also waren es zwischen zwei und fünf Professoren? Oder doch mehr? Viel mehr?

Man klärt den Leser nicht auf, wie "dick" der Plural tatsächlich ist. Sollten sich, um eine beispielhafte Zahl zu nennen, 20 Professoren

zu Wort gemeldet haben, dann könnte man wohl tatsächlich von einer ziemlich gewichtigen Kritik (eine entsprechende Qualität der Kritik des Vortrags vorausgesetzt) sprechen. Waren es aber "nur" zwei, oder drei, dann sieht die Sache etwas anders aus.

Die Frage ist: Warum klärt das Qualitätsmedium nicht auf? Warum bleibt die Zeitung im Vagen? Ein Journalismus kann identifiziert werden, der etwas Perfides in sich trägt. Der Leser darf nun selbst die Größe dieser unbestimmten "Quantitätsangabe" festlegen und mit einer Zahl versehen. Ob dahinter die Absicht steckt, der Leser möge denken, dass *viele* Professoren hier kritisiert haben?

Erst der Bericht des alternativen Mediums (Themen der Zeit) nennt eine Zahl: *Zwei* Professoren waren es demnach, die "interveniert" haben.

Zum mehrfach verwendeten Begriff "umstritten"

»Der umstrittene Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser hat vor 500 Zuhörern an der Uni gesprochen. Er nutzte die Bühne und das Publikum war dankbar.;;Lead des Artikels«

Der Leser wird mit einem hochproblematischen Einstieg in den Artikel konfrontiert. Zunächst das Offensichtliche. Bereits zum zweiten Mal taucht der Begriff "umstritten" auf. Während dieser in der Überschrift sich noch auf den "Historiker-Vortrag" bezogen hat,

wird er nun dem Vortragenden selbst zugeschrieben, bei dem es sich um den Schweizer Historiker Daniele Ganser handelt.

Vermutlich ginge es zu weit, wenn man hier eine bewusste, absichtliche Wiederholung erkennen würde mit dem Zweck, den Leser zu beeinflussen. Vielleicht wurde der Artikel unter Zeitdruck verfasst. Fest steht aber: Der Begriff findet erneut Verwendung - und natürlich entfaltet ein so stark belastender Begriff auch und insbesondere in der Wiederholung seine Wirkung. Gerade auch deshalb soll der Begriff "umstritten" genauer betrachtet werden.

Wer mit dem Label "umstritten" versehen wird, läuft rasch Gefahr, sich in einer Reihe mit Quacksalbern und Scharlatanen wiederzufinden. Ein alternativer Krebsmediziner, beispielsweise, dem zwar einige oder viele Patienten vertrauen, dem aber "die" Wissenschaft widerspricht, wird als umstritten bezeichnet - oft genug auch zu Recht.

Doch die Verwendung des Wortes "umstritten" ist nicht nur problematisch, weil es klassifiziert. Die Frage muss aufgeworfen werden: Auf welcher Basis lässt sich mit der Kraft des journalistischen Berichtes sagen, dass ein Wissenschaftler umstritten ist?

Ganser wurde von einigen Wissenschaftskollegen kritisch angegangen. Im Internet finden sich kritische Anmerkungen zu

Ganser. Im Vorfeld des Vortrages hat sich "ein Bündnis" in einem offenen Brief gegen den Auftritt des Historikers ausgesprochen.

Reicht diese Basis aus, um einen Vortrag und einen Vortragenden als "umstritten" zu bezeichnen? Auf welcher Basis sollte eine Aussage wie die, dass die Arbeit eines Forschers umstritten ist, stehen? Spielen hier Quantitäten eine Rolle? Ist es die Qualität der Kritik, die einen Journalisten in einem Artikel die Klassifizierung "Umstrittener" benutzen lässt? Oder sind es beide Faktoren? Wenn eine bestimmte Anzahl von Menschen einen Historiker als umstritten bezeichnet und wenn eine fundierte Kritik an dessen Arbeit auszumachen ist, dann darf man ihn wohl als umstritten bezeichnen.

Aber ist das hier überhaupt der Fall? Wie hoch ist die Zahl der Kritisierenden? Wie fundiert ist ihre Kritik? Wird die Kritik jener Kritik gerecht, die ein Historiker, der über einen Doktortitel verfügt und als Wissenschaftler arbeitet, erwarten darf?

Einmal angenommen, die Anzahl der Personen, die Ganser kritisieren, genauso wie deren Kritik reichen aus, um als Journalist ruhigen Gewissens schreiben zu können: Diese Person ist umstritten. Würde es dann immer noch etwas auszusetzen geben an der Verwendung des Wortes umstritten?

Ja.

Nehmen wir einmal an, der Bundespräsident käme an die Uni in Witten. Ist der Bundespräsident umstritten? Natürlich.

Der Vorschlag, Joachim Gauck als Bundespräsident anzuführen, wurde kritisiert. Im Vorfeld der Ernennung und der Wahl gab es Stimmen, die Gauck als Bundespräsident ablehnten. Auch in seiner Amtszeit gibt es Menschen, die mit Gauck als Bundespräsident nicht zufrieden sind - auch Gauck ist: umstritten. Auch Merkel ist umstritten. Obama ist umstritten. Putin ist erst recht: umstritten. Viele Politiker und viele Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen, sind: umstritten. Sie haben Anhänger, sie haben Gegner, Bewunderer und Kritiker.

Auch wenn dies nur eine Vermutung ist: Es darf Zweifel daran angemeldet werden, dass die Westdeutsche Allgemeine Zeitung bzw. das Portal Der Westen beim Auftritt des Bundespräsidenten an der Uni in Witten titeln würde: Umstrittener Bundespräsident hält Vortrag. Warum?

Um diese Frage zu beantworten, muss das Wort umstritten noch etwas näher beleuchtet werden. Dass, wie gerade angesprochen, ein Bundespräsident, Politiker, ja allgemein Menschen, die sich in der Öffentlichkeit bewegen, häufig umstritten sind, ist eine triviale Erkenntnis. Gerade weil diese Menschen oft umstritten sind, ist es aus journalistischer Sicht durchaus nachzuvollziehen, dass man

dieses "Umstrittensein" nicht bei jeder Auseinandersetzung mit einem Politiker etc. anführt. Aber warum gebraucht man das Wörtchen nun bei Ganser?

Wenn Ganser umstritten ist, aber auch ein Bundespräsident etc. umstritten ist, weshalb betont man bei dem Schweizer Forscher dieses "Umstrittensein", während man dies bei Gauck vermutlich nicht tun würde?

Bei Ganser, so darf man schlussfolgern, geht es nicht nur um ein einfaches, allgemeines Umstrittensein. Ganser muss irgendwie auf eine besondere Weise "umstritten" sein. Denken wir noch einmal zurück: Das Wörtchen umstritten findet häufig Anwendung bei einer Auseinandersetzung mit Quacksalbern und Scharlatanen.

Ein erster Verdacht drängt sich auf: Dass in der Überschrift und im Vorspann des Artikels das Wörtchen "Umstrittener" bzw. "Der umstrittene..." verwendet wird, lässt vermuten, dass man Ganser wie folgt wahrnimmt: Als einen "schrägen Vogel", vor dem man die Leserschaft warnen muss.

> Am Rande sei erwähnt: Das Wort "umstritten" würde es verdienen, im Rahmen einer eigenen Untersuchung im Kontext seiner Verwendung in den Medien genauer betrachtet zu werden. Oft wird es gebraucht, wenn

Journalisten in ihrer Berichterstattung über eine Person auch ihre persönliche Antipathien zum Ausdruck bringen wollen. Ein Journalismus, der sich auf die Kraft des Faktischen stützen kann, braucht sich der Zuschreibung "umstritten" nicht zu bedienen. Er kann aufzeigen, warum jemand "umstritten" ist (und lässt dann dem Leser, Zuschauer etc. selbst entscheiden, ob dieser das auch so sieht, ob er die Person, über die berichtet wird, als "umstritten" betrachtet). Es sei denn, man hält den Mediennutzer für so beschränkt, dass er nur versteht, wenn man ihm mit klassifizierenden Adjektiven den Weg weist.

Eine altbekannte Methode kommt zum Vorschein. Durch den Akt der Klassifizierung wird die Wirklichkeit so geformt, wie sie der Klassifizierende sehen möchte. Umstritten *ist* dann mitunter nicht mehr nur der, der *tatsächlich* umstritten ist, sondern derjenige, der von Medien häufig genug als umstritten bezeichnet wird - aus fragwürdigen Gründen.

"Er nutzte die Bühne und das Publikum war dankbar"

Hochproblematisch ist der erste Satz des Leads nicht nur wegen des Begriffs "umstritten". Im Lead verbindet sich ein wertendes mit sachlichen Elementen. Objektiv richtig ist: Ganser ist Historiker, er verfügt über einen Doktortitel und er hat vor 500 Zuhörern an der

Uni gesprochen. Ob Ganser nun umstritten ist, darüber darf man geteilter Ansicht sein. Aber darauf wurde bereits verwiesen. Doch der erste Satz ist im Vergleich zu dem Folgenden geradezu noch "harmlos"

»Er nutzte die Bühne und das Publikum war dankbar.«
Waz-Artikel

Man muss sich diesen Satz in aller Ruhe anschauen, um zu erkennen, mit welch journalistischer Gewalt hier ein negativer Kontext aufgebaut wird.

"Er nutzte die Bühne", heißt es in dem Artikel. Vier einfache Wörter. Und doch kommunizieren sie ein ganzes Bündel an wertenden konnotativen Einlagerungen.

Da ist er also, dieser Vortragende, der doch tatsächlich das tut, was ein Vortragender tun sollte: die Bühne zu nutzen. Es ist sein Auftritt. Welcher Vortragende möchte nicht die ihm zur Verfügung gestellte Bühne nutzen? Nutzt ein Horst Seehofer nicht die Bühne? Nutzt Barack Obama nicht die Bühne? Ähnlich wie in der Überschrift im Zusammenhang mit dem Wort "umstritten", wird hier etwas impliziert, nämlich das Ganser eben nicht die Bühne wie ein "normaler" Vortragender nutzt. So wie Ganser kein "normaler" Umstrittener ist, so ist er auch kein normaler Vortragender. Was heißt das?

Ganser nutzt die Bühne, um das Publikum zu manipulieren. Ganser nutzt die Bühne, um steile Thesen zu verbreiten. Ganser nutzt die Bühne, um sich als "one man show" zu verkaufen. Genau das ist es, was dieser scheinbar so einfache Satz auf der impliziten Ebene wohl kommuniziert. Ganser wird, so darf man den Subtext lesen, als eine Art "Demagoge" wahrgenommen.

Zum zweiten Teil des Satzes:

»"...und das Publikum war dankbar."«
WAZ-Artikel

Und wieder wird das Publikum in dem Artikel "durchgeschüttelt". Ein Publikum wird gezeichnet, dass es wagt, "kritische Professoren" auszubuhen und das gleichzeitig einem "Verführer" der die Bühne nutzt, "dankbar" ist.

Alleine Überschrift und Lead lassen erahnen, dass mit diesem Bericht den Lesern kein Journalismus geboten wird, der informieren will. Man schießt sich, so entsteht der Eindruck, regelrecht auf Ganser mit Worten ein.

"Verschwörungstheoretiker oder kritischer Fragesteller?"

»Verschwörungstheoretiker oder kritischer Fragesteller? Mit dem Vortrag des umstrittenen Schweizer Historikers Daniele Ganser wollte die Universität Witten/Herdecke die Freiheit der Lehre und der

Forschung hochhalten. Doch nach Ansicht von Beobachtern konnte der 43-Jährige den Anforderungen an wissenschaftliche Vorträge nicht gerecht werden. Seine Kritiker wurden allerdings ausgebuht.«
WAZ-Artikel

Der Grundtext des Artikels beginnt mit einer Frage, oder genauer, mit einer rhetorischen Frage: *Verschwörungstheoretiker oder kritischer Fragesteller?*

Wie die Überschrift, wie der Vorspann, so ist auch der Einstieg in den Hauptteil mit schweren Unschärfen versehen. Zunächst zur Frage als solches: Die Frage simuliert - wie so oft bei rhetorischen Fragen dieser Art der Fall - eine gewisse Objektivität des Artikels. Der Leser soll den Eindruck gewinnen, dass hier ein Journalist einen Bericht abliefert, der sich ernsthaft mit der von ihm aufgeworfenen Frage auseinandersetzen wird.

Ruft man sich jedoch in Erinnerung, wie der Artikel bisher aufgebaut ist, liegt die Annahme nahe, dass diese Frage nicht von einem ernsthaften Erkenntnisinteresse angetrieben sein kann, das sich, so weit möglich, frei von Vorurteilen und der eigenen Sichtweise der Frage annimmt und mit ihr auseinandersetzt. Im Grunde genommen - das zeigt die weitere Analyse des Artikels - steht die Antwort auf die Frage bereits fest. Im Grunde genommen wurde der Leser des Artikels bereits "gefangen" genommen.

Überschrift und Vorspann haben ihn "vorbereitet".

Ganser, dieser umstrittene Historiker, der vor einem Publikum steht, die Bühne quasi als "großer Manipulateur" nutzt, der sich vor einem ihm ergebenen und dankbaren Publikum bewegt, das kritische Gelehrte einfach ausbuht, kann schon kein kritischer Fragesteller mehr sein. Sowohl Überschrift als auch Vorspann haben die Antwort auf die Frage bereits vorweg genommen. Ein hoch problematischer Journalismus kommt zum Vorschein, der genau die Schwachstellen aufweist, die oftmals "alternativen" journalistischen Produkten vorgehalten werden, z.B. fehlende Objektivität.

Bei einer genaueren Betrachtung der Frage muss auch das Wort Verschwörungstheoretiker in den Fokus gerückt werden. Der Begriff Verschwörungstheoretiker (genauso wie der Begriff Verschwörungstheorie) ist ein Kampfbegriff. Schon seit vielen Jahren findet ein Wortbesetzungskampf statt, in dem unterschiedliche Gruppen um die Bedeutung des Begriffs ringen.

Ohne an dieser Stelle einen Exkurs zum Ausdruck Verschwörungstheorie anzuführen: Dieser ist im Gebrauch der "mainstreammedialen Öffentlichkeit" durchweg negativ konnotiert. Ein Verschwörungstheoretiker ist, einfach ausgedrückt, ein "Spinner", der nicht in der Lage ist, die Komplexität

gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge zu verstehen. Ein Verschwörungstheoretiker reduziert immer wieder Komplexität, weil er - im Gegensatz zu denen, die wirklich verstehen, wie die Welt funktioniert - keinen Durchblick hat, so die Zuschreibungen.

Eine reflektierter Umgang mit dem schwierigen, da umkämpften Begriff Verschwörungstheoretiker, ist in dem Artikel nicht zu erkennen. Distanzlos wird der negativen Wortbesetzung gefolgt. So wie der Begriff in dem "Bericht" Verwendung findet, dient er als Diskurswaffe, auf die Wissensbestände einer kritischen Erkenntniswissenschaft (z.B.: Verschwörungstheorien als heterodoxe und orthodoxe Konstruktionen von Wirklichkeit) wird nicht zugegriffen. Ein Journalismus wird sichtbar, der unfreiwillig, mehr oder weniger: Satz um Satz, seine eigene Beschränktheit zum Ausdruck bringt. Die Erfassung des Phänomens Verschwörungstheorien erfolgt, so hat es den Eindruck, durch ein in Zement gegossenes Wirklichkeitsverständnis.

Verschwörungstheoretiker oder kritischer Fragesteller?, lautet die Frage. Die Interpretation der Phrase "kritischer Fragesteller", wie sie hier Verwendung findet, ist nicht ganz einfach. Zwei naheliegenden Deutungen sollen aufgezeigt werden. Warum heißt es in dem Artikel nicht: "Verschwörungstheoretiker oder kritischer Wissenschaftler? Warum spricht man "nur" von einem "kritischen Fragesteller"?

Wenn an dieser Stelle des Artikels ein kritischer Fragesteller so verstanden wird, wie er mitunter im Selbstverständnis von "Verschwörungstheoretikern" gebraucht wird, nämlich nach dem Motto: Man stelle ja nur Fragen, dann muss dieser Teil der Frage als negativ betrachtet werden. Dann wäre erneut ein perfider Journalismus zu identifizieren, der in seiner rhetorischen Frage keine echte "Alternativen", keine echten "Unterschiede" anspricht, sondern dem Leser nur die Wahl lässt, Ganser zwischen den Polen negativ und weniger negativ einzuordnen.

Allerdings lässt sich die Phrase "kritischer Fragesteller" auch anders deuten. Die Zuschreibung kritischer Fragesteller kann man auch als positiv konnotiert ansehen. Ein kritischer Fragesteller (z.B. wie die in dem Artikel angeführten "kritischen Professoren") weist auf Schwachstellen einer Argumentation, einer Theorie etc. hin. Eine Gesellschaft braucht geradezu kritische Fragesteller. Wenn nun die Frage gestellt wird, ob Ganser ein Verschwörungstheoretiker oder ein kritischer Fragesteller ist, dann könnte man zu dem Schluss kommen, dass hier ein Gegensatzpaar angeführt wird.

Interpretiert man die Frage auf diese Weise, kann festgestellt werden: Die Frage reduziert Komplexität genauso, wie es im Verständnis der "großen Medien" Verschwörungstheorien vorgeworfen wird.

Die Frage schließt dann die Möglichkeit, dass ein Mensch sowohl Verschwörungstheoretiker als auch ein kritischer Fragesteller (bzw. ein kritischer Wissenschaftler) ist, geradezu kategorisch aus. Und vor allem: Sie schließt aus, dass es sich bei einem Verschwörungstheoretiker und bei einem kritischen Fragesteller gar nicht um ein Gegensatzpaar handeln muss. Können die Begriffe Verschwörungstheoretiker und kritischer Fragesteller nicht beide auch eine positive Bedeutung haben?

Der publizistische Todesstoß

»Mit dem Vortrag des umstrittenen Schweizer Historikers Daniele Ganser wollte die Universität Witten/Herdecke die Freiheit der Lehre und der Forschung hochhalten. Doch nach Ansicht von Beobachtern konnte der 43-Jährige den Anforderungen an wissenschaftliche Vorträge nicht gerecht werden. Seine Kritiker wurden allerdings ausgebuht.«
WAZ-Artikel

Nun taucht der Begriff umstrittenen bereits zum dritten Mal auf. Wurde bei der zweiten Verwendung des Begriffs in dem Artikel noch wohlwollend angemerkt, dass es sich hierbei schlicht um einen stilistischen Fehler/handwerkliche Schwächen handeln könnte, drängt sich nun doch sehr der Verdacht auf das hier nach dem Motto vorgegangen wird: Was oft genug wiederholt wird, setzt

sich irgendwann auch beim Rezipienten im Kopf fest. Anhand des Artikels kann die Analyse zwar nicht abschließend klären, ob es sich hier weiter nur um eine "stilistische Schwäche" handelt, aber: Das dreimalige Wiederholen des Begriffs kurz aufeinander ist sehr auffallend.

Nach all dem, was der Artikel bisher an negativer Kontextualisierung geleistet hat (in gerade mal 10 Zeilen, inklusive der Überschrift) erfolgt nun eine Art publizistischer "Todesstoß".

Ganser, der Historiker, der Wissenschaftler, der immer wieder Vorträge vor mehreren hundert Zuhörern hält, der auf Universitäten referiert, der eine Doktorarbeit geschrieben hat, der seit Jahren in der Forschung tätig ist, soll tatsächlich nicht den Anforderungen an wissenschaftliche Vorträge gerecht werden?

Die Aussage, wonach Ganser "unwissenschaftlich" vorträgt, ist von gewaltiger Tragweite. Sie kann die Reputation eines Wissenschaftlers schwer in Mitleidenschaft ziehen. Was rechtfertigt solch ein Verdikt? Der Artikel baut auf eine "Ansicht von Beobachtern".

An dieser Stelle wäre es - darauf wurde bereits hingewiesen - zwingend notwendig, dass "die Beobachter" mit Namen angeführt werden und der Behauptung unmittelbar Argumente folgen. Der Verweis auf die beiden "Gastkommentare" der Professoren unten

auf der Zeitungsseite erfolgt erst sehr spät in dem Artikel, außerdem, wie bereits erwähnt, wurde der online abrufbare Artikel zunächst nur ohne Verweis auf die Kommentare veröffentlicht. Die Leser mussten auf "anonyme Quellen" vertrauen.

Zur Auseinandersetzung mit der Aussage, wonach Gansers Vortrag nicht wissenschaftlichen Standards genüge, darf die Logik bemüht werden.

Wenn es so sein sollte, dass Gansers Vortrag tatsächlich wissenschaftlichen Standards *nicht* genügt, dann würde das zugleich bedeuten, dass nahezu 500 Besucher (die "kritischen Professoren" einmal außen vor gelassen), von denen viele (so ist zu vermuten) selbst aus dem wissenschaftlichen Umfeld kommen (Studenten, Lehrende), einem Referenten applaudieren, der den Applaus nicht verdient hat. Die Aussage impliziert weiter, dass auch die Dozenten, die Ganser eingeladen haben (und sich gewiss über seine Vorträge im Vorfeld informiert haben dürften) wohl unter einer sehr eigenwilligen Wahrnehmung der Realität leiden müssten.

Man kommuniziert implizit, so kann man es deuten, dass Wissenschaftler, die einen anderen Wissenschaftskollegen zu einem Vortrag eingeladen haben, nicht erkennen, dass sein Vortrag unwissenschaftlich ist oder, noch schlimmer, vielleicht sogar

bewusst der Unwissenschaftlichkeit Vorschub leisten.

»Rund 500 Menschen kamen zu seinem Vortrag "Fakten, Meinungen, Propaganda - Wie mache ich mir selbst ein Bild?" . Ganser präsentierte sich als geschickter Rhetoriker.«
WAZ-Artikel

Wieder vermischen sich objektive Elemente, die in einem Zeitungsbericht erwartet werden, mit subjektiven Zuschreibungen. Die Angabe "500 Menschen" und das Anführen des Titels von Gansers Vortrag, verweisen auf einen nachrichtlichen Artikel.

Auf diesen von Sachlichkeit geprägten Satz, folgt wieder eine subjektive Beschreibung, die auf Gansers Verhalten fokussiert. *Ganser präsentierte sich*, heißt es in dem Artikel. Auch in diesem so harmlos klingenden Satz schwingt ein unterschwelliger Angriff mit.

Wenn davon die Rede ist, dass sich jemand präsentiert, dann ist das oft mit einem negativen Einschlag versehen. Ein Selbstdarsteller präsentiert sich. Einer der Aufmerksamkeit möchte. Einer der sich in Szene setzen möchte.

Eine positive Lesart (im Sinne von: Wie bei einem Vorstellungsgespräch/Job Interview sich eben gut zu präsentieren, sich gut zu verkaufen) wäre auch möglich, darf aber im Hinblick auf den bisherigen Textverlauf und vor allem im Hinblick auf die sich

anschließende zweite Teilaussage des Satzes ausgeschlossen werden.

Ganser, so erfahren wir, "präsentierte" sich "als geschickter Rhetoriker". Zwar wäre auch hier eine positive Lesart möglich. Ein geschickter Rhetoriker zu sein kann sicherlich auch als positive Eigenschaft betrachtet werden (wie die Fähigkeit, sich präsentieren zu können). Aber: So wie Ganser bisher dargestellt wurde, ist nicht davon auszugehen, dass es sich bei den beiden Aussagen um Komplimente handelt.

Ein "umstrittener Historiker", der eine "Bühne nutzt" und "einem dankbaren Publikum" gegenübersteht, bedient sich natürlich einer "geschickten Rhetorik" nur, um seine Irrlehre bestehend aus verdrehten Fakten, schrägen Ansichten, Halbwahrheiten und Unsachlichkeiten zu verbreiten. Die Aussage "präsentierte sich" korrespondiert nahtlos mit dem Lead wo es heißt, dass er "die Bühne nutzte". Sie sind inhaltlich fast identisch. Wieder wird das Stilmittel der Wiederholung sichtbar, wodurch Ganser weiter in ein schlechtes Licht gerückt wird.

»Der Zeithistoriker wusste genau um die scharfe Gratwanderung zwischen kritischen Fragen, die er stellte, und den in der Wissenschaft als unhaltbar geltenden "Verschwörungstheorien", denen eine bestimmte politische Weltanschauung oder Ideologie anhaftet.«

WAZ-Artikel

Zunächst das Offensichtliche: Die Verfasserin muss über die begnadete Gabe verfügen zu wissen, was in einem Menschen vorgeht. Sie weiß, dass Ganser wusste. Das ist bemerkenswert. Nun mag man einwenden, dass eine geschickte Beobachtungsgabe durchaus einer Journalistin, die über eine Veranstaltung berichten soll, einen gewissen Zugang zum möglichen Innenleben des Vortragenden gewährt. Gewiss. Nur: Die Gabe macht sich noch zwei weitere Male in dem Artikel bemerkbar. ("Daniele Ganser gab bei alledem den vordergründig um Deeskalation bemühten Redner", "Zum Schluss dankt ihm der scheinbar überrumpelte Kunsthistoriker David Hornemann von Laer…").

Folgt man dem Begriff Verschwörungstheorien in seiner negativen Konnotation, wäre es eigentlich anzuerkennen, dass ein Wissenschaftler auf einer Bühne vor einem großen Publikum nicht "kritische Fragen" mit "Verschwörungstheorien" vermischt.

Ganser leistet offensichtlich also genau das, was diejenigen, die Verschwörungstheorien "kritisch" betrachten, erwarten: eine Trennung zwischen Verschwörungstheorie und kritischen Fragen. Ganser *wusste* nun, meint die Autorin, und das auch noch *genau* (eine gewisse Arglist, schwingt in dem Wort mit, die Ganser unterschwellig zugeschrieben wird), um die scharfe Gratwanderung

zwischen kritischen Fragen und Verschwörungstheorie.

Verdient diese Fähigkeit, sich auf dem schmalen Grat zwischen kritischen Fragen und Verschwörungstheorien zu bewegen, nicht der Anerkennung? Spricht diese Fähigkeit im Grunde genommen nicht für Ganser? Für seine Wissenschaftlichkeit?

Zumindest darf man das so sehen.

Der Artikel begreift das Verhalten Gansers aber auf eine andere Weise. Das Verhalten von Ganser, sich "genau" auf dem schmalen Grat zwischen kritischen Fragen und Verschwörungstheorien zu bewegen, wird wohl, so liegt es nahe, als besonders hinterhältiger Versuch des "umstrittenen Historikers" gewertet, seine "kruden" Ansichten unter die Menschen zu bringen.

Die Textstelle offenbart: Das "Urteil" über Ganser wurde wohl längst gefällt. Es spielt überhaupt gar keine Rolle, ob er nun "Verschwörungstheorien" vertritt, ein "Verschwörungstheoretiker" ist oder sich nur auf einem schmalen Grat zwischen kritischen Fragen und Verschwörungstheorien bewegt: Der Historiker ist und bleibt in der Wirklichkeit des Artikels ein umstrittener Typ.

Besonders schlimm ist der in diesem Satz zum Vorschein kommende Journalismus auch deshalb, weil er nicht berücksichtigt, dass eines von Gansers Forschungsgebieten die verdeckte

Kriegsführung, die Tiefenpolitik ist. Ein Forschungsgebiet, das sich zwangsläufig auch auf die Ebene von Verschwörungstheorien einlassen muss.

Zeitlich passend zu dieser Analyse veröffentlichte Spiegel Online einen Artikel über die Ermordung des italienischen Regisseurs Pier Paolo Pasolini. Darin wird eine aktuelle Recherche des Buchautors David Grieco angeführt, der davon ausgeht, herausgefunden zu haben, wer Pasolini umgebracht hat. In dem Artikel heißt es:

»Was wie ein wirrer Thriller klingt, ist in weiten Teilen belegt: 1990 bestätigte der damalige Regierungschef Andreotti öffentlich die Existenz der mit CIA-Hilfe gegründeten Organisation Gladio. Die Attentate jener Jahre, zitierte DER SPIEGEL das Fazit einer Untersuchungskommission des Senats im Jahr 2000, "wurden organisiert oder unterstützt von Personen in Institutionen des italienischen Staats und Männern, die mit dem amerikanischen Geheimdienst in Verbindung standen".

Und 2005 legte der Historiker Daniele Ganser eine umfassende Studie über die Verwicklungen von staatlichen Eliten, Terrorismus, Geheimdiensten und Geheimorganisationen im Westeuropa des Kalten Kriegs vor....Die wahren Hintermänner des Verbrechens sieht er in der Führungsriege Italiens, damals angeblich infiltriert vom US-Geheimdienst CIA, dem Nato-Netzwerk Gladio sowie der italienischen Freimaurerloge P2.«

Der Spiegel

Warum nun der Verweis auf diesen Artikelauszug? Er soll verdeutlichen: Die Forschungsarbeit von Ganser ist nicht aus der Luft gegriffen. Und: Nach 40 Jahren besteht die Möglichkeit, dass ein (politischer) Mord an einem italienischen Regisseur auch auf das Konto von Gladio geht.

Einmal ganz allgemein gefragt: Wäre ein Journalismus, der sich so vehement gegen Verschwörungstheorien ausspricht, ein Journalismus, der einen Forscher, dessen Spezialgebiet die Geheimen Armeen der Nato sind, am liebsten wohl vollständig aus dem öffentlichen Diskurs verbannen möchte, in der Lage, sich auf journalistischer Ebene unbefangen mit diesem Verbrechen auseinanderzusetzen?

Legitimitätsdoping

»**...und den in der Wissenschaft als unhaltbar geltenden "Verschwörungstheorien", denen eine bestimmte politische Weltanschauung oder Ideologie anhaftet.**«
WAZ-Artikel

Dieser Teil der Aussage ist geprägt von Komplexitätsreduktion.

...und den in der Wissenschaft als unhaltbar geltenden "Verschwörungstheorien", schreibt die Verfasserin so, als ob diese

Aussage tatsächlich auf die gesamte Wissenschaft zutrifft (man denke nur an verallgemeinernde Aussagen wie: *die* Medien... *die* Politik..., *die* Politiker etc.).

Was hier zum Vorschein kommt ist das bekannte Mittel des "Legitimitätsdopings". Die eigene Sicht (simplifiziert ausgedrückt: Verschwörungstheorien sind zu verachten) wird aufgewertet, in dem man sich entweder auf höhere Werte bezieht (im Namen der Menschlichkeit, im Hinblick auf unser Ethikverständnis etc.), zum Fürsprecher von Personen und Gruppen macht, die Schutzbedürftig sind (Witwen und Waisen) oder aber, wie hier in diesem Falle, in dem die eigene Position in eine direkte Verbindung mit einer Quantität gebracht wird, gegen die kein vernünftiger Mensch ernsthaft andiskutieren wollte. Wenn ich nun gegen Verschwörungstheorien bin und ich zum Ausdruck bringe, dass auch die *gesamte* Wissenschaft Verschwörungstheorien für untragbar hält, dann ist ein maximaler Schutzwall hochgezogen, um Angriffe auf die eigene Argumentation abwehren zu können.

Ein um Differenzierung bemühter Journalismus hätte anstelle einer komplexitätsreduzierenden Behauptung angemerkt, dass Verschwörungstheorien von *Teilen* der Wissenschaft als unhaltbar angesehen werden und Belege dafür angeführt.

Zur zweiten Aussage des Satzes

...denen eine bestimmte politische Weltanschauung oder Ideologie anhaftet, heißt es in dem Artikel. Nun werden die weitreichenden Begrifflichkeiten Weltanschauung und Ideologie angeführt. Problem: Erneut findet keine Einordnung, keine Differenzierung statt. Verschwörungstheorien haftet eine "bestimmte" politische Weltanschauung oder Ideologie an, heißt es in dem Artikel. Wie soll man nun mit dieser "Feststellung" umgehen? Was ist der Wert dieser Aussage?

Interessant wäre es sicherlich für den Leser zu erfahren, wenn Verschwörungstheorien eine "bestimmte" Weltanschauung und Ideologie zu Grunde liegt, welche das denn ist. Doch erneut bleibt der Artikel im Vagen.

Außerdem: Haftet der Aussage, wie sie in dem Artikel angeführt wird, keine bestimmte politische Weltanschauung und Ideologie an? Beruhen die Einschätzungen, Aussagen, "Beobachtungen", die in dem Artikel zu finden sind etwa auf jener freischwebenden Intelligenz, von der der Wissensoziologe Karl Mannheim sprach? Sind diese also völlig frei von allen weltanschaulichen, ideologischen Einflüssen?

Festzustellen ist: Die schwierigen Begriffe Weltanschauung und Ideologie werden angeführt, um den "konspirativ-theoretischen Momenten" in der Gesellschaft einen "negativen Status"

zuzuschreiben.

Der nächste Abschnitt soll aufgrund des Umfangs der Analyse ausgeklammert werden.

»*Im ersten Teil seines Vortrags trägt Ganser Beispiele von US-Kriegspropaganda seit dem Vietnam-Krieg vor. Das berühmte Bild des unbekleideten vietnamesischen Mädchens führt der 43-Jährige ebenso an wie die Thesen über die vermeintliche Existenz von Atomwaffen im Irak, womit der damalige Präsident Bush seine Intervention begründet hatte. Die USA als Supermacht - ein "modernes Imperium", wie Ganser sagt - hätten die Emotionen der Betrachter zugunsten der Kriegstreiberei manipuliert. Alles historisch relativ unstrittig.***«***
WAZ-Artikel

Weiter mit diesem Abschnitt:

»*Doch die Quellen, die der Schweizer anführt, zumeist Blogs wie "MMnews", die Bewegungen wie Pegida befeuern, sowie sein Plädoyer, weniger Tagesschau zu sehen und statt der "Mainstr eam-Medien" mehr "alternative Medien" wie den deutschen Ableger des russischen Staatsfernsehens "Russia Today" zu konsumieren, lassen Kritiker an der Wissenschaftlichkeit seiner Thesen zweifeln.***«***
WAZ-Artikel

Hat Ganser zumeist Blogs wie Mmnews in seinem Vortrag als

Quellen angeführt? Im gesamten Vortrag des Historikers wird Mmnews einmal angeführt. Allerdings: Nicht als Quelle, auf die der Historiker sich stützt, um Informationen zu verbreiten.

Erläuterung: Die meisten Leser dürften das Spiegel-Titelbild "Stoppt Putin" kennen. MMnews hat das Spiegel-Titelbild verändert und mit der Schlagzeile versehen: "Stoppt Spiegel jetzt". Auf eine Anfrage von Telepolis zu dem Vorwurf, er habe zumeist nur Blogs wie Mmnews als Quelle in seinem Vortrag angeführt, sagt Ganser, er habe Mmnews "nur als Bildquelle" genutzt:

»Ich habe nie MMnews gelesen. Aber ich hab über Google eine Suche gemacht "Stoppt Putin jetzt" und dann die Varianten "Stoppt Kriegspropaganda jetzt" als Bild und "Stoppt Spiegel jetzt" wieder als Bild gefunden. Die drei Bilder, also das Original und die zwei mit Fotoshop abgeänderten Cover habe ich dann im Vortrag gezeigt um damit zu unterstreichen: Es läuft ein Informationskrieg, gerade jetzt.«
Daniele Ganser

Wieder kommt ein Journalismus zum Vorschein, der die Wirklichkeit verzerrt.

Um einmal aufzuzeigen, welche Quellen Ganser in seinem Vortrag u.a. angeführt hat: Noam Chosmky (Hegemony of Survival), George Friedman (vom Think Tank STRATFOR), August Hanning (BND-Chef zwischen 1998-2005), Spiegel, Friedrich Ebert Stiftung, Rede des

ehemaligen US-Präsidenten Lyndon Johnson, Archive der NSA, New York Times, Edward Berney (Buch "Propaganda"), Telepolis, DIE ZEIT, Aldous Huxley (britischer Schriftsteller - Brave New World), Süddeutsche Zeitung, Rede von Colin Powell, Frankfurter Allgemeine Zeitung, ZDF "Die Anstalt", CSPAN,

Im Zusammenhang mit seiner Auseinandersetzung zu 9/11 führte Ganser u.a. auch: 911research, AE911Truth, ReThink91, Basler Zeitung, National Institut for Standards and Technology (NIST), Blick, Sonntagszeitung und die Neue Zürcher Zeitung an.

Insgesamt waren (Fehler vorbehalten) in dem Vortrag also vier "alternative Quellen" zu finden. Rechtfertigt dies davon zu sprechen, dass der Vortragende *zumeist* auf Quellen wie MMnews zugegriffen haben?

Von diesem sehr "eigenwilligen" Umgang mit Fakten einmal abgesehen. Hochproblematisch ist auch, wie in dem Abschnitt alternativer Medien betrachtet werden. Auch hierzu müsste man einen Exkurs führen, der an dieser Stelle nicht geleistet werden kann, daher nur kurz: Gerade im Internet sind viele alternative journalistische Formate entstanden. Die Qualität ist gemischt. Sie bewegt sich zwischen ausgezeichnet und miserabel. Falsch wäre es, eine Quelle allein schon aufgrund ihrer Herkunft abzulehnen. Hinter Russia Today steckt der russische Staat. Wer sich

Informationen bedient, die beispielsweise Russia Today verbreitet, muss sich der "speziellen" Hintergründe des Senders bewusst sein. Das gilt allerdings grundsätzlich bei der Rezeption von Medien: Alle Medien, ob sie nun als vertrauenswürdig oder als nicht vertrauenswürdig eingestuft werden, sollten von Mediennutzern mit einem gesunden Maß an Vorsicht und Skepsis betrachtet werden.

Der angeführte Abschnitt lässt darauf schließen, dass "die Kritiker" (wer waren/sind diese Kritiker nochmal? Handelt es sich dabei um die Professoren? Das wird aus dem Artikel nicht deutlich) sich möglicherweise eines vereinfachenden Rezeptionsverständnisses bedienen, wonach Informationen nur aus Quellen genutzt werden sollten, die als "vertrauenswürdig" (was auch immer das dann heißt) eingestuft werden. Doch echte Medienkompetenz geht weiter. Sie vermag es, mit Informationen (und Desinformationen) unabhängig davon, aus welcher Quelle sie stammen, umzugehen, sie kritisch einzuordnen und selbst zu bewerten, ob man auf sie bauen kann. Gerade Historikern darf man durchaus zugestehen, dass sie zur Quellenkritik fähig sind.

Er hat "die Emotionen der Zuhörer fest im Griff"

»Während Ganser die Kriegspropaganda der USA anprangert, blendet er gleichzeitig Fotos ziviler Opfer von Bombenangriffen ein. Der

Schweizer bedient sich derselben Mittel, die er zuvor kritisiert hatte. Dabei hat er die Emotionen der Zuhörer - keineswegs nur Studenten und Professoren - fest im Griff. Er erhält Applaus bei Kritik an den USA und der NATO, erntet Betroffenheit und Entsetzen darüber, dass die Öffentlichkeit von Regierungen fehlinformiert werde.«
WAZ-Artikel

Ist Ganser ein Manipulateur? Zielt Ganser bei seinen Vorträgen darauf, Menschen über Gefühle dazu zu bringen, seiner Sichtweise zu folgen?

Das Einblenden von Bildern, die Emotionen schüren, ist ein beliebtes Mittel zur Manipulation - das steht außer Frage. Aber: Reicht es aus, Ganser hier eine Manipulationsabsicht zu unterstellen (was halb offen, halb verdeckt geschieht)? Hält Ganser tatsächlich einen manipulativen Vortrag?

Wie oft kommen Bilder, die Emotionen hervorrufen in dem Vortrag vor? Spricht alleine die Tatsache, dass diese Bilder angeführt werden für eine im negativsten Sinne "manipulative Absicht" Gansers? Dürfen Bilder dieser Art, wenn Ganser zu dem von in dem Artikel angeführten Thema spricht, nicht gezeigt werden? Können diese Bilder nicht einfach nur einem dokumentarischen Zweck dienen?

Wir sehen: Für das Einblenden der Bilder gibt es mindestens zwei

Erklärungen. Der Artikel geht jedoch offensichtlich davon aus, dass Ganser sich hier die Psychologie zu eigen macht. Andere Lesarten werden nicht einmal erwähnt.

Das Bild von Ganser als jemand, der Menschen, die ihm zuhören, durch fragwürdige Methoden in seinen Bann zieht, wird weiter ausgebaut.

Diese Interpretation wird verstärkt durch die Aussage, Ganser habe die Emotionen der Zuhörer im Griff.

Zum Beginn der Analyse wurde der Verdacht aufgeworfen, dass durch die Phrase "er nutzte die Bühne", dem Leser vermittelt werden soll, Ganser sei ein Manipulateur. Wenn nun zu lesen ist, dass der Historiker die Emotionen der Zuschauer im Griff habe, dann entsteht das Bild einer Art willenlosen Masse, die sich von einem Guru, von einem Führer, Verführer, lenken lässt. Schnell erscheinen Assoziationsketten zum Dritten Reich, zu den Nazis und ihrer üblen Propaganda vor dem geistigen Auge.

Auch der scheinbar sachlich angeführte Verweis, dass bei der Konferenz nicht nur Studenten und Professoren anwesend waren, muss hinterfragt werden.

Die Implikationen sind eindeutig: Auf der Veranstaltung nehmen nicht nur Studenten und Professoren teil, sondern offensichtlich

auch "andere" Menschen, die, wenn sie nicht dem akademischen Feld angehören, wohl aus anderen Klassen und Schichten stammen und, so impliziert es die Aussage weiter, wohl für Manipulation und Verführung viel leichter zugänglich sind.

Kann es sein, dass hier eine doch recht stereotype Wahrnehmung der gesellschaftlichen Klassen und Schichten zum Vorschein kommt? Soll der an politischen Themen interessierten "Frau auf dem Markt", "dem Verkäufer beim Discounter" oder dem "Hausmeister", die sich vielleicht auch zu dem Vortrag eingefunden haben, nicht zugestanden werden, ein politisches Verständnis entwickelt zu haben, das es ihnen erlaubt, politische Themen einzuordnen und einen Vortrag, wie den von Ganser, differenziert bewerten zu können?

Die Frage ist zudem angebracht: Auf welchem Fundament beruht diese eingeschobene Aussage und Feststellung, wonach an diesem Abend nicht nur Studenten und Professoren anwesend waren?

»Auch der zweite Teil seines Vortrags über den 11. September, den er als Anlass für sämtliche darauffolgende Kriege einstuft, stößt bei der Mehrheit auf Zustimmung. Ganser wirft die These auf, dass ein drittes Gebäude des World Trade Centers nicht in weiterer Folge der Anschläge, sondern etwa auch durch bewusste Sprengung hätte einstürzen können. Wer diese Sprengung hätte veranlassen sollen,

dazu sagt der Schweizer nichts. Das Publikum scheint sich die Frage ohnehin nicht zu stellen, weil es die Antwort womöglich schon weiß. Von Weltverschwörung braucht Ganser da gar nicht zu reden. Mahn ahnt es ja: Die Amerikaner und die Massenmedien haben uns fest in der Hand. Widerstand zwecklos?«

WAZ-Artikel

Auch auf diesen Absatz kann aufgrund des Umfangs der Analyse nicht im Detail eingegangen werden. Ein kleiner Teil soll aber dennoch Beachtung finden.

Das Publikum scheint sich die Frage ohnehin nicht zu stellen, heißt es in dem Artikel. Der Satz, so kann man es interpretieren, bringt fast schon eine gewisse Verachtung gegenüber dem Publikum zum Ausdruck. Dieses Publikum, diese 500 Personen, die zu der Veranstaltung gekommen sind, sie scheinen einfach nicht die Welt so (klar) wahrzunehmen, wie so mancher Reporter, der über einen umstrittenen Vortrag berichtet.

Wenn der "umstrittene Historiker" vorne auf der Bühne schon nicht von einer "Weltverschwörung" redet, unterstellt man diesem sehr "speziellen" Publikum ganz einfach, dass man bei ihm gar nicht über eine Weltverschwörung reden muss, schließlich hat es längst auf eine völlig komplexitätsreduzierende Weise die Schuldigen ausgemacht: "die Amerikaner und die Massenmedien."

Ist dem tatsächlich so?

Erneut darf man auf ein Unterlaufen journalistischer Standards hinweisen. Anstatt einer Spekulation ("scheint") und einer Mutmaßung ("womöglich"), die auf das politische Wirklichkeitsverständnis des Publikums abzielt, wäre es angebracht, das Publikum selbst zu Wort kommen zu lassen. Warum werden in dem Artikel nicht zwei, drei Stimmen aus dem Publikum angeführt?

»Allein ein paar Professoren, die privat aus Interesse kamen, melden sich zu Wort, um die "rhetorische Manipulation" und die "Unwissenschaftlichkeit des Vortrags" zu kritisieren. An diesem Punkt aber hatte Ganser längst das Zepter in der Hand. Der wissenschaftliche Dialog ging unter. Die kritischen Professoren wurden vom Publikum ausgebuht. Daniele Ganser gab bei alledem den vordergründig um Deeskalation bemühten Redner. Zum Schluss dankt ihm der scheinbar überrumpelte Kunsthistoriker David Hornemann von Laer, der Ganser eingeladen hatte, für den "interessanten und schönen Vortrag".«
WAZ-Artikel

Ein Teil dieses Abschnitts wurde bereits in der Analyse nach vorne gezogen. Daher sei sich nur auf den noch nicht besprochenen Teil konzentriert.

In diesem Abschnitt lässt der Artikel ein weiteres Bild von Ganser

entstehen, das alles andere als frei von negativen Assoziationen und Implikationen ist. Nun ist Ganser also auch noch jemand, der ein "Zepter" in der Hand hält. Was genau ist noch mal ein Zepter? Wikipedia schreibt dazu:

»Das Zepter…ist ein Teil der Krönungsinsignien. Es ist ein Stab aus wertvollem Metall, meist reich verziert mit Edelsteinen. Es ist das Symbol eines Herrschers eines Reiches und wurde ursprünglich getragen von Kaisern und Königen, später auch von Fürsten.«
Wikipedia

Ein Sprachbild wird gebraucht, das von bitterböser Ironie geprägt ist. Wenn Obama auf einer Bühne steht, hält er dann nicht auch das Zepter in der Hand? Wenn Seehofer auf einer Veranstaltung redet, hält er nicht auch ein Zepter in der Hand? Wenn irgendein mehr oder weniger bekannter Künstler, einen Auftritt hat, sei es in Form einer Lesung, in Form eines Konzertes etc.: Hält er oder sie dann nicht auch das Zepter in der Hand? Anders gesagt: Es ist alles andere als ungewöhnlich, dass jemand, der öffentlich in dieser Form, wie es Ganser tut, auftritt, nicht das Zepter in der Hand hält.

Nahe liegt: Die Phrase "das Zepter in der Hand halten" wird in dem Artikel nicht verwendet, um einen ziemlich normalen Vorgang anzusprechen. Das Zepter wird nur von einem König gehalten. Bei Ganser, so die Implikation, muss es sich um eine Art "König"

handeln, um einen "Herrscher". Doch, natürlich: Er ist kein König. Er hat kein Königreich. Er ist "nur" ein Historiker, der einen Vortrag an der Universität in Witten hält. Bitterböse Ironie entsteht.

Ganser, dieser Verschwörungstheoretiker, der die Bühne nutzt, der sich präsentiert, der die Emotionen der Zuhörer fest im Griff hat, der sich auf einem schmalen Grad bewegt, der mit Arglist vorzugehen scheint, spielt sich nun auch noch als eine Art "König" auf.

Zur letzten Aussage dieses Abschnitts:

»**Zum Schluss dankt ihm der scheinbar überrumpelte Kunsthistoriker David Hornemann von Laer, der Ganser eingeladen hatte, für den "interessanten und schönen Vortrag".**«
WAZ-Artikel

Das Bild einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Veranstaltung wird durch diese Aussage noch hochauflösender. Nun fühlte sich selbst der Veranstalter durch Ganser und dessen Vortrag: "überrumpelt". Oder, um die Aussage korrekt wiederzugeben: "scheinbar überrumpelt".

Der aufmerksame Leser stellt sich an der Stelle wohl nun die Frage: War Hornemann von Laer nur "scheinbar" überrumpelt oder war er es tatsächlich? Der weniger aufmerksame Leser liest vermutlich

nur, dass der Veranstalter "überrumpelt" war, das "scheinbar" lässt sich schnell überlesen.

Wieder gelingt es dem Artikel nicht, die Fakten, die realen Verhältnisse, klar und deutlich wiederzugeben.

Wenn Hornemann von Laer sich überrumpelt gefühlt hat, dann wäre das doch für die Leser hoch interessant. Warum fühlte sich Hornemann von Laer überrumpelt? Hat Ganser etwa etwas vorgetragen, was nun auch dazu führt, dass selbst der Veranstalter sich von dem Auftritt des Historikers distanziert? Hat der Veranstalter möglicherweise den Auftritt falsch eingeschätzt?

Hier könnte ein Journalismus, der nicht skandalisieren will, sondern um Faktizität bemüht ist, punkten. Wo ist das Gespräch mit dem Veranstalter? Wo ist die Stellungnahme nach der Veranstaltung? Was führt Hornemann von Laer dazu, sich (scheinbar) überrumpelt zu fühlen und den Abend (so impliziert es die Textstelle) verlegen mit einer dünnen Phrase (interessanten und schönen Vortrag) abzuschließen?

Auch an dieser Stelle sei noch einmal die Logik bemüht. Wie schon weiter oben geschrieben: Der Veranstalter dürfte sich, bevor die Einladung an Ganser erfolgte, über ihn, seine Arbeit, seine Art vorzutragen genauso wie über die Inhalte seiner Vorträge informiert haben. Aus welchem Grund sollte der Veranstalter sich

also "überrumpelt" gefühlt haben? Und: Warum, um die Frage nochmal aufzuwerfen, zeigt der Artikel den Lesern nicht auf, was die Gründe dafür sind, das Hornemann von Laer sich überrumpelt gefühlt hat?

Auf Nachfrage von Telepolis merkte Hornemann von Laer an: "Ich war weder überrumpelt, noch bin ich mir sicher, dass ich das so gesagt habe..."

»Stattdessen nutzen andere Initiativen den Vortrag gegen Ende für Werbung: Sie verteilen Flyer für die zweite Ausgabe des "Alternativen Wissenskongresses". Eben jene Veranstaltung, die im März im Saalbau stattgefunden hatte und von der sich die AfD-Spitze eilig distanziert hatte. Damals protestierten Hunderte vor dem Saalbau. Redner bei der zweiten Veranstaltung im Februar in Iserlohn soll übrigens kein anderer als eben Daniele Ganser sein.«
WAZ-Artikel

Im letzten Teil des Artikels wird auf "andere Initiativen", die für einen "Alternativen Wissenskongress" Werbung machen, verwiesen. Der Leser wird jedoch darüber im Unklaren gelassen, um welche "Initiativen" es sich handelt. Der Leser erfährt nur, dass diese "Initiativen" "Flyer" für "die zweite Ausgabe des Alternativen Wissenskongress" verteilen. Eine Veranstaltung, die in Witten im Saalbau stattgefunden haben muss, und von der sich die AfD-

Spitzen distanziert haben - und zwar eilig.

Das mit dieser Veranstaltung etwas nicht zu stimmen scheint, wird mehr oder weniger offen kommuniziert, nur: Warum stimmt mit dieser Veranstaltung etwas nicht? Der Leser erfährt lediglich, dass auch Ganser als Redner bei dieser zweiten Veranstaltung dabei sein wird.

Eine kleine Recherche zeigt, dass die WAZ mehrere Artikel über den ersten "Alternativen Wissenskongress" veröffentlicht hat. Aus ihnen ergibt sich, wo das Problem liegt:

»Wie berichtet, hatte zunächst die AfD den umstrittenen Kongress geplant, zu dem angebliche Verschwörungstheoretiker und Rechtspopulisten eingeladen wurden. Inzwischen ist die AfD offiziell ausgestiegen, zu den Initiatoren sollen aber weiterhin Mitglieder aus den Reihen der "Alternative für Deutschland" gehören.«
WAZ

Man muss weiter recherchieren, um zu erfahren, dass Ganser bei der Veranstaltung zu dem Thema "NATO - Friedensbündnis oder Angriffspakt?" referieren wollte (mittlerweile hat er den Besuch abgesagt).

Interessant wäre es für den Leser zu erfahren, warum der Kongress, wie es die WAZ schreibt, einen rechtspopulistischen

Einschlag hat. Und: Wenn dem so ist: Warum nimmt Ganser an der Veranstaltung teil? Was sind seine Beweggründe? Wusste er nicht, wer bei dem Kongress auftritt? Hat er sich nicht genau darüber informiert, wer die Veranstalter sind? Oder: Wusste er, dass der Kongress "problematisch" ist? Und wenn er das wusste: Warum hat er sich dennoch zunächst entschieden, daran teilzunehmen?

Auch hier wäre es angebracht, dem Leser Klarheit zu verschaffen. Ein Interview mit dem Kritisierten dürfte wohl die optimale journalistische Form sein, um ihn mit kritischen Fragen zu konfrontieren. Doch erneut versäumt die Zeitung es, darzustellen, aufzuzeigen, zu informieren, Hintergründe anzuführen, um so der Leserschaft ihre eigenen Schlüsse zu ermöglichen. Ein Journalismus kommt stattdessen zum Vorschein, von dem man annehmen könnte, er wolle die Leser bevormunden.

Zusammenfassung der Analyse

In dem "Bericht" fällt negativ auf:

1. Das Anführen anonymer Quellen ("...nach Ansicht von Beobachtern...", "...lassen Kritiker...", "...ein paar Professoren melden sich zu Wort..."), die herabwürdigende Aussagen tätigen dürfen (. "..der 43-Jährige den Anforderungen an wissenschaftliche Vorträge nicht gerecht werden...", "...lassen Kritiker an der Wissenschaftlichkeit seiner Thesen zweifeln...", "...um die "rhetorische Manipulation" und die

"Unwissenschaftlichkeit des Vortrags" zu kritisieren...").
2. Die Zeitung lässt den Kritisierten in dem Artikel nicht zu Wort kommen.
3. Die Zeitung lässt die Veranstalter in dem Artikel nicht zu Wort kommen (Anmerkung: Die Zeitung ist auf den offenen Brief des Veranstalters in einem zuvor erschienenen Artikel eingegangen. Allerdings: Man kann nicht erwarten, dass die Leser die gesamte Berichterstattung verfolgen).
4. Die Zeitung lässt das Publikum nicht zu Wort kommen.
5. Ein sehr eigenwilliger Umgang mit der Realität (Stichworte: zumeist Mmnews, Hornemann von Laer fühlt sich scheinbar überrumpelt)
6. Verwendung problematischer Klassifizierungen ("umstritten", "kritisch"). - Einsatz von Diskurswaffen (Kampfbegriffe Verschwörungstheoretiker, Verschwörungstheorie werden angeführt, eine sachliche und fundierte Einordnung der schwierigen Begriffe findet nicht statt).
7. Undifferenzierte Verwendung der politisch aufgeladenen Begriffe Weltanschauung und Ideologie.
8. Kontextuelle Informationen werden dem Leser nicht vermittelt (Worauf beruht Gansers Reputation? Seine Grundlagenforschung zu Gladio und Staatsterrorismus wird nicht erwähnt).
9. Ein Journalismus mit Suggestivkraft kommt zum Vorschein, der sich nahe an der Schwelle zur Manipulation bewegt (dreimalige Wiederholung des Begriffs "umstritten", Gebrauch konnotativ negativ aufgeladener Sprachbilder z.B. "hatte Ganser längst das Zepter in der Hand").
10. Stark wertende und zugleich negative Darstellung der kritisierten Person ("Er nutzte die Bühne", "Verschwörungstheoretiker?", "Ganser präsentierte sich als geschickter Rhetoriker", "[Ganser] bedient sich Mittel, die er zuvor kritisiert hat", "..hat er die

Emotionen seiner Zuschauer fest im Griff", "rhetorische Manipulation", "Unwissenschaftlichkeit des Vortrags", "hatte Ganser längst das Zepter in der Hand", Ganser als eine Person, die den Kunsthistoriker David Hornemann überrumpelt hat, Ganser als Person, die an einer obskuren Veranstaltung teilnimmt).

11. Negative Darstellung des Publikums (dankbares Publikum, Publikum buht Kritiker aus, Publikum lässt zu, dass der Vortragende seine Emotionen im Griff hat, Erwähnung, dass das Publikum nicht nur aus Studenten und Professoren besteht, Publikum das nicht zur differenzierten Betrachtung fähig ist, Publikum scheint davon überzeugt, dass die Amerikaner und die Massenmedien "uns fest in der Hand" haben).

"Im Nachrichtengeschäft geht es um Interessen, nicht um Wahrheit"

Der Zeithistoriker Kurt Gritsch zum Krieg in Syrien und über die Rolle der Medien

Kurt Gritsch, Historiker, Konflikt- und Migrationsforscher, beobachtet und analysiert seit Jahren die Berichterstattung großer Medien in Sachen Krieg. Im Interview mit Telepolis verweist er auf die Schwächen der Berichterstattung und stellt fest, dass Medien weit entfernt von einem neutralen Journalismus sind, wenn es um Themen wie zum Beispiel Syrien geht. Gritsch, der Projektmitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck ist und als Gymnasiallehrer arbeitet, erklärt im Interview außerdem, wie es zur Eskalation in Syrien kommen konnte und wirft einen kritischen Blick auf die Rolle Deutschlands im Hinblick auf seine Beteiligung an Einsätzen im Ausland. Die Entscheidung, Tornados nach Syrien zu entsenden, hält der in der Schweiz lebende Südtiroler für "weder ethisch vertretbar noch völkerrechtlich abgesichert noch von realpolitischem Nutzen".

▶ Herr Gritsch, Sie setzen sich als Zeithistoriker mit dem Thema Krieg auseinander. Was beobachten Sie in Syrien?

Kurt Gritsch: Syrien ist nach Libyen ein weiterer tragischer Fall im Kontext des "Arabischen Frühlings", bei dem die Hoffnung auf mehr Freiheit von der Realität eines Bürgerkrieges zerstört wurde. Inzwischen geht es um die Neuordnung der gesamten Region einschließlich des Irak im Interesse internationaler wie regionaler Mächte. Um ein neues Sykes-Picot-Abkomme sozusagen, nur diesmal unter Einschluss der regionalen sunnitischen und schiitischen Mächte.

▶ Wie ordnen Sie das, was in Syrien passiert, ein?

Kurt Gritsch: Einerseits geht es um innersyrische Machtkämpfe, andererseits wurde und wird der Krieg durch den Einfluss von außen eskaliert. Im innerstaatlichen Kontext gab es zu Beginn des Jahres 2011 Demonstrationen, die im Zeichen des "Arabischen Frühlings" standen. Viele waren mit dem Regime von Präsident Baschar al-Assad unzufrieden. Es gab Forderungen nach mehr politischen Freiheiten, die Demonstranten prangerten Korruption und Misswirtschaft an. Die Triebfeder waren sozioökonomische Motive, also sowohl Kritik an staatlicher Kontrolle als auch Misswirtschaft und Arbeitslosigkeit.

▶ Und dann? Wie ging es weiter?

Kurt Gritsch: Der Beginn der Demonstrationen verlief friedlich. Und das Regime hat auch darauf reagiert, wenngleich nicht mit sehr weit reichenden Maßnahmen. Aber es gab einen Ansatz von

Reformen, und es wurde im April 2011 zum Beispiel der seit 1963 geltende Ausnahmezustand aufgehoben.

Die syrische Opposition reagierte gespalten. Während ein Teil die Reformen begrüßte, forderten andere von Beginn an den Rücktritt von Assad. Zu nennen ist hier vor allem die Muslim-Bruderschaft. Diese steht in Feindschaft zur säkularen panarabischen Baath-Partei, deren Generalsekretär Baschar al-Assad im Jahr 2000 als Nachfolger seines Vaters Hafiz al-Assad wurde. Die Baath-Partei hatte sich 1963 an die Macht geputscht. Und seit damals ist die Muslim-Bruderschaft in Syrien verboten.

1982 gab es das Massaker von Hama, bei dem mehrere Tausend Menschen von Regierungskräften getötet wurden. Zuvor hatte die Muslim-Bruderschaft einen islamistischen Aufstand versucht und zahlreiche Anschläge verübt.

▶ Wie konnte der Konflikt dann aber so eskalieren?

Kurt Gritsch: Da spielt nun eben der internationale Kontext eine Rolle. EU und USA haben mit Beginn der Protestdemonstrationen in Syrien sofort reagiert und den Rücktritt von Präsident Assad gefordert. Bis heute wird ein Kompromiss mit der Forderung nach Machtverzicht von Assad verbunden. Die vom damaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy anfangs 2012 initiierte Gruppe der "Freunde Syriens" arbeitete auf den Sturz Assads hin. Mitglieder dieser Gruppe waren bzw. sind u.a. die USA,

GB, Deutschland, Frankreich, die Türkei, Saudi-Arabien, Jordanien, Katar oder die Vereinigten Arabischen Emirate.

▶ Also alles Staaten, die durchaus ein Interesse an einem Regime-Change in Syrien haben, oder?

Kurt Gritsch: So ist es. Diese Staaten haben schon länger indirekt oder direkt - siehe USA - auf einen Regime-Change in Syrien hingearbeitet. Und zugleich bildeten sich im Land paramilitärische Verbände wie die Freie Syrische Armee, die Al-Qaida-nahe Al-Nusra-Brigade oder der IS. Diese Gruppen wurden und werden von verschiedenen Staaten der "Freunde Syriens" militärisch und/oder finanziell unterstützt.

Wandel in der Berichterstattung über den Syrien-Konflikt

▶ Wie nehmen Sie die Berichterstattung der Presse zu Syrien war? Findet eine umfassende Berichterstattung statt?

Kurt Gritsch: Es gibt einen Wandel in der Berichterstattung, den ich feststelle. Zwischen 2011 und 2013 dominierte in Deutschland jener Diskurs, der die Verantwortung für die Eskalation in Syrien ausschließlich dem Regime zuschrieb. Assad habe auf friedliche Demonstranten schießen lassen, Frieden könne es nur nach seinem Sturz geben. Seitdem der IS stärker ins Bewusstsein gerückt ist, hat sich dieser Diskurs geändert.

▶ Worauf beruhen Ihre Beobachtungen?

Kurt Gritsch: Ich untersuche die deutsche, aber auch die internationale Berichterstattung seit Beginn des Konflikts. Im April 2012 habe ich eine Fallstudie erstellt, bei der ich die Syrien-Berichterstattung von ZEIT, FAZ und ARD-Tagesschau über einen Monat hinweg untersucht habe. [2] Ich habe die Ergebnisse dann mit meiner Untersuchung der Berichterstattung der englischsprachigen Ausgabe von Al Jazeera und mit jener von Ria Novosti (jetzt Sputniknews.com) verglichen. [3]

▶ Zu welchen Ergebnissen sind sie gelangt?

Kurt Gritsch: Die ZEIT gehörte zu vehementen Befürwortern einer militärischen Intervention in Syrien zum Sturz von Präsident Assad. Das war wenig überraschend, da das Wochenblatt ja seit dem Ende des Kalten Krieges in zahlreichen großen Konflikten eine pro-interventionistische Linie vertreten hat. Das mag auch damit zusammenhängen, dass Josef Joffe als Herausgeber enge Kontakte zu transatlantischen Think-Tanks pflegt, wie Uwe Krüger in seinem Buch "Meinungsmacht" nachgewiesen hat. Und die Antwort solcher Think-Tanks auf internationale Krisen ist ja meist, wie es Claus von Wagner in der "Anstalt" trefflich formuliert hat, "mehr Rüstung, mehr NATO".

▶ Haben die übrigen untersuchten Medien ähnlich einseitig berichtet?

Kurt Gritsch: Die FAZ hat ebenfalls lange den Interventions-Diskurs

unterstützt. Einzig in den Beiträgen von Jürgen Todenhöfer wurde ein komplett anderer Ansatz thematisiert. Wobei man sagen muss, dass die einseitigsten Artikel, also auch journalistisch fragwürdige Arbeiten, weil z.B. nur eine oder gar keine Quelle genannt wurde, in beiden Zeitungen die internationalen Agentur-Meldungen waren. Die ARD-Tagesschau wiederum hat zwar ebenfalls den Anti-Assad-Diskurs bedient, zugleich aber wiederholt darauf hingewiesen, dass die Herkunft bestimmter Quellen nicht überprüfbar sei.

▶ Der Verweis auf eine schwierige Quellenlage sollte selbstverständlich sein.

Kurt Gritsch: Ja, da haben Sie natürlich Recht. Aber wenn ich die Syrien-Berichterstattung der deutschen Leitmedien mit ihrer Kosovo-Berichterstattung vergleiche, dann komme ich nicht umhin festzustellen, dass die Syrien-Berichterstattung weniger Verstöße gegen die journalistische Sorgfaltspflicht aufweist. Auch wenn sie noch weit entfernt von neutraler Berichterstattung war. Von Friedensjournalismus, wie ihn der norwegische Friedensforscher Johan Galtung konzipiert hat, ganz zu schweigen.

▶ Also Licht und Schatten bei der Berichterstattung?

Kurt Gritsch: So kann man es zusammenfassen. Unter anderem auch deshalb sehe ich die Verwendung des Begriffs "Lügenpresse" als problematisch an.

▶ Wo liegt das Problem bei dem Begriff?

Kurt Gritsch: Er suggeriert u.a., dass so etwas wie Wahrheit oder Lüge bei einer bestimmten Seite verortet werden könne. Dabei geht es um ein Geschäft. Das Nachrichtengeschäft ist unterwandert von PR-Aktivitäten. Im Nachrichtengeschäft geht es um Interessen, nicht um Wahrheit oder Wahrhaftigkeit. Und Journalisten sind dabei selbst oft Opfer von Täuschungen und Manipulationen.

So war die Syrien-Berichterstattung in der Ria Novosti beispielsweise keineswegs sachlicher oder neutraler. Dort wurde einfach im Interesse der russischen Regierung eine Art Gegen-Bild dargestellt. Will heißen: Böse Rebellen, böses Ausland, Assad verteidigt sich nur. Auch das greift zu kurz. Als Korrektiv zur Darstellung der Leitmedien war aber diese Sichtweise wieder recht brauchbar.

▶ Als "alternative Quelle" gibt es auch noch Al Jazeera. Was halten Sie davon?

Kurt Gritsch: Dort wurde ebenfalls Politik mittels Nachrichtenberichterstattung betrieben. Das war für viele Journalisten ungewohnt, weil die Chefs aus Katar den Sender lange Zeit relativ frei hatten gewähren lassen.

Katar befürwortete den Regime-Change in Syrien. Also unterstützte Al Jazeera den Anti-Assad-Diskurs. Der Diktator lasse auf seine eigenen unbewaffneten Bürger schießen. Was nicht ins Bild passte, wurde einfach nicht gesendet. So hatte der Ex-BBC-Kriegsreporter

Ali Hashem, inzwischen bei Al Jazeera, im Mai 2011 bewaffnete Männer, Syrer und Libanesen, gefilmt, die Waffen vom Libanon aus nach Syrien brachten. Während also die Militarisierung der ursprünglich friedlichen Proteste in Syrien durch Waffenschmuggel aus dem Ausland bereits im Mai 2011 dokumentiert war, hielt Al Jazeera am einseitigen Bild einer angeblich friedlichen Revolution, welche von den Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen werde, fest.

Deutschland hat sich nach 1990 in atemberaubendem Tempo zu einer Krieg führenden Macht entwickelt

▶ Nun hat Deutschland Tornados nach Syrien geschickt. Was halten Sie von der Entscheidung?

Kurt Gritsch: Sie ist weder ethisch vertretbar noch völkerrechtlich abgesichert noch von realpolitischem Nutzen, im Gegenteil. Darauf hat vor wenigen Wochen sogar ein Gast-Kommentar in der ZEIT hingewiesen.

Wenn deutsche Tornados über Syrien eingesetzt werden, weil in Frankreich terroristische Anschläge von einer nach offiziellen Angaben internationalen Täterschaft durchgeführt wurden, dann kann ich mit einer solch schwammigen Begründung von angeblicher Beistandspflicht prinzipiell weltweit Krieg führen. Und zugleich hat der Kampf des US-Militärs seit 9/11 verdeutlicht, dass Terrorismus durch Krieg nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar

noch gestärkt wird. Heute haben wir hundertfach mehr Terroristen weltweit als vor 15 Jahren.

▶ Der Bundestag hat den Einsatz schnell beschlossen. Vor nicht allzu langer Zeit wäre das so noch undenkbar gewesen.

Kurt Gritsch: Naja, das hängt davon ab, wie man das definiert. Wenn man sich anschaut, welche Debatte zum Beispiel noch dem deutschen Kriegseinsatz im Kosovo 1999 vorausgegangen ist, dann ja. Andererseits hat sich Deutschland seit der sogenannten Wiedervereinigung in einem Tempo zu einer Krieg führenden Macht entwickelt, das atemberaubend ist.

▶ Was ist da passiert? Wie konnte es dazu kommen?

Kurt Gritsch: Entscheidend waren die 1990er Jahre und die Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Da hat die Bundeswehr ihre Chance gesehen, wieder international tätig zu werden. Seit der Gründung der BRD war sie ja ausschließlich auf Verteidigung konzipiert gewesen. Selbst eine Teilnahme an internationalen Peace-keeping-Einsätzen unter UN-Mandat war ursprünglich nicht vorgesehen. Nach ersten kleinen Einsätzen im Rahmen der UN zu Beginn der 1990er Jahre wurde dann der Jugoslawien-Diskurs durch die Zuspitzung der Darstellung auf "eingreifen oder zuschauen" zum Wendepunkt.

▶ Wie ging es weiter?

Kurt Gritsch: Nachdem SPD und Grüne als Oppositionelle noch

gegen eine deutsche Beteiligung an einer - wohl gemerkt unter UN-Mandat stehenden - friedenserhaltenden Operation im ehemaligen Jugoslawien waren, brachte der sogenannte Kosovo-Krieg die Wende. Dort gelang einer Linksregierung aus SPD und Grüne, was CDU und FDP wohl kaum jemals geschafft hätten: Deutschland in einen Krieg zu führen, der ohne UN-Mandat stattfand und damit völkerrechtlich als Angriffskrieg definiert war.

▶ Mit welchen Folgen?

Kurt Gritsch: .Schröder und Fischer führten ihren Krieg aus transatlantischer Solidarität, aber auch aus Eigeninteresse: Die Bundeswehr wurde ein "normaler" Partner innerhalb der NATO. Seit 1999 führt Deutschland weltweit Kriege. Der Out-of-area-Einsatz der Bundeswehr wird nicht mehr prinzipiell in Frage gestellt.

Die Begründung für die Kriegsbeteiligung im Rahmen der NATO-Operation "Allied Force" war eine moralische. Man behauptete, man wolle durch den Einsatz "ein neues Auschwitz" (Joschka Fischer) verhindern. Doch weder die UNO noch die OSZE teilten diese Sicht, ja nicht einmal die Nachrichtenoffiziere des Bundesverteidigungsministeriums vermochten diese Behauptung mit Fakten zu untermauern

▶ Gehen wir nochmal auf die Medien ein. Wie haben sich aus Ihrer Sicht die Medien bei dieser Entwicklung verhalten?

Kurt Gritsch: In der Kosovo-Berichterstattung haben die deutschen Leitmedien über Monate hinweg den Kriegs-Diskurs unterstützt. Ich habe die Berichterstattung von FAZ, Süddeutsche, taz, ZEIT und Spiegel über viele Monate hinweg analysiert, und alle untersuchten Medien haben den Kosovo-Konflikt im Großen und Ganzen simplifiziert dargestellt. [4]

Anstatt von einem Bürgerkrieg zwischen der paramilitärischen UÇK und serbischen Anti-Terror-Einheiten zu sprechen, wurde das Bild des bösen Diktators Milošević strapaziert, der die armen Albaner unterdrücken lasse. Es gab brutale serbische Aktionen im Kosovo, es gab Massaker, ja. Aber es war kein potentieller neuer Holocaust, wie deutsche Politiker (Scharping, Fischer) behaupteten. Die UÇK hatte zwischen 1996 und 1998 sogar mehr Albaner als Serben getötet, um die Stimmung nationalistisch aufzuheizen.

Kriege werden seit mehreren Jahrzehnten wie Produkte vermarktet

▶ Gibt es in der Berichterstattung ein Beispiel, das, im negativen Sinne, besonders herausragt?

Kurt Gritsch: Die Berichterstattung über das angebliche Massaker von Račak vom 16. Januar 1999 stellt bis heute ein beeindruckendes Beispiel journalistischen Versagens dar. Die deutschen Leitmedien sind damals ihrer Rolle als Kontrolle der Macht nicht nachgekommen. Die NATO wollte sich vom Verteidigungsbündnis

zum Interventionsbündnis wandeln, und Deutschland wollte mit dabei sein. Diese Interessen der Regierenden wurden ignoriert, und anstatt die Kriegsdynamik der NATO zu hinterfragen, wurde Milošević als "neuer Hitler" dämonisiert.

▶ Gibt es weitere Beispiele?

Kurt Gritsch: Ja, schon im Rahmen des Holbrooke- Milošević-Abkommens im Oktober 1998 schrieb die ZEIT (und andere Leitmedien) davon, dass Deutschland bei einer NATO-Operation gegen Serbien seiner Bündnispflicht nachkommen müsse. Diskutiert wurde gar nicht mehr, ob deutsche Soldaten im Ausland töten sollten oder ob es dafür überhaupt einen echten Kriegsgrund gab. Diskutiert wurde nur noch, ob dies nur mit oder auch ohne UN-Mandat geschehen könne.

▶ Welche Antriebe liegen dieser Berichterstattung zu Grunde?

Kurt Gritsch: Das sind mehrere. Folgt man der Indexing-Hypothese, dann bilden die Leitmedien ja im Wesentlichen den parlamentarischen Konsens oder Dissens zu einem Thema ab. Und im Fall Kosovo waren alle Parteien mit Ausnahme der PDS für einen deutschen Kriegseinsatz.

Tatsächlich haben auch nur Neues Deutschland, Junge Welt, Konkret oder Freitag von Anfang an gegen den NATO-Militärschlag mit Fakten argumentiert. Ein weiterer Grund liegt in den persönlichen Verquickungen zwischen Journalisten und der NATO.

Uwe Krügers "Meinungsmacht" habe ich ja schon erwähnt. Wichtige Journalisten - Herausgeber, Ressortleiter etc. - sitzen in NATO-nahen transatlantischen Thinktanks wie der Atlantikbrücke, The German Marshall-Fund of the United States oder dem Aspen Institute. Hier gibt es offensichtlich Interessenüberschneidungen.

Und dann haben wir noch einen dritten Punkt, und zwar die professionelle PR. Kriege werden seit mehreren Jahrzehnten wie Produkte vermarktet. Auch hier sollen Kunden erreicht werden. Wir sollen nur statt Produkte eine Meinung kaufen bzw. übernehmen. Die PR-Industrie (z.B. Hill & Knowlton, Ruder Finn) vermarktet einen Krieg oder Konflikt im Auftrag ihres Kunden. Das Ziel ist es, die Zustimmung der Bürger zu bestimmten Ereignissen (Auslandseinsätze etc.) zu erreichen.

▶ Worauf sollten Mediennutzer, die die Nachrichten über Kriege und Konflikte verfolgen, achten, um keiner Propaganda auf den Leim zu gehen?

Kurt Gritsch: Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten. Wir sind nicht wie das Kaninchen vor der Schlange. Wie schon die Römer wussten: Audiatur et altera pars. Sich also andere Quellen anzuhören, alternative Quellen zu nutzen. Das heißt aber nicht, dass man dann glauben darf, zum Beispiel Russia Today würde einem nun die Wahrheit erzählen. Da muss ich genauso skeptisch sein wie bei unseren Leitmedien.

Womit ich beim zweiten Punkt wäre: Cui bono? Wem nützt es? Wenn ich mich bei Friedensforschern informiere, kriege ich zum Beispiel einen erweiterten Blickpunkt auf Konflikte, der eine nicht-militärische Herangehensweise in den Mittelpunkt rückt. Und zu guter Letzt sollten wir unsere Kritikfähigkeit nutzen und uns immer fragen: Wer will, dass ich etwas so oder anders glaube? Wer hat einen Nutzen davon? Und: Kann das so oder so überhaupt sein?

▶ Wenn heutzutage jemand Fragen wie "Cui bono?" stellt, auf Interessen, auf konkret handelnde Akteure verweist, ist schnell der Vorwurf der Verschwörungstheorie auf dem Tisch.

Kurt Gritsch: Da muss man unterscheiden. Wenn jemand pauschal alles ablehnt, was von denLeitmedien kommt und diese als "Lügenpresse" abtut, um gleichzeitig einer anderen Informationsquelle unreflektiert zu vertrauen, dann ist die Übernahme einer Verschwörungstheorie naheliegend. Es besteht offensichtlich bei vielen Menschen das Bedürfnis nach einer geschlossenen Erzählung, die alles erklären soll. Und wenn die Erzählung der Leitmedien nicht überzeugt, weil sie unvollständig, widersprüchlich oder offenkundig interessengeleitet ist, greifen viele zu einer Art Gegenerzählung.

Interessant ist, dass diese dann meist völlig unkritisch für wahr gehalten wird, unabhängig davon, wie plausibel oder belegbar oder ebenfalls interessengeleitet sie ist. Hier verwechseln viele echtes

kritisches Hinterfragen (nach Interessen, Absichten etc.) mit reflexartiger Ablehnung der einen Position, verknüpft mit automatisierter Übernahme der Gegenposition. Ich denke, die Sehnsucht nach einer Erzählung, die uns die Welt erklärt, ist sehr menschlich. Wenn man ihr aber zu sehr nachgibt und auf das mühsame empirische Überprüfen von Behauptungen verzichtet, dann ist man auf Glauben angewiesen. Und das ist in gewissem Sinne das Gegenteil von Wissenschaft. Wissenschaft muss empirisch belegen, muss sich auf Fakten berufen. Sie wirkt aufklärerisch. Verschwörungstheorien wollen uns aber eine Weltanschauung verkaufen. Sie wirken anti-aufklärerisch. Sie haben durchaus auch einen sektiererischen Aspekt.

▶ Ihr Fazit?

Kurt Gritsch: Kritisches Denken bedeutet eben gerade nicht, das eine Erklärungsangebot (z.B. der Leitmedien) abzulehnen und es durch ein anderes, häufig weit absurderes, zu ersetzen. Kritik im Sinne der Aufklärung ist immer der Vernunft verpflichtet. Und der Toleranz. Das sollten wir nicht vergessen. Jeder Erklärungsversuch, der anstelle von Verstehen Emotionen schürt, und womöglich noch negative wie Wut oder Hass, sollte abgelehnt werden.

Staatskritik, symbolische Macht und Herrschaftsverhältnisse

Der Soziologe Jens Kastner über Staat und Rassismus

Der Staat prägt Denk- und Wahrnehmungsschemata. Doch wie tief und weitreichend diese Prägungen sind, ist längst nicht jedem bewusst. Der Soziologe und Kunsthistoriker Jens Kastner, verdeutlicht im *Telepolis*-Interview, was ein kritisches Staatsverständnis umfassen sollte und zeigt auf, dass selbst Anarchisten öfter staatlichen Einflüssen unterliegen als ihnen klar ist.

Unter Zugriff auf die Soziologie Pierre Bourdieus geht er auf die Entwicklung des Staates in den vergangenen Jahrzehnten ein und kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl von einem linken als auch einem libertären Standpunkt aus von einem Staatsversagen gesprochen werden kann.

Kastner, der am Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften der Akademie der bildenden Künste Wien arbeitet, hat sich intensiv mit dem Werk des französischen Soziologen Pierre Bourdieu auseinandergesetzt. Im Interview mit *Telepolis* greift er auf die

Soziologie Bourdieus zu und zeigt auf: Eine kritische Gesellschaftswissenschaft, die in der Lage ist, Grundsätzlichkeiten zu hinterfragen, die als selbstverständlich betrachtete Herrschaftsverhältnisse dekonstruieren kann und den Einfluss und das Wirken symbolischer Macht erkennt, ist dringend nötig.

Pierre Bourdieu, dessen Bekanntheit in Deutschland außerhalb der Sozialwissenschaften begrenzt ist, hat in seiner Arbeit immer wieder die "verborgenen Mechanismen" der Macht herausgearbeitet. Mit dem Staat als einflussreiches "Gebilde", hat sich Bourdieu auch in seinen Vorlesungen intensiv auseinandergsetzt.

Wieso wird die Steuer als legitim erfahren?

▶ Bourdieu sagte einmal, er kenne keinen Anarchisten, "der nicht die Uhr umstellt, wenn wir zur Sommerzeit übergehen..." Was meinte der Soziologe damit?

Jens Kastner: In den Vorlesungen "Über den Staat" widmet sich Bourdieu ausführlich dessen Genese und Struktur. Die Anarchisten kommen immer wieder da ins Spiel, wo Bourdieu zu zeigen versucht, dass selbst die entschiedendsten Gegnerinnen und Gegner des Staates letztlich die von ihm geprägten Denk- und Wahrnehmungsstrukturen nicht hinterfragen.

▶ Womit wir bei dem "Uhr umstellen" wären...

Jens Kastner: Ja, der Alltag der allermeisten Menschen ist von Strukturierungen durchzogen, die staatlich geprägt und verbürgt sind, und die kaum in Frage gestellt werden: Uhrumstellen, Ferienzeiten, Rechtschreibung und vieles andere.

Er zielte damit aber auch auf grundlegende Fragen der Staatstheorie. Laut Bourdieu gibt es große Defizite in den Auffassungen, die von Historikern, in der Politikwissenschaft, aber auch in der Soziologie vom Staat vertreten werden. Eines davon ist die Nichtbeachtung der Konstruktion von Denk- und Wahrnehmungsschemata.

▶ Das heißt?

Jens Kastner: Konkret weist Bourdieu darauf hin, dass es keinen Sinn macht, immer wieder die Geschichte der Steuererhebung als Beginn moderner Staatlichkeit zu erzählen und mit Daten und Akteuren zu schildern, wenn nicht untersucht wird, warum die Leute überhaupt anfangen, Steuern zu akzeptieren. Warum lassen sie sich Geld abnehmen von Menschen, die sie gar nicht kennen? Wieso wird die Steuer als legitim erfahren und - in der Empfindung wie auch der Reflektion - von der Schutzgelderpressung unterschieden?

Dazu bedarf es laut Bourdieu einer langwierigen Legitimierungsarbeit, während der auch immer Widerstände gebrochen und neue Allianzen geschmiedet werden müssen. Und

diese Legitimität, obwohl nie ein für alle mal gesichert, ist doch häufig so stabil, dass es nicht gelingt, sie zu hinterfragen, obwohl man vielleicht prinzipielle Einwände hegt - wie die Anarchisten es tun.

▶ Wie hat Bourdieu den Staat erfasst und gedacht?

Jens Kastner: Der moderne Nationalstaat ist nicht das Ergebnis von Verträgen, die die Menschen auf einem bestimmten Territorium untereinander schließen, und der Institutionen, in denen sie sich organisieren.

▶ Sondern?

Jens Kastner: Es ist laut Bourdieu genau umgekehrt, die Institutionen schaffen erst das Gemeinwesen und die Denk- und Wahrnehmungsmuster, die es erlauben, sich diesem und keinem anderen zugehörig zu fühlen.

Ähnlich wie die neomarxistische Staatstheorie - obwohl er sich permanent von ihr abgrenzt - versteht Bourdieu den Staat auch weder als neutrales Mittel, das zu diesen oder jenen Zwecken gebraucht werden kann, noch als handelndes Subjekt. Es geht ihm um Praktiken, die sich in Kräfteverhältnissen verdichten. Es geht also durchaus um konkrete Handlungen bestimmter Menschen vor dem Hintergrund ihrer historisch entstandenen Positionen. Man habe in der Staatstheorie so viel über Macchiavelli geschrieben, heißt es in den Vorlesungen sinngemäß, dass er den Schwerpunkt

dagegen auf den Tratsch setzen müsse.

Das Denken in Kräfteverhältnissen führt dann auch dazu, dass Bourdieu im Grunde Sätze vermeidet, die "der Staat tut dies oder jenes" behaupten. Im Staat selbst konzentrieren sich sehr unterschiedliche, auch widerstrebende Kräfte, die in unterschiedlichen Bündnissen auch parteien- und milieu-übergreifend wirken. Der gleiche Staat, der die Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen flankiert oder sogar aktiv betreibt, kann andererseits das Monopol "öffentliche Sicherheit" ausbauen und sich militärisch ständig aufrüsten.

Der Staat als "Zentralbank des symbolischen Kapitals

▶ Bourdieu bezeichnet den Staat auch als eine Art "Zentralbank des symbolischen Kapitals". Was steckt hinter dieser Bezeichnung?

Jens Kastner: Ähnlich wie die Zentralbanken für die Geldwertstabilität zuständig sind, bürgt der Staat für die Gültigkeit und den Wert von Vereinbarungen und Dokumenten, aber er garantiert häufig auch die Geltung von Werten im moralischen Sinne. Diese staatlichen Garantien beziehen sich auf die Gültigkeit von Hochzeiten ebenso wie für die des sprachlichen Ausdrucks. Letztlich sind staatliche Garantien selbst für die Ökonomie notwendig, weil sie auch hier die Sicherheit bieten, dass es sich lohnt, mitzuspielen.

▶ Bei der symbolischen Macht geht es also eher um....?

Jens Kastner: Es geht bei ihr im Wesentlichen um die historisch gewachsene Möglichkeit, über Anerkennung zu verfügen - im doppelten Wortsinne, sie zu haben und sie verleihen zu können. Anerkennung nicht nur im Sinne von Prestige und Reputation, das auch, vor allem aber in ganz grundsätzlicher Hinsicht: Dass mir für diesen Fetzen Papier Waren aller Art ausgehändigt werden und für den anderen nicht, gründet auf der symbolischen Macht des Staates, die den Geldschein zu einem besonderen Papier macht. Auch kann ich noch so viele Esspapier-Oblaten schlucken und ich werde dadurch doch nicht Teil der katholischen Kirche.

In allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es besondere Rituale und Prozeduren, in denen symbolische Macht zum Ausdruck gebracht und akkumuliert wird. Die symbolische Macht setzt sich selbstverständlich im Sport anders zusammen als in der Religion oder in der bildenden Kunst.

Immer geht es auch darum, wer das Recht hat zu sprechen und wie die Bedingungen beschaffen sind, um mit dem Gesagten auch Gehör zu finden. Hätte ich beispielsweise nicht ein gewisses symbolisches Kapital im Feld der Sozialwissenschaften erarbeitet - Aufsätze in Fachpublikationen, Titel, Stelle usw. -, wären Sie nicht auf die Idee gekommen, mich für einen legitimen Sprecher zu halten.

▶ Das stimmt.

Jens Kastner: Symbolisch nennt Bourdieu dieses Kapital und diese Macht jedenfalls im Übrigen nicht, weil sie nicht real oder nicht wirksam wären, sondern im Gegenteil, weil sie - in Anlehnung an den Begriff der "symbolischen Formen" bei Ernst Cassirer - für die Konstitution von Wirklichkeit zentral sind. Der Staat bildet schließlich nach Bourdieu so eine Art Meta-Feld, in dem das spezielle symbolische Kapital der einzelnen Felder der Ökonomie, der Kunst usw. noch einmal abgesichert wird.

▶ Symbolisches Kapital schafft also auch Wirklichkeit?

Jens Kastner: In dem Sinne, in dem es Geltung und/oder Legitimität herstellt, schafft das symbolische Kapital auch Wirklichkeiten. Aber es gibt selbstverständlich auch Wirklichkeiten jenseits des symbolischen Kapitals, also nicht beachtete, subalterne, scheinbar irrelevante Praktiken finden ja statt, nur dienen sie weniger als allgemeine Orientierung als solche, die mit Kapital ausgestattet sind. Was es nicht gibt, denke ich, ist eine Wirklichkeit jenseits des Symbolischen, wenn damit die Bedingungen und Grundformen der Weltauffassung gemeint sind.

Neoliberalismus und starker Staat haben sich nur in der neoliberalen Doktrin, nicht aber in der Praxis gegenseitig ausgeschlossen

▶ Als Bourdieu "intervenierte", war vor allem ein Rückzug des Staates zu beobachten. Für viele der Verfechter des

Neoliberalismus konnte der Staat gar nicht weit genug zurückgedrängt werden. Nun, knapp ein Jahrzehnt später, wird in den Medien plötzlich der Ruf nach einem starken Staat, laut.

Auf Zeit Online waren vor kurzem die folgenden Zeilen zu lesen: "Wenn nicht alles täuscht, erleben wir gerade die Wiederkehr des starken Staates. Man muss nicht lange überlegen, um sich klarzumachen, dass die enormen Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, nicht ohne einen starken Staat gemeistert werden können..." Wie passt das zusammen? Was passiert hier gerade? Oder, anders gefragt: Würde Bourdieu diese Rückkehr des Staates begrüßen?

Jens Kastner: Bourdieu hätte nun einen starken Staat im Sinne autoritärer Maßnahmen sicherlich nicht begrüßt. Auch und erst recht nicht im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik. Er hat in den 1990er Jahren ja durchaus an internationalen Bündnissen zwischen linken Gewerkschaften, Refugees und anderen emanzipatorischen sozialen Bewegungen gearbeitet. In dieser Hinsicht hat Bourdieu den Staat sogar als Schutzmacht für die Schwachen verstanden, den es gegen die neoliberale Offensive zu bewahren gelte. Das steht durchaus in einem Spannungsverhältnis zu seiner Analyse des Monopols der symbolischen Macht, als die er den Staat ja auch beschrieben hat.

Ihm ging es grundsätzlich um die Verantwortung staatlicher

Institutionen und Prozesse für die Regulierung des Allgemeinwohls, er war auch kein Anarchist, sondern vertrat letztlich eine klassisch linkssozialdemokratische Position. So gesehen war er auch in seinen analytischen Positionen um einiges radikaler als in den politischen.

Aber noch etwas: Neoliberalismus und starker Staat haben sich historisch allerdings auch bloß in der neoliberalen Doktrin, nicht aber in der Praxis gegenseitig ausgeschlossen. Das widerspricht sich also überhaupt nicht. Eine neoliberale Wirtschaftspolitik wurde planmäßig erstmals ab 1975 unter der Militärdiktatur Pinochets in Chile durchgeführt. Über die ganzen 1980er Jahren hinweg haben die Vertreter neoliberaler Ökonomie mit den Konservativen und Neokonservativen politische Bündnisse gepflegt. Auch Thatchers Zerschlagung der Gewerkschaften war ja durchaus ein geplanter, autoritärer Akt.

In den 1990er Jahren wurden dann die Verbindungen mit der so genannten Neuen Sozialdemokratie wichtiger und politisch einflussreicher. Unter dem Banner der Modernisierung wurde, etwa im Schröder-Blair-Papier (1999), zwar die "Marktgesellschaft" offiziell abgelehnt, aber dann wurde sie praktisch doch durchgesetzt mit der Deregulierung der Arbeitsmärkte und der "Reform" der Sozialsysteme.

▶ Lassen Sie uns nochmal zurückgehen. Wie hat sich der Staat in

den vergangenen Jahrzehnten verhalten?

Jens Kastner: Auf Druck der neoliberalen Kräfte und lange Zeit im Einverständnis mit großen Teilen der Bevölkerungen sind doch wesentliche Bestandteile des westlichen Wohlfahrts- oder Sozialstaates abgebaut und zurückgefahren worden. Das geschah aber nicht gegen den Staat, sondern letztlich unter seiner Regie, weil die Neoliberalen sich im Feld der Macht nahezu überall durchsetzen konnten. Auch diese Umstrukturierungen gingen mit transformierten Denk- und Wahrnehmungsweisen einher, spielten also nicht nur auf der Ebene der staatlichen Apparate und seines Personals.

▶ Wie meinen Sie das?

Jens Kastner: Die ständige Verfügbarkeit als Arbeitskraft, die Auflösung der Grenzen von Arbeit und Freizeit, der Flexibilitätsimperativ, das Fördern-und-Fordern - dass das alles über weite Strecken akzeptiert worden ist, ist ja historisch relativ neu. Hätten Sie einen Arbeiter oder eine Arbeiterin in den 1960er Jahren gefragt, was das Wort "Reform" bedeutet, wären sie niemals auf die Idee gekommen, damit Austeritätspolitiken zu verbinden oder mit dem Wort "Besitzstandswahrer" die Gewerkschaften. Da steckt schon eine kontinuierliche Arbeit an der Sprache und am Denken dahinter. Die "geistig-moralische Wende", für die Helmut Kohl 1982 an- und eingetreten war, erwies sich leider nicht als leere Drohung.

Staatsversagen

▶ Könnte man von einem Staatsversagen sprechen?

Jens Kastner: Man könnte natürlich argumentieren, dass vom Staat ohnehin nichts anderes zu erwarten ist, als dass er den herrschenden Interessen dient. Aber das ist, denke ich, eine vereinfachende Vorstellung. Im Staat haben sich letztlich immer auch emanzipatorische Effekte sozialer Kämpfe manifestiert, auch wenn die radikalen Forderungen dabei in der Regel auf der Strecke blieben. Manchmal braucht es aber vielleicht auch gesetzliche Regulierungen wie etwa die Frauenquote, wenn man nicht weitere 50 Jahre feministische Bewusstseinarbeit für die Gleichstellung investieren will.

Aber der Rückzug des Staates aus den Sozial-, Kultur- und Bildungsbereichen bei gleichzeitiger infrastruktureller Aufrüstung der so genannten Investitionsstandorte, das ist von einem linken Standpunkt aus unbedingt als Staatsversagen zu interpretieren. Und zwar weil hier ohne Not Kompetenzen und Macht abgegeben wurden, die vorher zumindest formal noch öffentlicher Kontrolle unterlagen.

Und selbst von einem libertären, also prinzipiell staatskritischen Standpunkt aus lässt sich ein Versagen beklagen, wenn man die republikanischen Staatsapparate an ihren eigenen Ansprüchen misst. Die Entwicklung des so genannten Freihandels ist ja nicht nur

im Hinblick auf die entstandene Armut und die ausgeweitete soziale Ungleichheit, sondern auch demokratiepolitisch gesehen eine Katastrophe.

Die Politik der Haushaltssanierung und gegen die "Staatsverschuldung" hat die Umverteilung von unten nach oben bewirkt

▶ Was hätte von staatlicher Seite getan werden müssen, um den gesellschaftlichen Verwerfungen entgegenzutreten?

Jens Kastner: Die Politik der Haushaltssanierung und gegen die "Staatsverschuldung" hat letztlich eine Umverteilung von unten nach oben bewirkt. Auch die Schulden wurden privatisiert. Die Grundlagen für die neoliberale Schuldenökonomie wurden - wie der Soziologe Maurizio Lazzarato hervorgehoben hat - durch die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme und die Individualisierung der Sozialpolitik gelegt.

All das hätte abgewendet werden müssen. Denn, und in dieser Hinsicht argumentiert Lazzarato ganz ähnlich wie Bourdieu, die private Verschuldung verhindert die selbstbestimmte Gestaltung der Zukunft und zerstört Solidarität. Lebensentwürfe werden sinnlos und statt gegenseitiger Hilfe wird das Ausstechen von Konkurrenten gefeiert.

Letztlich hätte grundsätzlich der Einführung der Unternehmenslogik in die sozialen Beziehungen politisch begegnet

werden müssen, anstatt sie opportunistisch aufzugreifen und auch noch finanziell zu belohnen. Aber anstatt sich den Verwerfungen zu stellen, wird - glücklicherweise mit zunehmendem Widerstand - diese Politik noch verschärft, wie wir es an den systematischen Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, die die deutsche Bundesregierung jetzt in Griechenland durchsetzt, noch einmal paradigmatisch vorgeführt bekommen.

Wie sieht staatlicher Rassismus heute aus?

▶ Nochmal zu der Frage: Wie verhält sich der Staat heute? Was beobachten Sie?

Jens Kastner: Wie schon gesagt, es gibt einerseits seit drei Jahrzehnten diesen Rückzug zu beobachten, andererseits ist das natürlich auch kein einheitlicher Prozess und die Zerstörungen, die der Neoliberalismus bislang angerichtet hat, sind in Großbritannien oder in Mexiko weitaus größer als etwa in Österreich.

Aber staatliche Regulierung und Privatisierung schließen sich nicht aus. Die Migrationspolitik ist das beste Beispiel dafür. Hier gehen Verschärfungen der Asylgesetzgebung und die Auslagerung der Grenzsicherung an die Frontex-Agentur Hand in Hand. Die Vereinbarkeit von staatlicher Regulierung und Privatisierungen gilt also auch für den europäischen Rahmen, in dem ein "Staatsapparate-Ensemble" entstanden ist, wie der Politologe Jens Wissel das in einer aktuellen Studie genannt hat, in dem um die

Verteilung von Kompetenzen und Ressourcen gerungen wird.

▶ Lassen Sie uns auf das Feld der Macht fokusieren. In einer Ihrer Aufsätze schreiben Sie: "Mit seiner Warnung davor, staatliche Kategorien in den soziologischen Analysen zu übernehmen, deutet Bourdieu an, dass der Staat selbst nicht neutral ist. Die Konstituierung des Feldes der Macht geschieht bereits als ein Spiel, in dem der Kampfplatz, die Mittel des Kampfes und dessen Ziele voneinander durchdrungen sind." Was heißt diese Erkenntnis für ein kritisches Staatsverständnis? Und was bedeutet die Aussage im Hinblick auf aktuelles staatliches Handeln?

Jens Kastner: Für ein kritisches Staatsverständnis geht es zum einen erst einmal darum, diese verschiedenen Ebenen (analytisch) auseinander zu halten, auch um die (politische) Distanz überhaupt zu ermöglichen. Wenn es um Staatskritik geht, sollte es zwar einerseits immer um das prinzipielle Monopol symbolischer Macht, also um Herrschaftsverhältnisse gehen.

Andererseits geht es aber auch darum, konkrete Akteure, Apparate und Praktiken in den Blick zu nehmen. Und hier können sich ja durchaus widersprüchliche Konstellationen ergeben: Als die faschistischen Generäle putschten, haben 1936 in Spanien selbst die Anarchisten auf der Seite des republikanischen Staates gekämpft - und sie haben nebenbei auch noch eine Revolution auf den Weg gebracht.

Bourdieu jedenfalls hielt es angesichts der "neoliberalen Offensive" für sehr angebracht, republikanische Errungenschaften zu verteidigen, letztlich sicherlich auch, um sie ausweiten zu können. Dennoch wurde die Verteidigung des Staates durchaus als Dilemma wahrgenommen, von den Anarchisten 1936 wohl noch um einiges drastischer als von Bourdieu in den 1990ern Jahren.

▶ Die Flüchtlingskrise bringt auch das Thema Rassismus wieder in den Vordergrund. Doch Rassismus geht nicht nur von einzelnen Menschen aus. Bourdieu hat die These eines staatlichen Rassismus aufgestellt. Sie haben sich einmal anhand der deutschen Asylgesetzgebung mit dem Phänomen des staatlichen Rassismus auseinandergesetzt. Wie sieht staatlicher Rassismus heute aus und wen trifft er?

Jens Kastner: Mittlerweile ist man ja auch im deutschsprachigen Raum dazu übergegangen, Diskriminierungen, die auf ethnisierenden Zuschreibungen beruhen, als Rassismus zu bezeichnen. Das war Anfang der 2000er Jahre durchaus noch nicht so, Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit schon, aber Rassismus, der Begriff wurde im Grunde der Zeit und der Politik des Nationalsozialismus vorbehalten.

Rassismus hat immer etwas mit Machtverhältnissen zu tun

▶ Rassismus muss aber breiter aufgefasst werden?

Jens Kastner: Rassismus ist auf jeden Fall vielgestaltig und hat

auch Konjunkturen. Man darf sich ihn nicht bloß in Form der Nürnberger "Rassegesetze" vorstellen. Fahren sie einmal mit dem Nachtzug bloß über innereuropäische Grenzen, wo ja zumindest formal noch die Reisefreiheit für alle EU-Bürger gilt: Aber je dunkler ihre Haar- und Hautfarbe, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sie nach dem Pass gefragt und durchsucht werden. Die Grenzpolizei ist darauf trainiert, mit Blicken zu kategorisieren und daraufhin Ungleichbehandlungen durchzuführen.

Konjunkturen heißt auch, dass es unterschiedlich scharfe Formen von Rassismus gibt, die sich zu unterschiedlichen Zeiten an verschiedene Objekte heften. Die Rassismen etwa, denen die ersten "Gastarbeiter" aus Italien oder Portugal in Deutschland ausgesetzt waren, sind fast völlig verschwunden. Aber es gibt natürlich auch rassistische Kontinuitäten, vor allem wahrscheinlich im Hinblick auf den Rassismus gegenüber Roma.

Obwohl auch Opfer des Nationalsozialismus, gibt es gegenüber den Roma kaum eine Gnade: Sie können in Frankreich von öffentlichen Plätzen vertrieben und abgeschoben werden, obwohl sie EU-Bürger sind, und es regt sich kaum Empörung. Gegen die Roma findet gesamteuropäisch betrachtet wohl das Ineinandergreifen von institutionellem und alltäglichem Rassismus seinen krassesten Ausdruck.

Rassismus, das ist auch wichtig zu betonen, hat immer etwas mit

Machtverhältnissen zu tun. Er bringt ein Verhältnis von - sicherlich phantasmatischer, aber natürlich auch in die Institutionen einer postkolonialen Weltordnung gegossene - Über- und Unterordnung zum Ausdruck, baut auf ungleicher Ressourcenverteilung auf und reproduziert sie. Deshalb hat es auch mit Rassismus nicht zu tun, wenn Deutsche in Österreich als "Piefkes" beschimpft werden.

▶ Wie erklären Sie sich die Gewalt, den Hass, die Wut, die derzeit gegen Flüchtlinge zu erleben ist? Was sagt eine kritische politische Soziologie dazu?

Jens Kastner: Als die ersten Flüchtlinge Anfang September in großen Gruppen hier in Wien und dann in München ankamen, wurden sie beklatscht. Sicher, man hat dann gleich eine "Willkommenskultur" herbeigeschrieben, die es wohl weder im Alltag geschweige denn institutionell gibt, aber dennoch waren das außergewöhnliche Momente. Anfang der 1990er Jahre wäre das noch absolut undenkbar gewesen.

Gleichzeitig hat zwar die pure Gewalt gegen Flüchtlinge auch wieder Dimensionen erreicht, die an die frühen 1990er Jahre erinnert, aber die ist meines Erachtens diesmal nicht Ausdruck einer relativ homogenen, dominanzgesellschaftlichen Ablehnung, sondern ein Zeichen zunehmender gesellschaftlicher Spaltungen.

Letztlich ist die Gewalt, denke ich, einer Haltung geschuldet, die für die eigene Verlustangst (oder auch die realen eigenen Verluste)

immer andere, noch Schwächere verantwortlich machen will. Und das funktioniert meines Erachtens nur (oder besonders gut) vor dem Hintergrund eines Menschenbildes, das davon ausgeht, es stünde diesen anderen auch nicht zu, was man für sich selbst beansprucht. Das heißt, es impliziert eine Vorstellung von Höher- und Minderwertigkeit, die mit der Zugehörigkeit zu einer Nation verbunden wird, zumal einer, die letztlich immer noch offiziell weitgehend nach dem Prinzip der Blutsverwandtschaft geregelt ist.

Seit ich denken kann, weist man von links nach, dass "die Ausländer", die Flüchtlinge etc. "uns" in Wirklichkeit gar nicht die Arbeitsplätze wegnehmen, aber es scheint nicht zu fruchten. Es handelt sich bei rassistischen Haltungen offenbar um habituelle Dispositionen, die staatlich abgesichert werden. Und dies auch dann noch, wenn der moderne Rechtsstaat für sich beansprucht, eine solche Absicherung nicht zu gewährleisten.

Das bedeutet natürlich weder, dass jedes Mitglied eines europäischen Nationalstaats rassistisch ist, noch bedeutet es, dass die Mitgliedschaft davor schützt, Rassismus ausgesetzt zu sein: Schwarzen Deutschen wird ihr Personalausweis wenig nützen, wenn sie nachts einer Horde Faschos begegnen und Jimmy Hartwig oder Gerald Asamoah wurden im Stadion auch rassistisch beschimpft, obwohl sie Nationalspieler waren.

Was eine kritische politische Soziologie dazu sagt, kann ich nicht

beantworten. Es gibt ja eine sehr lebendige und interventionistische Migrationsforschung im deutschsprachigen Raum, aber die ist meiner Wahrnehmung nach eher aus den sozialen Bewegungen und Flüchtlingsprotesten entstanden und vor allem auch transdisziplinär, und weniger im Zentrum der akademischen Soziologie zu verorten. Was die politischen Inhalte dieser Migrationsforschung angeht, das auszuführen ginge vielleicht hier zu weit; ich verweise stattdessen mal auf ein relativ neues Forum, das movements journal.

▶ Der Soziologe Heinz Bude hat vor kurzem in der FAZ einen bemerkenswerten Artikel verfasst, in dem er darlegt, dass in Deutschland Personen aus unterschiedlichen Milieus, mit unterschiedlichen Bildungshintergründen, in prekären Verhältnissen leben. Dieses Phänomen gibt es sicher schon länger und Bourdieu hat sich in seiner Arbeit auch intensiv mit der Prekarisierung auseinandergesetzt. Wie betrachten Sie die prekären Lebensverhältnisse im Zusammenhang mit dem Handeln des Staates?

Jens Kastner: Bourdieu hat sich in "Das Elend der Welt" der Prekarisierung gewidmet und auch einen Vortrag mit dem programmatischen und mittlerweile viel zitierten Titel "Prekarität ist überall" (1997) gehalten. Darin wendet er sich einerseits gegen die Dogmen der neoliberalen Ökonomie, stellt sich aber andererseits die Frage nach der Mobilisierungsfähigkeit der

Prekarisierten. Hier kommt er zu deutlich pessimistischeren Antworten als andere Theoretiker, die sich mit diesen Fragen beschäftigt haben.

Grob gesagt meinte Bourdieu, wem die Kontrolle und Gestaltungsmacht über die eigene Gegenwart genommen wird, der oder die ist ganz sicher nicht für ein Projekt gesellschaftlicher Erneuerung zu gewinnen oder gar dessen Auslöser. Das entspricht im Grunde Heinz Budes Analyse, denn Bourdieu ging es ja um emanzipatorische Mobilisierungen, und was Bude beschreibt, ist ja eher das Gegenteil: also regressive und ressentimentgeladene Proteste derjenigen, die sich auf verschiedenen Stufen der sozialen Hierarchie um den Lohn ihrer ursprünglichen Erwartungen gebracht sehen.

Fußnoten

[1] siehe FAZ, 6.11.2012, S.1

< zurück

[2] Kurt Gritsch, Syrien: Die vergebliche Suche nach der Wahrheit, in: Hintergrund 3/2012, S. 62-65

< zurück

[3] Kurt Gritsch, Medien und Krieg: Die Darstellung des syrischen Bürgerkriegs in FAZ, ZEIT, ARD-Tagesschau und Al Jazeera, in: Fritz Edlinger/Tyma Kraitt (Hg.), Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte, Wien 2013, S. 189-214.

< zurück

[4] Kurt Gritsch, Inszenierung eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der "Kosovo-Krieg" 1999, Hildesheim 2010.

< zurück

Impressum

Marcus Klöckner

Medienkritik

Zu den Verwerfungen im journalistischen Feld

Redaktion: Peter Mühlbauer
Herausgeber der Reihe: Florian Rötzer
Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-95788-057-4 (V1)

Copyright © 2016 Heise Medien GmbH & Co. KG, Hannover

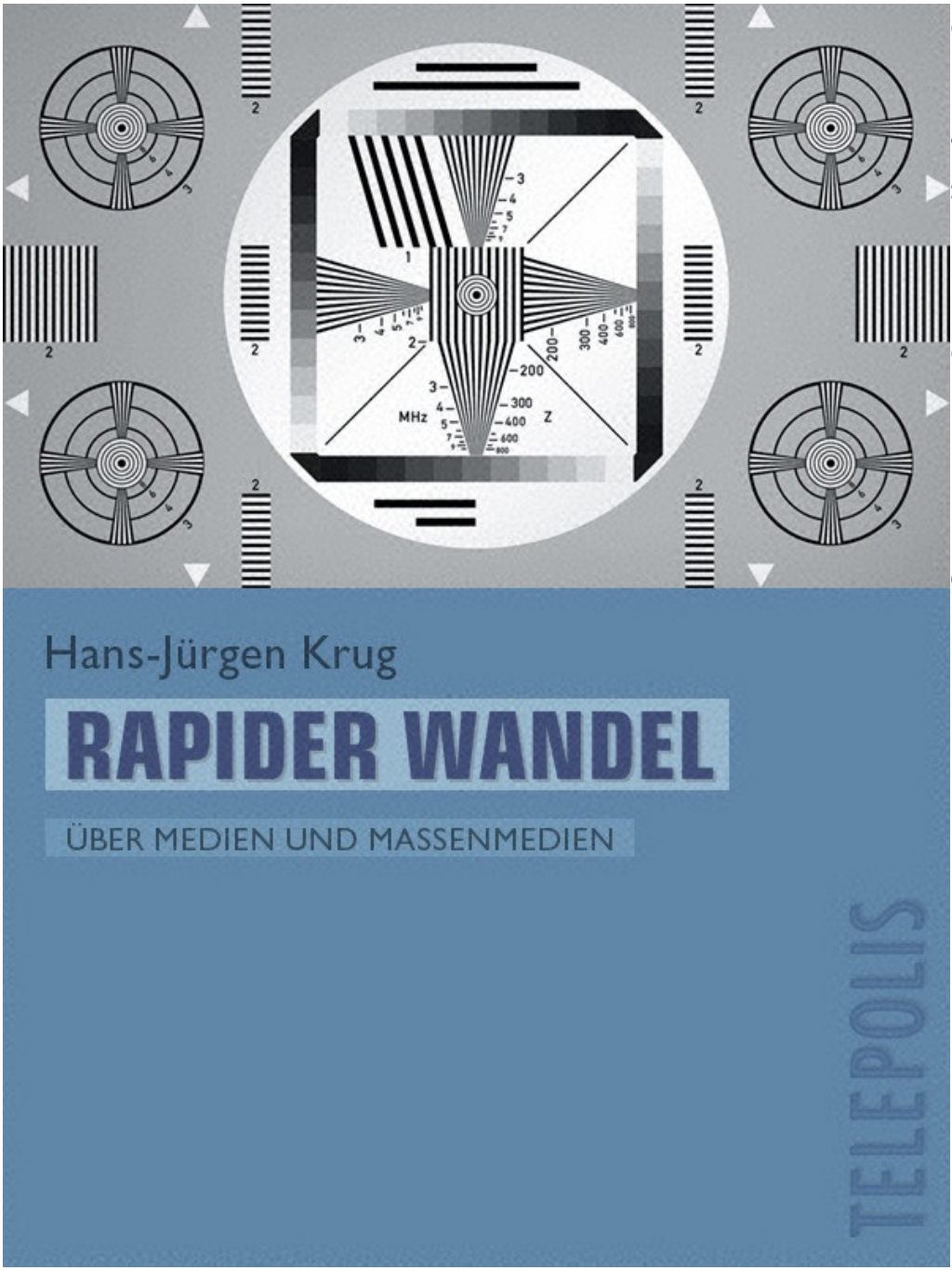
Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit

der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Medien GmbH & Co. KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks

Hans-Jürgen Krug
Rapider Wandel
Über Medien und



d
M
as
se
n
m
ed
ie
n

m
eh
r
▶



Hg.: Florian Rötzer

Medien im Krieg

Krise zwischen Leitmedien und ihren Le

it

m

ed

ie

n

un

d

ihr

en

Re

zi

pi

en

te

n

m

eh

r

▶

Ku

rt

Gr

its

ch



Kurt Gritsch

NIE WIEDER KRIEG (OHNE UNS)!

DIE ROLLE VON GRÜNEN, LINKEN UND MEDIEN IM KOSOVO-KRIEG

TELEPOLIS

Nie wieder Krieg (ohne uns)! Die Rolle von Grünen, Li

nk
en
un
d
M
ed
ie
n
im
Ko
so
vo
-
Kr
ie
g
m
eh
r
▶

H
g.:
To
m



Hg.: Florian Rötzer

DER HALBE HEGEMON

DIE RÜCKKEHR DER "DEUTSCHEN FRAGE"
UND DIE LAGE DER EU

TELEPOLIS

as z Koni cz, Flor ian Rötz er D er ha lb e H eg e m on Di e Rück

ke
hr
de
r
"d
eu
ts
ch
en
Fr
ag
e"
un
d
di
e
La
ge
de
r
E
U
m
eh

r

▶

Hans Schmid

Todin Saloniki

Zvon Costa-Gav



Hans Schmid

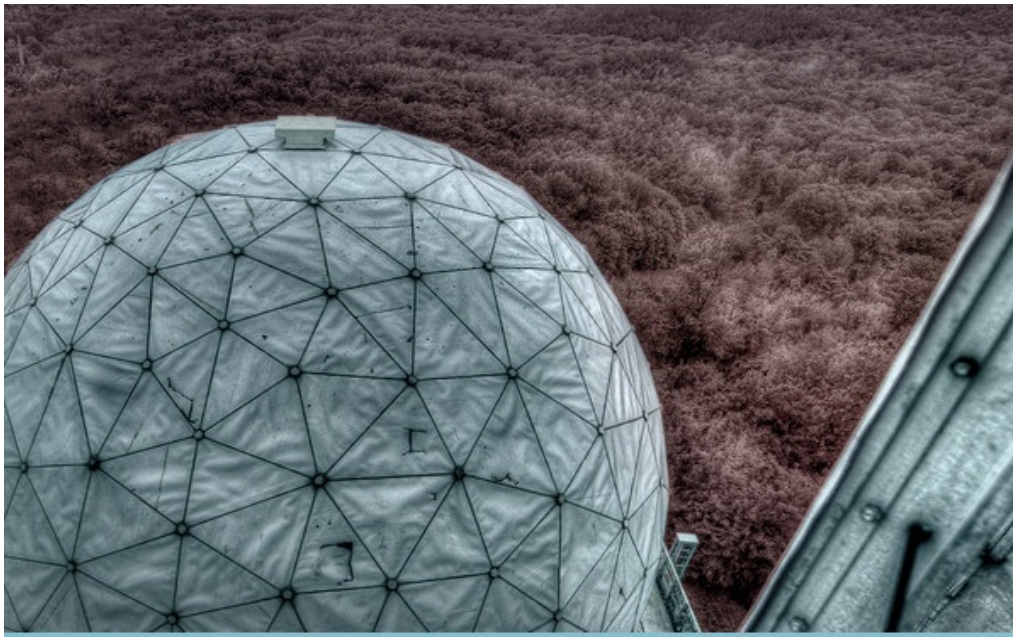
TOD IN SALONIKI

Z VON COSTA-GAVRAS

ALS NEUERFINDUNG DES POLITTHRILLERS

TELEPOLIS

ras als Neuerfindung des Polithrillers **mehr ▶**



Gerhard Piper

ABHÖRSTAAT DEUTSCHLAND

DIE SIGINT-LANDSCHAFT SEIT 1945 IN OST UND WEST

TELEPOLIS

Gerhard Piper Abhörstaat Deutschland Die SIGINT-La

nd
sc
ha
ft
se
it
19
45
in
Os
t
un
d
W
es
t

m
eh
r

▶